

Glismann, Hans H.; Rodemer, Horst

Working Paper — Digitized Version

Wahlen, Parteien und Parteiprogramme in Deutschland seit 1871: Zum Wertewandel seit Mitte des 19. Jahrhunderts

Kiel Working Paper, No. 442

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Glismann, Hans H.; Rodemer, Horst (1990) : Wahlen, Parteien und Parteiprogramme in Deutschland seit 1871: Zum Wertewandel seit Mitte des 19. Jahrhunderts, Kiel Working Paper, No. 442, Kiel Institute of World Economics (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/46915>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kieler Arbeitspapiere Kiel Working Papers

Arbeitspapier Nr. 442

Wahlen, Parteien und Parteiprogramme
in Deutschland seit 1871 -
Zum Wertewandel seit
Mitte des 19. Jahrhunderts -

von
Hans H. Glismann und Horst Rodemer

Oktober 1990

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

The Kiel Institute of World Economics

ISSN 0342-0787

Institut für Weltwirtschaft
Düsternbrooker Weg 120
2300 Kiel

Arbeitspapier Nr. 442

Wahlen, Parteien und Parteiprogramme
in Deutschland seit 1871 -
Zum Wertewandel seit
Mitte des 19. Jahrhunderts -

von
Hans H. (Glismann und Horst Rodemer

Oktober 1990

AG 3756 / 90
Weltwirtschaft
Kiel
jb

Für Inhalt und Verteilung der Kieler Arbeitspapiere sind die jeweiligen Autoren allein verantwortlich, nicht das Institut. Da es sich um Manuskripte in einer vorläufigen Fassung handelt, wird gebeten, sich mit Anregung und Kritik direkt an die Autoren zu wenden und etwaige Zitate vorher mit ihnen abzustimmen.

Wahlen, Parteien und Parteiprogramme in Deutschland
seit 1871 - Zum Wertewandel
seit Mitte des 19. Jahrhunderts -

<u>INHALT</u>	<u>Seite</u>
Vorwort	III
I. Einleitung	1
II. Die Entwicklung der Parteienlandschaft	2
1. Parteien in Deutschland und im Deutschen Reich zwischen 1861 und 1918	3
a. Konservative Parteien	3
b. Liberale Parteien	8
c. Sozialistische Parteien	13
2. Parteien im Deutschen Reich von 1918 bis 1945	17
a. Konservative Parteien	18
b. Liberale Parteien	21
c. Sozialistische Parteien	23
d. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter- partei (NSDAP)	26
3. Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945	28
a. Konservative Parteien	29
b. Liberale Parteien	32
c. Sozialistische Parteien	34
d. Die Grünen	37
III. Die Wahlergebnisse zum Deutschen Reichstag und zum Deutschen Bundestag seit 1871	38
1. Allgemeine Beobachtungen	38
2. Die Wahlergebnisse zum Deutschen Reichstag zwischen 1871 und 1912	42
3. Die Wahlergebnisse zum Deutschen Reichstag zwischen 1919 und 1933	43
4. Die Wahlergebnisse zum Deutschen Bundestag zwischen 1949 und 1987	43
IV. Sinn- und Wertaussagen in Parteiprogrammen: Zur Methode	44
1. Das System der Bilder	44
2. Der Schluß von Parteiprogrammen auf die gesellschaftliche Wertestruktur und ihren Wandel	57
3. Die Technik der Erfassung der gesellschaft- lichen Präferenzstrukturen	61
V. Die Statistik der parteilichen Wertaussagen	66
VI. Die gesellschaftliche Bewertung der Parteiprogramme	71
Anhangtabellen	85
Literaturverzeichnis	104

<u>Texttabellen</u>	<u>Seite</u>
1 Wahlen in Deutschland - Allgemeine Statistik nach Epochen	39,40
2 Der epochale programmatische Wertewandel nach Programm-Gruppen	70

Anhangtabellen

A 1 Die Wahlen zum Deutschen Reichstag 1871 bis 1912	85,86
A 2 Die Wahlen zum Deutschen Reichstag 1819 bis 1933	87
A 3 Die Wahlen zum Deutschen Bundestag 1949 bis 1987	88
A 4 Gesellschaftlicher Wertewandel: Bilderschema	89
A 5 Berücksichtigte Parteien und Wählergruppen - Referenzliste	90
A 6 Die Programmparteien	91
A 7 Wertaussagen in Parteiprogrammen, 1861 bis 1980	92,93
A 8 Der gesellschaftliche Wertewandel nach Wahljahren: Kaiserreich	94,95,96,97
A 9 Der gesellschaftliche Wertewandel nach Wahljahren: Weimarer Republik	98,99,100,101
A 10 Der gesellschaftliche Wertewandel nach Wahljahren: Bundesrepublik Deutschland	102,103

Verzeichnis der Schaubilder

VI/1 Die Rolle von "Leistung" in den Wählerpräferenzen (1871 bis 1987)	73
VI/2 Die Rolle von "Umverteilung" in den Wählerpräferenzen (1871 bis 1987)	74
VI/3 Die Rolle von "Offenheit" in den Wählerpräferenzen (1871 bis 1987)	76
VI/4 Die Rolle von "Kartellkonsens" in den Wählerpräferenzen (1871 bis 1987)	77
VI/5 Die Rolle von "Gruppenkonsens" in den Wählerpräferenzen (1871 bis 1987)	78
VI/6 Die Rolle von "Konservativer Konsens" in den Wählerpräferenzen (1871 bis 1987)	79
VI/7 Die Rolle von "Internationaler Konsens" in den Wählerpräferenzen (1871 bis 1987)	81
VI/8 Die Rolle von "Aufklärung" in den Wählerpräferenzen (1871 bis 1987)	82
VI/9 Die Rolle von "Ethische Postulate" in den Wählerpräferenzen (1871 bis 1987)	83

Vorwort

Seit Mitte der siebziger Jahre wird in den westlichen Industrieländern die Frage nach den Ursachen anhaltender Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche gestellt. Im Rahmen dieser Diskussion wird auch die These vertreten, daß es sich bei dem wirtschaftlichen Niedergang in vielen Ländern um die Abschwungphase eines langfristigen Wachstumszyklus handelt, dessen Aufschwungphase in den dreißiger Jahren begonnen hat. Neuere Veröffentlichungen deuten an, daß schon die nächste "lange Welle der Konjunktur" Gegenstand wissenschaftlicher Erörterungen ist. Die hier vorgelegte Arbeit ist Teil eines Forschungsvorhabens, in dem untersucht werden soll, ob es eine Wirkungsbeziehung zwischen gesellschaftlichem Sinn- und Wertewandel und den langfristigen Schwankungen des wirtschaftlichen Wachstums gibt. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, inwieweit Veränderungen des Zeitgeistes dazu beitragen, daß es, nach Phasen anhaltenden Niedergangs, zu neuen langfristigen Aufschwüngen kommt.

Es kam uns hier darauf an, den Wandel der Parteienlandschaft sowie die gesellschaftliche Wertestruktur und ihren Wandel in Deutschland seit Mitte des letzten Jahrhunderts so zu ermitteln, daß die Ergebnisse quantifizierbar und abbildbar wurden. Nur so schien uns eine letztlich ökonomische Analyse des Zusammenhangs zwischen den Änderungen des "Zeitgeistes" und der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung möglich zu sein. Damit schloß sich jene Art der Darstellung der "geistigen Situation der Zeit" aus, die unnachahmlich und allgemeingültig - wenn auch, von heute aus gesehen, auf die Situation der ausgehenden Weimarer Republik gemünzt - Karl Jaspers vor nunmehr 60 Jahren gab.

Der Beitrag ist im Rahmen eines von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Forschungsprojekts über "Gesellschaftliche und institutionelle Bedingungen wirtschaftlichen Wachstums - Ein intertemporaler Vergleich langer Aufschwungphasen seit Ende des 19. Jahrhunderts" entstanden. An dem Projekt sind Forschungsgruppen der Freien Universität Amsterdam, der Fachhochschule Offenburg und des Instituts für Weltwirtschaft beteiligt. Wir schulden Peter Ph. Mohler Dank dafür, uns nach anfänglichen Fehlversuchen einen fruchtbaren Weg der Wertanalyse gezeigt zu haben. Eva Hentschel danken wir für ihre Hilfe bei der Auswertung der Parteiprogramme und Thomas Tack für seinen erheblichen Einsatz und die Kreativität bei der statistischen Darstellung des Wertewandels.

Kiel und Offenburg,
im Oktober 1990

Hans H. Glismann, Horst Rodemer

I. Einleitung

1. Untersuchungsobjekt dieser Arbeit ist der Sinn- und Wertewandel in Deutschland, wie er im Wandel der Parteienlandschaft sowie in Parteiprogrammen und Wahlen seit 1861 zum Ausdruck gekommen ist. Die ursprüngliche Absicht, allein die Phasen langfristiger wirtschaftlicher Aufschwünge mit Hilfe gesellschaftlicher Wertestrukturen und ihrer Änderungen zu erklären und so den analytischen Aufwand zeitlich zu begrenzen, schlägt fehl: Denn wie die Perioden langfristiger Aufschwünge nur dadurch identifiziert werden können, daß man sie mit den übrigen Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung vergleicht, so müssen auch die Wertestrukturen und ihre Änderungen, die mit den Aufschwungphasen einhergehen (oder ihnen vorangehen) mit denjenigen Wertestrukturen (und ihren Änderungen) verglichen werden, die in der übrigen Zeit bestanden. Das bedeutet, daß im folgenden versucht wird, die gesellschaftlichen Wertestrukturen ("Zeitgeist") und ihren Wandel auch für jene Zeiträume abzubilden, die nicht durch wirtschaftliche Aufschwünge gekennzeichnet sind.

2. Es ist zu vermuten, daß der Sinn- und Wertewandel sich nicht vollkommen im Wandel der Parteienlandschaft, der Parteiprogramme und der Wahlen niederschlägt. Daher sollen später, und sofern der hier vorgelegte methodische Ansatz dies zu tragen verspricht, weitere Quellen des Wertewandels in Deutschland erschlossen werden; zu ihnen zählen die Berichterstattung und die Kommentierung von Tagesereignissen in deutschen Zeitungen und die Beiträge in Schulbüchern. Ferner ist geplant, eine vergleichbare Untersuchung für die Vereinigten Staaten durchzuführen.

3. In einem späteren Stadium der Arbeit sollen die in diesem Beitrag ermittelten Indikatoren des Wertewandels mit den Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung konfrontiert werden. Dies soll letztlich die Fragen beantworten, ob die wirtschaftliche Entwicklung die Folge sich von Generation zu Generation ändernder Gerechtigkeitsvorstellungen und Sinngebungsversuche ist, welche

zeitlichen Verzögerungen zwischen Wertewandel und wirtschaftlichem Wandel gegebenenfalls bestehen und ob diese Zusammenhänge auch in anderen Ländern zu beobachten sind. Wenn letzteres der Fall wäre, müßte es lohnend sein, dem internationalen zyklischen Kulturverbund und seinen Übertragungsmechanismen nachzugehen.

4. Die zentralen Untersuchungshypothesen dieser Arbeit sind, daß Wahlergebnisse gesellschaftlichen Wertewandel erkennen lassen, daß Veränderungen der Parteienlandschaft durch Gründung, Spaltung, Fusion und Auflösung von Parteien mit dem gesellschaftlichen Sinn- und Wertewandel zusammenhängen und daß die Parteien bei Wahlen erfolgreich sind, die ihr Parteiprogramm am besten an die gesellschaftlichen Sinn- und Wertewandlungen anpassen.

5. Die Untersuchung beginnt mit einer Darstellung der Entwicklung der deutschen Parteienlandschaft seit 1861 und einer Auswertung der Wahlergebnisse zum Deutschen Reichstag und Deutschen Bundestag von 1871 bis 1987.

Diesem Teil schließt sich eine Analyse der Sinn- und Wertaussagen in Parteiprogrammen an, zu der vor allem auch eine Erörterung der auftauchenden methodischen Probleme gehört sowie eine umfangreiche Darstellung des benutzten Verfahrens. Die Arbeit schließt mit einer statistischen Bewertung und Aggregation der parteilichen Wertaussagen mit Hilfe von Wahlergebnissen zum deutschen Reichstag und zum Deutschen Bundestag.

II. Die Entwicklung der Parteienlandschaft in Deutschland seit 1861¹

¹ Bei der folgenden Wiedergabe der Parteiengeschichte in Deutschland handelt es sich durchweg um Fakten und Interpretationen, die dem gestandenen Wissen zuzurechnen und in zahllosen Veröffentlichungen wohldokumentiert sind. Daher wird im Regelfall auf Literaturverweise verzichtet. Die für die Parteiengeschichte verwendete Literatur ist im Literaturverzeichnis wiedergegeben.

1. Parteien in Deutschland und im Deutschen Reich zwischen 1861 und 1918

6. Erste Ansätze zur Parteienbildung in Deutschland gab es kurz vor und vor allem nach der Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Pauluskirche am 18. Mai 1848. Nachdem die Nationalversammlung durch die alten Mächte aufgelöst worden war, wurde das Entstehen politischer Parteien in Deutschland auf Jahre durch Verbote unterdrückt. Als die Verbote gelockert wurden, kam es 1861 zur ersten Parteibildung.¹

7. Die Parteienlandschaft in Deutschland und im Deutschen Reich von 1861 bis 1918 bestand im wesentlichen aus konservativen, liberalen und sozialistischen Parteien. Gewichtige faschistische Organisationen gab es noch nicht.

a. Konservative Parteien

8. Zu den gemeinsamen elementaren Zielen des politischen Konservatismus in Deutschland gehörte von Anbeginn an der Schutz der Familie, des Eigentums und der Religion. Diese Ziele waren nicht zuletzt eine Reaktion auf die Ideen der französischen Revolution und deren Folgen. Diese antirevolutionäre Einstellung gilt als ein gemeinsames Wesensmerkmal der Konservativen in Europa. Die deutschen Konservativen setzten zur Durchsetzung ihrer Ziele in der Regel auf Legitimität und bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts - als Gegner des Liberalismus - ganz überwiegend auf Autorität.

9. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte bei Teilen des politischen Konservatismus in Deutschland eine Orientierung hin auf völkisch-nationale Ziele. Bei diesen Gruppen traten sozialimperialistische, sozialdarwinistische und antisemitische Bestrebungen mehr und mehr in den Mittelpunkt. Damit gelang es den Kon-

¹ Als nichtparlamentarische Institutionen war schon 1854 der Deutsche Nationalverein - eine Organisation des kleindeutschen politischen Liberalismus - entstanden. 1862 bildete sich der Deutsche Reformverein als Organisation des großdeutschen politischen Liberalismus.

servativen besser als zuvor, die immer gewichtiger werdenden Mittel- und Unterschichten anzusprechen.

10. Konservative Parteien bildeten in unterschiedlichen Kombinationen in Norddeutschland und im Deutschen Reich bis 1918 zumeist das wesentliche Element der parlamentarischen Basis der Regierung. Der Reichskanzler (die Regierung) selbst wurde freilich bis dahin im Deutschen Reich, das eine gemäßigte konstitutionelle Verfassung hatte, vom Deutschen Kaiser als Staatsoberhaupt eingesetzt und abberufen. Die wesentlichen Rechte des Parlaments, d.h. des Deutschen Reichstages, waren das Gesetzgebungs- und Budgetrecht.

11. Innerhalb der konservativen Bewegung sind im Deutschland dieser Periode

- ein reaktionärer,
- ein reformistischer und ein
- radikalkonservativer

Flügel zu unterscheiden.

Der reaktionäre, oft auch als spätfeudal bezeichnete Flügel stützte sich im wesentlichen auf den grundbesitzenden Landadel und kann als autoritär-hierarchisch gekennzeichnet werden. Die spätfeudalen Konservativen waren entschiedene Gegner des Liberalismus, des Parlamentarismus und selbstverständlich auch des Sozialismus. Der reformistische Flügel hielt feudale Strukturen für überlebt und befürwortete mehr und mehr einen eingeschränkten Konstitutionalismus, d.h. in der Verfassung niedergelegte Rechte der Bürger gegenüber dem Staat. Zum Teil ging es den Vertretern des reformistischen Flügels darum, durch sozialpolitische Maßnahmen den Klassenkampf einzudämmen und die Arbeiter für den Staat zu gewinnen.

Der klerikal-konservative Flügel war im wesentlichen eine Institution des politischen Katholizismus in Deutschland. Wie der reformistische Flügel stand er den sozialen Problemen der Arbeiter-

schaft eher aufgeschlossen gegenüber.

12. Erste bedeutende politische Vereinigungen der Konservativen in Deutschland waren das Konservative Zentralkomitee und die Preußische Konservative Partei, die beide 1861 gegründet wurden. Im Jahr 1866 spaltete sich die Freikonservative Partei, die lange Zeit in Deutschland eine wichtige Rolle spielen sollte, von der Preußischen Konservativen Partei ab. Der Grund für die Spaltung lag darin, daß die Gründer der Frei-konservativen Partei im Unterschied zur Preußisch Konservativen Partei Bismarcks deutsche Einigungspolitik entschieden unterstützten.

13. Nach der Gründung des (zweiten) Deutschen Reichs im Jahre 1871 prägten

- die Freikonservative Partei,
- die Zentrumspartei und
- die Deutschkonservative Partei

das politische Leben in Deutschland maßgeblich mit. Besonders gilt dies für die Zentrumspartei, die nach 1878 die wichtigste Stütze der Regierung bildete.

(1) Ziele und Wirken der Freikonservativen Partei

14. Die 1866 gegründete Freikonservative Partei, deren Reichstagsfraktion sich ab 1871 Deutsche Reichspartei nannte, war eine Partei der protestantischen Konservativen. Ihre Mitglieder entstammten vornehmlich den agrarischen, industriellen und bürokratischen Führungsgruppen Preußens. Die Freikonservative Partei, die im Laufe der Jahre zwischen 3 vH und 13 vH der Stimmen errang, unterstützte mit einem Teil der Liberalen Bismarcks Sozialistengesetze. An der 1876 eingeleiteten "Schutzzollpolitik" war die Freikonservative Partei nicht maßgeblich beteiligt. Auf Dauer hatte die Frei-konservative Partei freilich mehr und mehr innerparteiliche Schwierigkeiten, sich in Fragen des Außenhandelsprotektionismus zu verständigen. In der Auseinandersetzung um die Neugestaltung der Handelspolitik nach 1890 wurde Caprivi, der zur

Förderung der Industrialisierung für eine Liberalisierung des Agrarhandels eintrat, vor allem von den großindustriellen Führern der Freikonservativen Partei unterstützt. Die übrigen führenden Freikonservativen lehnten jedoch zumeist Caprivis Handelspolitik ab. In den beiden letzten Jahrzehnten unterstützte die Freikonservative Partei vor allem den Erwerb von Kolonien und den Flottenbau.

Nach dem Ersten Weltkrieg löste sich die Freikonservative Partei auf. Die meisten ihrer Mitglieder traten der Deutschnationalen Partei bei.

(2) Ziele und Wirken der (Deutschen) Zentrumspartei

15. Die 1870 gegründete Zentrumspartei war eine klerikal-konservative Partei, die vor allem die Interessen des - sich im deutschen Reich in der Minderheit befindenden - politischen Katholizismus vertrat. In wirtschaftspolitischen Fragen hatte es die Zentrumspartei stets schwer, sich auf eine einheitliche Linie zu verständigen. Als Parteiflügel standen sich die katholischen Industriellen und katholischen Landwirte einerseits und die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und der Kolpingvereine andererseits gegenüber. Den Interessenausgleich führte zumeist die klerikale Parteielite herbei, was den Einfluß der katholischen Kirche auf die Partei zusätzlich stärkte.

Die Zentrumspartei entwickelte sich rasch (mit etwa 20 vH der Wählerstimmen und etwa 100 Abgeordneten) zur - neben den Nationalliberalen - stärksten Partei im Deutschen Reichstag. Während des Kulturkampfes gegen die katholische Kirche stand sie in entschiedener Gegnerschaft zur Reichsregierung, die versuchte, den Einfluß der katholischen Kirche auf das öffentliche Leben in Deutschland zurückzudrängen. Mit dem Beginn der "Schutzzollpolitik" im Jahr 1879 wandelte sich die Beziehung zwischen Zentrumspartei und Reichsregierung. Seitdem unterstützte die Partei vor allem die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Reichsregierung, die ihrerseits allmählich den von ihr begonnenen Kulturkampf einstellte.

Während des Ersten Weltkriegs setzte sich die Zentrumspartei (die sich ab 1911 Deutsche Zentrumspartei nannte) zunächst für einen Siegfrieden und für Annexionen ein. Später schwenkte sie auf den gemäßigten Kurs der Linksliberalen und Sozialdemokraten ein.

(3) Ziele und Wirken der Deutschkonservativen Partei

16. Die 1876 im Zeichen der Strukturkrise der deutschen Landwirtschaft gegründete Deutschkonservative Partei konstituierte sich als antiliberale Standespartei der aristokratischen Grundbesitzer. Schon bald wandelte sie sich aber zu einer "solidarprotektionistischen" Interessengemeinschaft von Grundbesitz, Industrie und Handwerk mit einer teilweise kräftigen Rhetorik gegen das Großkapital. Die soziale Basis der Partei, die ausschließlich von Adligen geführt wurde, bildete das ländliche und kleinstädtische protestantische Milieu vor allem im ostelbischen Preußen. Bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag erzielte sie zwischen 7 und 16 vH der Stimmen.

Ihren Zielen glaubte die Deutschkonservative Partei am besten durch eine Stärkung der obrigkeitlichen Gewalt sowie durch Unterordnung unter die (monarchistische) Regierungspolitik zu dienen. Mit dieser Einstellung schuf sie sich im Deutschen Reichstag zu meist entscheidenden Einfluß auf die Regierungspolitik.

Nach 1893 geriet die Deutschkonservative Partei ideologisch¹ und organisatorisch ins Schlepptau des Bundes der Landwirte und stand nicht zuletzt als Folge davon in Opposition zur liberalen Handelspolitik Capravis. Der Zolltarif von 1902, der den "solidarprotektionistischen" Bund zwischen Landwirtschaft und Industrie erneuerte, machte die Deutschkonservative Partei wieder zu einer Stütze der Reichsregierung.

¹ Der Bund der Landwirte trug präfaschistische Züge: Er verfocht eine gegen Parlament und Parteien gerichtete nationale und antisemitische Integrationsideologie, in der "sozialdarwinistische" Begriffe wie Volksgemeinschaft, Volksempfinden, Erhaltung der Art und Kampf ums Dasein eine wichtige Rolle spielten.

Nach dem Ersten Weltkrieg löste sich die Deutschkonservative Partei - wie die Freikonservative Partei - auf. Führende Mitglieder waren danach an der Gründung der Deutschnationalen Volkspartei beteiligt.

b. Liberale Parteien

17. Das wesentliche Ziel des politischen Liberalismus ist das Wohlergehen des Einzelnen; im Mittelpunkt seiner Programmatik stehen die persönliche Freiheit und Unversehrtheit sowie das Recht auf Selbstverwirklichung und die Wahrung der persönlichen Lebenschancen. Der Individualismus der Liberalen steht im Gegensatz zu den eher kollektivistischen Zielfunktionen der Sozialisten, der Faschisten und auch der meisten Konservativen.

Weil aus liberaler Sicht der Mensch eher egoistisch als altruistisch ist, ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft nicht möglich. Es bedarf eines Minimums kollektiver (staatlicher) Regelungen, die verhindern, daß die Menschen im Unfrieden miteinander leben. Freilich sind für den Liberalismus Gruppen wie Volk, Nation, Staat, Familie oder Klasse immer nur Mittel zum Zweck und niemals Selbstzweck.

18. Für eine auf das Individuum ausgerichtete Ordnung sprechen aus liberaler Sicht zweckrationale Gründe. Nach liberaler Überzeugung verfügt nämlich insgesamt betrachtet kein Individuum über eine bessere Urteilskraft als die Gesamtheit der Individuen. Aus der Überzeugung, daß ein dezentrales Entscheidungssystem effizienter ist als ein zentrales, folgt für die Gesellschaft im Ganzen, daß Meinungsfreiheit und Wettbewerb der Ideen die besten Voraussetzungen bilden, um die nötige Flexibilität für den stets notwendigen Wandel der Lebensverhältnisse zu schaffen. Bezogen auf die Wirtschaftsordnung bedeutet dies, daß Wettbewerb und Privateigentum in Verbindung mit dem persönlichen Kosten-Nutzen-Kalkül der Individuen auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht die geeigneten Steuerungsmittel sind.

19. In Deutschland hat sich der politische Liberalismus früh in

- einen nationalliberalen und
- einen sozialliberalen

Flügel aufgespalten.

Der nationalliberale Flügel unterstützte Bismarcks Einigungspolitik. Im Unterschied zum sozialliberalen Flügel befürwortete er aus besitzbürgerlicher Sicht das Zensuswahlrecht. Der sozialliberale Flügel versuchte die auftretende soziale Bewegung in den Liberalismus zu integrieren. Im Vergleich zum nationalliberalen Flügel spielten für sie nationale Belange nur eine untergeordnete Rolle.

20. Die erste - parlamentarisch nicht tätige - Organisation des politischen Liberalismus in Deutschland war der 1859 (auf Initiative von Schulze-Delitzsch, Benningsen, Miquel, Duncker u.a.) gegründete Deutsche Nationalverein, dem gemäßigte und radikale Liberale angehörten. Der Deutsche Nationalverein setzte sich, anders als der 1862 entstandene großdeutsch orientierte und ebenfalls liberale Deutschen Reformverein, für die Schaffung eines kleindeutschen Reiches unter preußischer Führung ein.

Die erste liberale Partei und deutsche Partei überhaupt war die 1861 gegründete Deutsche Fortschrittspartei (Ziffer 6). Von ihr spaltete sich nach den deutschen Einigungskriegen von 1864 und 1866 die Nationalliberale Partei (NLP) ab, die in den Jahren ab 1867 zusammen mit den Konservativen in Preußen und im Norddeutschen Bund die parlamentarische Basis der Regierung bildete.¹ Die Deutsche Fortschrittspartei stand als linksliberale Partei fortan in der Opposition.

¹ Der konkrete Anlaß für die Parteispaltung war die Indemnitätsvorlage von 1866, die zur nachträglichen Billigung der Haushaltspolitik der Regierung durch 43 von 83 Abgeordneten der Deutschen Fortschrittspartei führte. Zahlreiche Abgeordnete verließen danach die Deutsche Fortschrittspartei und bildeten eine eigene Fraktion, aus der 1867 die Nationalliberale Partei hervorging.

Im Deutschen Reich kam es bei den liberalen Parteien bis zum Ersten Weltkrieg zu immer neuen Abspaltungen und Vereinigungen. Die wichtigen liberalen Parteien in dieser Zeit waren

- die Nationalliberale Partei (NLP),
- die Deutsche Fortschrittspartei (DFP),
- die Freisinnige Partei,
- die Freisinnige Vereinigung,
- die Freisinnige Volkspartei (FVP) und
- die Fortschrittliche Volkspartei (FVP).

(1) Ziele und Wirken der Nationalliberalen Partei

21. Die 1867 gegründete Nationalliberale Partei (Ziff. 19) war vor allem die Partei des gebildeten und besitzenden Bürgertums sowie auch des städtischen und ländlichen Mittelstandes.¹ Von 1871 bis 1881 war sie mit zumeist deutlich über 100 Abgeordneten die stärkste Partei im Deutschen Reichstag. Sie war in dieser Zeit die parlamentarische Hauptstütze der Reichsregierung vor allem im Kulturkampf mit der katholischen Kirche.

22. Bismarcks Schutzzollpolitik führte 1879 zum Zerwürfnis zwischen der Nationalliberalen Partei und der Reichsregierung. Im Jahr 1880 kam es zur Abspaltung der linken Sezessionisten, die Bismarcks Schutzzollpolitik, wie die Deutsche Fortschrittspartei, besonders entschieden ablehnten. Die Sezessionisten gründeten die Liberale Vereinigung, die sich 1884 mit der Deutschen Fortschrittspartei zur Freisinnigen Partei zusammenschloß. Danach hatte die Partei mit etwa 50 Abgeordneten nur noch eine mittlere Stärke im Reichstag. Eine Ausnahme bildeten nur noch die Wahlen von 1887, bei denen sie 99 Parlamentssitze gewann.

Nach Bismarcks Sturz im Jahre 1890 unterstützten die Nationalli-

¹ Eine andere rechtsliberale Partei war die kurzlebige Liberale Reichspartei, eine Honoratiorenvereinigung, die sich 1874 auflöste.

beralen wieder umfassend die Reichsregierung.¹ Im Kabinett des Reichskanzlers Caprivi führte der nationalliberale Finanzminister Miquel die progressive Einkommensteuer ein.

23. Nach der Jahrhundertwende kam es unter dem Einfluß von Stresemann und anderen "Jungliberalen" zu einer Parteireform, die auf gesellschaftspolitischem Gebiet eine Annäherung an die Linksliberalen mit sich brachte. Im Jahr 1907 entstand mit Unterstützung des Reichskanzlers von Bülow ein gegen die Zentrums- und die Sozialdemokratische Partei gerichteter Bürgerblock aus Konservativen sowie National- und Sozialliberalen, der bei der Reichstagswahl von 1907 die Mehrheit errang. Das Bündnis zwischen Konservativen und Liberalen scheiterte freilich schon bald an der Steuergesetzgebung.

Im Ersten Weltkrieg verfocht die Nationalliberale Partei, die 1917 im Reichstag die von der Deutschen Zentrumspartei, der Deutschen Sozialdemokratischen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei vorgelegten Friedensinitiativen ablehnte, bis zum Ende eine Politik des Siegfriedens und der Annexionen. Nach Kriegsende löste sich im Dezember 1918 die Nationalliberale Partei auf.

(2) Ziele und Wirken der Deutschen Fortschrittspartei, der Freisinnigen Partei, der Freisinnigen Vereinigung, der Freisinnigen Volkspartei und der Fortschrittlichen Volkspartei

24. Die 1861 als erste Partei in Deutschland gegründete Deutsche Fortschrittspartei war eine radikaldemokratische Partei des linken Liberalismus.² Wie die nationalliberale Partei widersetzte auch sie sich entschieden der Schutzzollpolitik Bismarcks, dessen

¹ Schon 1887 hatte sie im Gegensatz zu den Linksliberalen aus nationalen Gründen Bismarcks Politik der Heeresverstärkung befürwortet.

² Eine andere - weniger bedeutsame - linksliberale Partei war die vorwiegend in Süddeutschland beheimatete Demokratische Volkspartei (DVP).

Politik sie auch sonst mit Ausnahme des Kulturkampfes, in dem sie für die Trennung von Staat und Kirche eintrat, heftig - ohne sie verhindern zu können - bekämpfte. Die Wahlen zum Reichstag von 1881 brachten ihr mit 12,7 vH das beste Wahlergebnis. Im Jahr 1884 schloß sie sich mit der Liberalen Vereinigung (Ziff. 22) zur Freisinnigen Partei zusammen.

25. Die Freisinnige Partei setzte den Kampf des linken Liberalismus gegen die Politik der Regierung - auch noch über Bismarcks Sturz hinaus - fort. Sie lehnte sogar - obschon sozialliberal - Bismarcks Sozialgesetze als Staatssozialismus ab. Bekämpft wurde von ihr auch die Einführung der progressiven Einkommensteuer durch den nationalliberalen Finanzminister Miguel.

Im Streit um die Militärpolitik der Reichsregierung kam es 1892 zur Spaltung der Partei. Der regierungsfreundliche Parteiflügel gründete die Freisinnige Vereinigung und der regierungsfeindliche Parteiflügel die Freisinnige Volkspartei.

26. Ab 1904 arbeiteten die Vertreter der Freisinnigen Vereinigung und die Freisinnige Volkspartei wieder mehr und mehr zusammen und institutionalisierten ihre Kooperation 1906 im "Einigungsausschuß".

Nach dem Scheitern des Bürgerblocks (Ziff. 23) bildeten 1907 die Freisinnige Vereinigung und die Freisinnige Volkspartei im Reichstag eine Fraktionsgemeinschaft. Im Jahr 1910 vereinigten sie sich schließlich unter Einschluß der Deutschen Volkspartei zur Fortschrittlichen Volkspartei (FVP), die im wesentlichen das Programm der Freisinnigen Volkspartei übernahm.

27. Im Ersten Weltkrieg vertraten sämtliche liberalen Parteien zunächst expansionistische Kriegsziele. Im Jahr 1917 stimmte dann die Fortschrittliche Volkspartei zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Zentrumspartei im Reichstag für die sogenannte Friedensresolution, die von den Nationaldemokraten abgelehnt wurde.

Als sich nach dem Ersten Weltkrieg die Nationaldemokratische Partei auflöste und Stresemann die Deutsche Volkspartei (DVP) gründete, (die die Tradition der nationalliberalen Partei fortführte), ging die fortschrittliche Volkspartei über in die Deutsche Demokratische Partei (DDP).

c. Sozialistische Parteien

28. Das ausschließliche Ziel des Sozialismus war im vorigen Jahrhundert die wirtschaftspolitische und gesellschaftliche Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft. Grundlegende Bedeutung für die sozialistische Bewegung hatten die Gedanken von Karl Marx und Friedrich Engels, deren politische Ideen im kommunistischen Manifest von 1848 ihren propagandistisch kondensierten Niederschlag fanden. Marx und Engels zufolge ist die schriftlich überlieferte "Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen".¹ Im 19. Jahrhundert habe das kapitalistische Wirtschaftssystem zu einer bis dahin nicht vorstellbaren Entfaltung der Kommunikationsmittel und der Produktivkräfte und in Verbindung damit zur Herrschaft der immer reicher werdenden Bourgeoisie, d. h. des Kapitals², geführt. Der industrielle Fortschritt ("die Entwicklung der großen Industrie"³) zöge jedoch der Bourgeoisie den Boden unter den Füßen weg: Der Fortschritt sei von ihr nicht mehr beherrschbar. In dieser Situation käme es für die Proletarier darauf an, die von der Bourgeoisie verbesserten Kommunikationsmöglichkeiten zu nutzen, indem man sich (auch international) vereinigte, um durch gewaltsamen Umsturz die Herrschaft der Bourgeoisie zu beseitigen und die politische Macht zu erobern. Ihre Aufforderung zum Sturz der Bourgeoisie verbanden Marx und Engels mit der - wie sie meinten wissenschaftlich hergeleiteten - Prognose vom unvermeidlichen Sieg des Proletariats.

29. Mit der Vorhersage dieses Sieges haben sich Anhänger und

¹ MEW, Band 4, S. 462, insbesondere Fußnote **.

² ebenda, S. 468.

³ ebenda, S. 474.

Gegner des Sozialismus seitdem nahezu unentwegt in einer kontrovers geführten Diskussion beschäftigt. Selbst innerhalb des Sozialismus sind seit Jahrzehnten ein dogmatischer und ein revisionistischer Flügel in ihrer Auffassung vom richtigen Weg zum Sozialismus zu unterscheiden.

Der dogmatische Flügel beharrt darauf, daß der Weg zum Sozialismus nach wie vor über den (gewaltsamen) Sturz der bürgerlichen Gesellschaft führe. Verkörpert wird der dogmatische Flügel durch die kommunistischen Parteien, die zumindest bis in die jüngste Vergangenheit auf die revolutionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der ganzen Welt setzten.

Der revisionistische Flügel hält einen evolutorischen Weg zum Sozialismus für möglich. Verkörpert wurde der revisionistische Flügel durch die Sozialdemokratische Partei, die eine demokratische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse anstrebte.

30. Die erste politische Organisation des Sozialismus in Deutschland war der 1863 in Leipzig gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV), der freilich nicht auf Ideen von Marx, sondern auf Vorstellungen von Lassalle - seinem ersten Vorsitzenden - fußte. Der wohl wesentliche Unterschied zwischen Lassalles und Marx' Ideen besteht darin, daß Lassalle den Staat als eine Institution betrachtete, die der Arbeiterschaft dienstbar zu machen sei, während Marx den Staat als zu vernichtendes Herrschaftsmittel der Bourgeoisie ansah.

31. Eine zweite sozialistische Partei, die den Namen Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) trug, wurde 1869 in Eisenach unter Mitwirkung von August Bebel und Karl Liebknecht gegründet. Die sozialistischen Parteien im Deutschen Reich bis 1918 waren

- die Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
- die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und
- der Spartakusbund.

(1) Sozialdemokratische Partei Deutschlands

32. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die sich zunächst Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands nannte, ging 1875 auf dem Gothaer Parteitag aus dem Zusammenschluß der Sozialdemokratischen Deutschen Arbeiterpartei und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hervor. Sie errang trotz der gegen sie 1878 erlassenen Sozialistengesetze, die bis zur Aufhebung der Gesetze im Jahre 1890 die politische Arbeit schwer behinderte, bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag mehr und mehr Stimmen. Ihr Anteil stieg von 9,1 vH im Jahr 1877 auf 34,8 vH im Jahr 1912. Bereits 1890 wurde die SAP zur stärksten Partei im Deutschen Reich.

33. Auf dem Erfurter Parteitag von 1891 nannte sich die Sozialistische Arbeiterpartei um in Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Wichtiger war, daß sich die Partei auf dem Erfurter Parteitag ein neues Programm gab, das in einen theoretischen und einen praktischen, das heißt tagespolitisch orientierten Teil untergliedert war.

Der theoretische Teil des Erfurter Programms enthält eine marxistische Zeitanalyse, derzufolge der sich verschärfende Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie unausweichlich zum Zusammenbruch der bürgerlichen Ordnung im Zuge eines revolutionären Umsturzes führt. An die Stelle der bürgerlichen Ordnung trete dann eine sozialistische, in der die Menschen von Unterdrückung und Ausbeutung befreit seien. Der tagespolitisch orientierte Teil des Programms enthielt vor allem Forderungen nach Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung, Unfallschutz und Demokratisierung der Gesellschaft. Thesen zur bestehenden und künftigen gesellschaftlichen Ordnung enthielt der praktische Teil hingegen nicht.

34. Der theoretische Teil des Erfurter Programms, der eine langfristige Heilserwartung verkörperte, und der praktische Teil, der sich mit den tagespolitischen Erfordernissen befaßte, bildeten für die kommenden Jahrzehnte ein Dach, unter dem sich ganz unterschiedliche politische Strömungen zu entfalten vermochten. Die politischen Strömungen in der Sozialdemokratischen Partei waren

- die revisionistische Strömung,
- die revolutionäre Strömung und
- die wortradikale Strömung.

35. Der Exponent der revisionistischen Strömung war vor allem Eduard Bernstein. Er zweifelte an den Thesen von der unausweichlichen Verelendung des Proletariats und vom (baldigen) Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft. Deshalb setzte er sich für eine pragmatische Politik sozialer und politischer Reformen im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie ein. Die Revisionisten lehnten den theoretischen Teil des Erfurter Programms ab und setzten stattdessen auf Mitarbeit und Kompromiß sowie auch auf Bündnisse mit anderen - insbesondere linksliberalen - Parteien.

Exponenten der revolutionären Strömung waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die alle revisionistischen Gedanken entschieden bekämpften. Gestützt auf die marxistische Ideologie setzten sie weiterhin auf Klassenkampf und Weltrevolution. Sie befürworteten den politischen Streik als gesellschaftliches Kampfmittel, um die sozialistische Revolution herbeizuführen.

Exponenten der wortradikalen Strömung waren August Bebel und Karl Kautsky. Sie verbanden die tagespolitische Reformarbeit mit vulgärmarxistischer Rhetorik und gewannen damit die Oberhand in der Partei. Ihr Wortradikalismus hatte den Zweck, von der praktischen Arbeit enttäuschte Anhänger der Partei bei der Stange zu halten.

36. Bei Beginn des Ersten Weltkriegs stimmten im Reichstag die Deutschen Sozialdemokraten (wie auch die Sozialdemokraten in anderen kriegführenden Staaten) äußerlich geschlossen (Ziffer 37) für die Bewilligung von Kriegskrediten. In ihrer überwältigenden Mehrheit taten sie dies auch noch in den Jahren danach. Sie stützten gegen Ende des Ersten Weltkriegs im Rahmen des Interfraktionellen Ausschusses gemeinsam mit konservativen und liberalen Kräften die letzte kaiserliche Reichsregierung unter Max von Baden. Im Interfraktionellen Ausschuß hatten sich vor Kriegsende in der Monarchie die politischen Kräfte zusammengefunden, die nach Kriegsende in der Republik, in unterschiedlicher Zusam-

mensetzung, das Korsett der Koalitionsregierungen bilden sollten.

(2) Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Spartakusbund

37. Schon im Jahre 1914 lehnte, bei internen Beratungen, eine Minderheit von 14 Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei die Bewilligung weiterer Kriegskredite ab. Diese innerparteiliche Opposition stieg bis Ende 1915 auf 43 Abgeordnete (von 110) an. Weil den Abweichlern von der Parteimehrheit die Fraktionszugehörigkeit abgesprochen wurde, bildeten sie im Reichstag unter dem Namen Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft im Jahre 1916 eine eigene Fraktion. Im Jahr 1917 kam es dann zur Spaltung. Die Abweichler gründeten im April des Jahres eine eigene Partei, die sich Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) nannte. Die Sozialdemokratische Partei wurde nun auch als Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) bezeichnet.

38. Im Jahre 1917 bildete sich außerdem der von den ehemaligen SPD-Mitgliedern Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg angeführte Spartakusbund. Er orientierte sich an der Oktoberrevolution und dem russischen Bolschewismus. In den Wirren bei Kriegsende und danach versuchte der Spartakusbund in Deutschland einen revolutionären Umbruch nach sowjetischem Vorbild herbeizuführen. Im Jahr 1919 nahm der Spartakusbund den Namen Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) an.

2. Parteien im Deutschen Reich von 1918 bis 1945

39. In der Parteienlandschaft der Weimarer Republik fanden sich die organisierten politischen Strömungen des Kaiserreichs (zum Teil unter anderem Namen) im wesentlichen wieder. Der in der Spätphase des Kaiserreichs in Gang gekommene Prozeß der ideologischen Annäherung aller Parteien setzte sich in der Weimarer Republik fort. Neu in der Republik war, daß der Faschismus zu einer immer wichtigeren politischen Kraft wurde.

a. Konservative Parteien

40. Die konservativen Parteien der Weimarer Republik standen in der Tradition der konservativen Parteien des Kaiserreichs. Dies gilt nicht nur für die Deutsche Zentrumspartei, sondern auch für die Neugründungen. Die wichtigen konservativen Parteien¹ im Deutschen Reich nach dem Ersten Weltkrieg waren

- die Deutschnationale Volkspartei (DNVP),
- die Deutsche Zentrumspartei und
- die Bayerische Volkspartei (BVP).

(1) Wesen und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei

41. Die nach dem Krieg 1918 in Berlin gegründete Deutschnationale Volkspartei war nach der Niederlage im Weltkrieg eine Partei, die vornehmlich Mitglieder und Wähler anzog, die einen monarchistischen Nationalstaat zurücksehnten. In ihr fanden sich nicht zuletzt zahlreiche frühere Mitglieder der ehemaligen Deutschkonservativen Partei und der ehemaligen Freikonservativen Partei. Die Deutschnationale Volkspartei verstand sich gesellschaftspolitisch als eine gegen die Sozialisten gerichtete Volkspartei, die den Klassenkampf entschieden ablehnte. Begriffe wie sozialer Ausgleich, bürgerliche Grundrechte, Privateigentum und nationale Kultur spielten in ihrem Vokabular eine wichtige Rolle.

Zum Wesen der Deutschnationalen Volkspartei gehörte ihr Zwiespalt zwischen der wortradikal vorgetragenen prinzipiellen Ablehnung der Republik und der im Interesse ihrer Mitglieder liegenden Notwendigkeit zur praktischen Mitarbeit auch in der Regierung. Ihr bestes Wahlergebnis errang sie bei den Reichstagswahlen des Dezembers 1924 mit 20,5 vH der Stimmen. Danach ging ihr Gewicht

¹ Eine weniger bedeutende Partei war die Christliche Volkspartei (Rheinische Volksvereinigung), die 1920 wegen der Nähe der Zentrumspartei zur Sozialdemokratischen Partei als Kontrahentin der Deutschen Zentrumspartei auftrat und auch später für den Wähler eine Alternative zur Deutschen Zentrumspartei darstellte.

kontinuierlich zurück.¹

Um den Wahlerfolgen der Nationalsozialisten zu begegnen, verwandelte sich die Deutschnationale Volkspartei unter Hugenberg's Führung mehr und mehr zu einer antidemokratischen "Bewegungs"partei mit Führerprinzip und paramilitärischer Organisation. Am 31. Januar 1933 trat die Deutschnationale Volkspartei in das von Hitler geführte Präsidialkabinett ein. Im Mai 1933 gab sich die Deutschnationale Volkspartei den Namen Deutschnationale Front (DNF), um den Nationalsozialisten ihren antiparlamentarischen Charakter zu demonstrieren. Ihr Überleben konnte sie hiermit aber nicht sichern; im Juni 1933 löste sich die Deutschnationale Front selbst auf.

(2) Wesen und Wirken der Deutschen Zentrumspartei

42. Die Deutsche Zentrumspartei wandte sich nach dem Ende der Monarchie entschieden gegen die Errichtung einer sozialistischen Republik. Ihre gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Grundsätze unterschieden sich kaum von den Leitlinien der Partei im Kaiserreich. Die Zentrumspartei stritt auch in der Weimarer Republik für die Rechte der Religionsgemeinschaften und der Familie. Für die Gesellschaft im ganzen empfahl die Partei einen sozialen Ausgleich im Sinne der katholischen Soziallehre.

Bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag schnitt die Deutsche Zentrumspartei im Durchschnitt in der Weimarer Republik ähnlich erfolgreich ab wie im Kaiserreich. Ihre spezifische Programmatik schuf der Deutschen Zentrumspartei eine weitgespannte Koalitionsfähigkeit, die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

¹ Innerparteiliche Auseinandersetzungen führten zudem zu Ausschluß und Abspaltung von Mitgliedern. Ausgeschlossen wurde 1922 eine radikal antisemitische Gruppe, die im selben Jahr die Deutschvölkische Freiheitspartei gründete. Abgespalten hat sich 1929 zunächst eine alldeutsch-völkische Gruppe, die zur Volkskonservativen Vereinigung wurde. Außerdem spaltete sich 1930 in der Auseinandersetzung um Brüning's Notverordnungen eine Abgeordnetengruppe ab, die dann zusammen mit den Volkskonservativen die Konservative Volkspartei (KVP) bildeten.

bis zur Deutschnationalen Volkspartei reichte.

Nachdem die verschiedenen Präsidialkabinette, darunter auch das von dem Zentrumspolitiker Brüning geführte, gescheitert waren, bildete Hitler am 31. Januar 1933, nachdem er vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler ernannt worden war, ein neues Präsidialkabinett. Für die Deutsche Zentrumspartei war damit das Ende ihres politischen Einflusses gekommen. Daran vermochte auch die - von der Reichsregierung benötigte - Zustimmung der Deutschen Zentrumspartei zum Ermächtigungsgesetz nichts zu ändern. Sehr geschadet hat der Deutschen Zentrumspartei die Aufhebung des Verdikts der katholischen Bischöfe gegen die Nationalsozialisten, nachdem Hitler dem Heiligen Stuhl den Abschluß eines Konkordats in Aussicht gestellt hatte. Freilich ist es unwahrscheinlich, daß es ohne Aufhebung des Verdikts nicht zur Selbstaflösung der Deutschen Zentrumspartei im Juli 1933 gekommen wäre.

(3) Wesen und Wirken der Bayerischen Volkspartei

43. Die 1918 durch Abspaltung von der Deutschen Zentrumspartei entstandene Bayerische Volkspartei stimmte programmatisch in wichtigen Punkten mit der Deutschen Zentrumspartei überein. Die Abspaltung war in der Hauptsache eine Folge der zentralistischen Neigungen der Deutschen Zentrumspartei, des Unbehagens über die Zusammenarbeit der Deutschen Zentrumspartei mit den Sozialdemokraten sowie der sich abzeichnenden sozialistischen Tendenzen bei der Deutschen Zentrumspartei.

Bei der Reichspräsidentenwahl von 1925 verhalf die Bayerische Volkspartei im zweiten Wahlgang Hindenburg, dem Kandidaten der Konservativen, gegen den Zentrumskandidaten Marx zum Sieg. Die Bayerische Volkspartei war im Deutschen Reich von 1922 bis 1933 Regierungspartei. Ihre Tradition lebte nach dem Zweiten Weltkrieg zum Teil in der Christlich Sozialen Union und der Bayernpartei fort.

b. Liberale Parteien

44. Die liberalen Parteien der Weimarer Republik standen wie die konservativen Parteien in der Tradition ihrer Vorgänger im Kaiserreich. Die wichtigen liberalen Parteien der ersten Deutschen Republik waren

- Die Deutsche Demokratische Partei (DDP),
- die Deutsche Volkspartei (DVP) und
- die Deutsche Staatspartei (DSP), die aus der Deutschen Demokratischen Partei hervorging.

(1) Deutsche Demokratische Partei und Deutsche Staatspartei

45. Die 1918 gegründete Deutsche Demokratische Partei war eine linksliberale Partei, die im wesentlichen aus der fortschrittlichen Volkspartei (Ziff. 26) hervorging. Als fundamentaldemokratische, aber staatsbejahende Partei befürwortete sie den demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Sie war gegen den Klassenkampf und sprach sich für "pluralistische Homogenität" aus.

Bei den Wahlen zum Reichstag erzielte die Deutsche Demokratische Partei bescheidene Ergebnisse. Gleichwohl gehörte sie zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Deutschen Zentrumspartei zur sogenannten Weimarer Koalition, die in zahlreichen Regierungen als systembejahende und staatstragende Partei mitarbeitete.

In den späten 20er Jahren verstärkten sich angesichts der wirtschaftlichen und politischen Krise die Bemühungen, das liberale Lager in Deutschland organisatorisch zusammenzufassen. Eine Vereinigung von Deutscher Demokratischer Partei und Deutscher Volkspartei gelang jedoch nicht. Stattdessen schlossen sich die Deutsche Demokratische Partei und die bis dahin wenig bedeutsame Volksnationale Reichsvereinigung (sowie einige Mitglieder der

Deutschen Volkspartei) zur Deutschen Staatspartei zusammen.¹

46. Die Deutsche Staatspartei empfahl einen "sozialen Kapitalismus" und war zu einer weitreichenden Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten bereit. Sie befürwortete eine Stärkung der Reichsgewalt, um den zerstörerischen pluralistischen Interessen und dem Gruppenegoismus entgegenzuwirken.

Der politische Niedergang des Linksliberalismus ließ sich gleichwohl nicht verhindern. Nach der schweren Wahlniederlage von 1932 setzte in der Deutschen Staatspartei eine sich verstärkende Diskussion über die Selbstauflösung ein. Im März 1933 stimmten im Deutschen Reichstag die verbliebenen fünf Abgeordneten der Deutschen Staatspartei, darunter der spätere Bundespräsident Theodor Heuss, dem Ermächtigungsgesetz zu. Die Selbstauflösung der Partei erfolgte Ende Juni 1933.

(2) Deutsche Volkspartei

47. Die Ende 1918 von Stresemann gegründete Deutsche Volkspartei war eine nationalliberale Partei, die in der nach Kriegsende aufgelösten Nationalliberalen Partei des Kaiserreichs (Ziff. 21 ff.) wurzelte.² Im Unterschied zur eher kleinbürgerlichen und mittelständischen Deutschen Demokratischen Partei mit ihrer linksliberalen Programmatik war die rechtsliberale Deutsche Volkspartei eine großbürgerliche Vertretung der Unternehmer, der gebildeten Schichten und auch der Großgrundbesitzer.

Anfänglich stand die Deutsche Volkspartei in betonter Opposition zum neuen Deutschen Staat, dessen Verfassung sie in der Nationalversammlung von 1919 abgelehnt hatte. Schon bald jedoch stellte sie sich auf den Boden der Republik und arbeitete in zahlreichen

¹ In Württemberg führte der Landesverband der Partei seinen alten Namen DDP weiter. Eine kleine Gruppe von Mitgliedern spaltete sich ab und gründete die bedeutungslose Radikal-Demokratische Partei.

² Im Jahr 1922 spaltete sich eine linke Gruppe von der Deutschen Volkspartei ab und gründete die Nationalliberale Vereinigung, die später in der Deutschnationalen Volkspartei aufging.

Koalitionsregierungen mit. Ihr Vorsitzender Stresemann war 1923 Reichskanzler und von 1923 bis zu seinem Tod im Jahr 1929 Reichsaußenminister.

Nach Stresemanns Tod schwenkte die Deutsche Volkspartei, die bei den Wahlen mehr und mehr von den Nationalsozialisten bedrängt wurde, zusehends stärker auf eine nationale und in der Wirtschaftspolitik streng antimarxistische Linie ein. Die Kurskorrektur vermochte aber ihren weiteren Niedergang nicht aufzuhalten. Bei den Reichstagswahlen von 1932 erhielt die Partei, die 1920 im Reichstag 65 Abgeordnete (1928: 45 Abgeordnete) stellte, nur noch 2 Mandate. Ende Juni 1933 löste sich die Deutsche Volkspartei auf.

c. Sozialistische Parteien

48. Die sozialistischen Parteien, die zu Beginn der Weimarer Republik das Feld beherrschten, hatten sich zuvor, während des Ersten Weltkriegs, durch Spaltungsvorgänge der Sozialdemokratischen Partei gebildet (Ziff. 37 f.). Die wichtigen sozialistischen Parteien der Weimarer Republik waren

- die Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
- die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und
- die Kommunistische Partei Deutschlands, die aus dem Spartakusbund hervorging.

(1) Sozialdemokratische Partei Deutschlands

49. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die aufgrund der Parteispaltung während des Weltkriegs sich in der Weimarer Republik zunächst Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands nannte, stellte nach der revolutionären Bewegung im November 1918 - zunächst gemeinsam mit den Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands - eine Revolutionsregierung, die sich Rat der Volksbeauftragten nannte. Diese Revolutionsregierung, die sich als Provisorium verstand, sprach sich für ein parlamentarisches Regierungssystem aus. Zu diesem Zweck richtete sie im Januar 1919

Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung aus. Die in Weimar tagende Nationalversammlung bestätigte in der von ihr verabschiedeten Reichsverfassung das parlamentarische Regierungssystem.

Bis zum Juni 1920 gehörte die (Mehrheits-)Sozialdemokratische Partei der Reichsregierung an. Danach blieb sie - von kurzlebigen Übergangsregierungen abgesehen - bis 1928 in der Opposition. Von 1928 bis 1930 stellte sie den Reichskanzler in einer großen Koalition mit der Deutschen Zentrumspartei und der Deutschen Demokratischen Partei. Die große Koalition zerbrach an einem Streit über die Höhe der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung, in dem es um einen Viertel-Prozentpunkt ging. Das anschließend gebildete Präsidialkabinett Brüning wurde von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die nicht bereit war, in die Regierung einzutreten, toleriert.

Programmatisch knüpfte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1925 auf ihrem Heidelberger Parteitag im wesentlichen an das Erfurter Programm (Ziff.) an. Ein Wandel vollzog sich in der Partei insofern, als die tagespolitische Programmatik gegenüber den marxistischen Heilserwartungen an Relevanz gewann. Der Versuch freilich, sich programmatisch in Richtung auf eine Volkspartei für Angestellte und Kleinbürger zu öffnen, gelang nicht.

Ihren größten Wahlerfolg mit 37,9 vH der Wählerstimmen errang die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1919 bei der Wahl zum ersten Reichstag. Nach einem Zwischenhoch im Jahr 1928, bei dem sie 29,8 vH der Stimmen erhielt, fiel sie im November 1932 auf 20,4 vH und 1933 auf 18,3 vH der Stimmen zurück. Im Juli 1933 wurde die Sozialdemokratische Partei im Deutschen Reich aus sämtlichen Parlamenten ausgeschlossen und verboten.

(2) Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

50. Die 1917 durch Abspaltung von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gebildete Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands war zunächst Mitglied der Revolutionsregierung. Sie

schied aus dieser jedoch Ende 1918 wieder aus, weil sie den Einsatz von regulären Truppen und Freikorps gegen meuternde Soldaten und andere Revolutionäre ablehnte. Ein extrem feindseliges Verhältnis zwischen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei entstand, als im Januar 1919 die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geführte Reichsregierung durch Regierungstruppen den von der Kommunistischen Partei Deutschlands durchgeführten Spartakusaufstand niederwerfen ließ.

Im Jahr 1919 verschärfte sich in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestehende innerparteiliche Gegensätze. Als Gegner standen sich die revolutionären Befürworter des Rätesystems, die in der Mehrheit waren, und die Befürworter des parlamentarischen Regierungssystems, die die Minderheit bildeten, gegenüber. Auf dem Leipziger Parteitag setzte sich im Dezember 1919 die revolutionäre Mehrheit mit ihrer Forderung nach der Diktatur des Proletariats und des Beitritts zur Kommunistischen Internationale (Komintern), die von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beherrscht wurde, durch.

Zum offenen Bruch kam es dann auf dem folgenden Parteitag im Oktober 1920 in Halle, auf dem es vor allem um eine Verschmelzung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands ging. Das Ergebnis der Auseinandersetzung war, daß die Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abwanderte. Die Parteilinderheit versuchte ohne nachhaltigen Erfolg, die Selbständigkeit der Partei zu wahren. Im September 1922 verschmolz sie mit der (Mehrheits-)Sozialdemokratischen Partei zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die sich aber bald wieder Sozialdemokratische Partei Deutschlands nannte.

Bei den Reichstagswahlen erzielte die Unabhängige Sozialdemokratische Partei zum Teil erhebliche Erfolge. Bei den Wahlen von 1920 errang sie mit 17,9 vH der Stimmen fast so viele Stimmen wie die (Mehrheits-)Sozialdemokratische Partei, die es auf 21,6 vH der Stimmen brachte.

(3) Kommunistische Partei Deutschlands

51. Die aus dem Spartakusbund 1918 hervorgegangene (Ziff. 38) Kommunistische Partei Deutschlands war die treibende Kraft des niedergeworfenen Spartakusaufstandes vom Januar 1919, in dem auch ihre Führer Liebknecht und Luxemburg den Tod fanden. Ihren (welt-)revolutionären Zielen folgend, trat die Kommunistische Partei Deutschlands im März 1919 der moskauhörigen Kommunistischen Internationale bei. Die Kommunistische Internationale, die sich als Weltpartei des Kommunismus verstand und von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus geführt wurde, übte beherrschenden Einfluß auf die Kommunistische Partei Deutschlands aus.

Die Kommunistische Partei Deutschlands betrachtete die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die sie als sozialfaschistisch bezeichnete, auch dann als ihren Hauptgegner, als der Aufstieg der Nationalsozialisten zur Macht stattfand. Aus gemeinsamer Feindschaft gegen die parlamentarische Demokratie kam es sogar vereinzelt zu gemeinsamen Aktionen von Kommunisten und Nationalsozialisten.

Bei den Wahlen zum Reichstag schnitt die Kommunistische Partei Deutschlands im Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zunehmend erfolgreicher ab. Ihr bestes Wahlergebnis erzielte sie bei den Wahlen im November 1932 mit 16,9 vH der Stimmen. Im März 1933 wurde die Kommunistische Partei Deutschlands verboten.

d. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)

52. Die einzige wichtige faschistische Partei im Deutschen Reich nach 1918 war die 1919 in München gegründete Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). Ob freilich die NSDAP, die ureigene Züge trug, zu den faschistischen Parteien zu rechnen ist, wie dies gewöhnlich geschieht, ist letztlich eine Frage der Definition. Die NSDAP sah zwar wie die (übrigen) faschistischen Parteien in Europa im Kampf der verschiedenen Bevölkerungsgruppen

gegeneinander (im Klassenkampf) das Grundübel des modernen Staats. Sie setzte aber nicht auf die Zählung des organisierten Gruppenegoismus durch einen institutionalisierten Interessenausgleich, sondern auf die Überwindung des Klassenkampfes durch die Vernichtung der Interessengruppen und die Schaffung einer Volksgemeinschaft. Es ging der NSDAP im Kern darum, die nach ihrer Ansicht für das Oberkartell (die Volksgemeinschaft) schädlichen Subkartelle (Interessengruppen) zu vernichten.

Eine Frage der Definition ist auch, ob die NSDAP zu den sozialistischen Parteien, so wie dies etwa Mises und Hayek tun, zu rechnen war. Ein fundamentaler Unterschied zu den sozialistischen Parteien lag darin, daß es bei den Nationalsozialisten eher auf Chancengleichheit und weniger auf Ergebnisgleichheit ankam.² Ein weiterer Unterschied bestand darin, daß die Marxisten als Kosmopoliten den weltweiten revolutionären Klassenkampf und die Nationalsozialisten als Nationalisten die nach außen abgegrenzte Volksgemeinschaft zum Ziel hatten.

Die NSDAP bekämpfte die parlamentarische Demokratie und war ein Gegner des Mehrparteien-Systems. Die Parteien betrachtete die NSDAP als den verlängerten (politischen) Arm des organisierten Gruppenegoismus im Parlament und in der Regierung. Innerparteilich war die NSDAP autokratisch nach dem Führerprinzip organisiert.

Bei den Wahlen zum Reichstag erzielte die NSDAP bis zur Wahl 1928 nur geringe Erfolge. Danach stieg ihr Stimmenanteil mit der sich rapide verschlechternden wirtschaftlichen Lage sprunghaft an. Im Jahr 1932 erreichte sie bei der Wahl im Juli 37,3 vH und bei der Wahl im November 33,1 vH der Stimmen. Damit war sie mit weitem Abstand die stärkste Partei im Deutschen Reich. Die letzte Reichstagswahl, im März 1933 brachte der NSDAP 43,9 vH der Stimmen.

53. Am 30. Januar ernannte der Reichspräsident, den "Führer" der NSDAP Hitler zum Kanzler eines Präsidialkabinetts, dem auch Vertreter konservativer Parteien angehörten. Zielstrebig arbeitete

Hitler auf die Auflösung und das Verbot aller Parteien (mit Ausnahme der NSDAP) hin, was er bis zum Sommer 1933 erreichte. Von da an war die NSDAP bis zum 8. Mai 1945 die einzige Partei im Deutschen Reich. Am 1. Dezember 1933 wurde sie durch das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat als "Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem Staate unlösbar verbunden" bezeichnet.

3. Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945

54. Auch die Parteienlandschaft der westlichen Besatzungszonen und der späteren Bundesrepublik Deutschland fußte in der Tradition des Parteiensystems der vergangenen Zeitabschnitte. Die meisten Parteien lassen sich nach den bisherigen Gliederungskriterien erneut in konservative Parteien, liberale Parteien und sozialistische Parteien ordnen.¹

55. Die Neubildung der Parteienlandschaft in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg vollzog sich nach dem Willen der Siegermächte. Sie entschieden sich, neben der SPD und KPD zwei bürgerliche Parteien, dies waren dann die CDU und FDP, zuzulassen. Die Wieder- und Neugründung der Parteien vollzog sich zunächst im wesentlichen auf regionaler Ebene, was auch damit zu tun hatte, daß die französische Besatzungsmacht in der Befolgung ihres Konzepts einer Zerstückelung Deutschlands, den Parteien in ihrer Besatzungszone strikt untersagte, mit Parteien in anderen Besatzungszonen Kontakt aufzunehmen.

¹ Nicht im einzelnen behandelt wird der Block der Heimatvertriebenen Entrechteten (BHE), der sich primär als Interessenvertretung der Heimatvertriebenen und Kriegsoffer verstand und in den 50er Jahren beachtliche Wahlerfolge erzielte. Ebenfalls nicht im einzelnen eingegangen wird auf die - bei Wahlen nur mäßig erfolgreichen - radikal-nationalistischen Parteien, zu denen die Deutsche Rechtspartei (DRP), die Sozialistische Reichspartei (SRP) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) zählen. Außerdem werden - mit Ausnahme der Christlich Sozialen Union in Bayern (CSU) - die verschiedenen Regionalparteien wie die Bayernpartei (BP), die Saarländische Volkspartei (SVP) und der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) nicht im einzelnen behandelt.

56. Bemerkenswert ist, daß bei den Parteien der in der Spätphase des Kaiserreichs in Gang gekommene Prozeß der ideologischen Annäherung, der in der Weimarer Republik sich fortsetzte, in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt voranschritt. Etwas vereinfacht läßt sich sagen, daß

- konservative Parteien immer liberaler und sozialistischer,
- liberale Parteien immer sozialistischer und
- sozialistische Parteien immer liberaler wurden.

Mit diesem Prozeß mag zusammenhängen, daß in der jüngeren Vergangenheit auf den Flügeln sich neue Parteien mit einigem Erfolg etablieren konnten.

a. Konservative Parteien

57. Die wichtigsten konservativen Parteien in den westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland waren

- die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU,)
- die Christlich Soziale Union (CSU) und
- Deutsche Partei (DP)

Die Deutsche Zentrumspartei konnte sich als konfessionell gebundene Partei nach ihrer Wiedergründung gegen die neuen überkonfessionellen Parteien nicht behaupten. Ihr Stimmenanteil bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag sank von 3,1 vH im Jahr 1949 über 0,8 vH im Jahr 1953 auf 0,3 vH im Jahr 1957.

(1) Christlich Demokratische Union Deutschlands

58. Die CDU besteht als Bundespartei erst seit dem Zusammenschluß von 1950 in Goslar. Bis dahin gab es sie nur auf regionaler Ebene als parteipolitische Institution. Sie konstituierte sich - vor dem Hintergrund der Weimarer Erfahrungen mit heterogenen und weitgehend konsensunfähigen Parteien - von Anfang an als eine auf soziale Integration gerichtete, den Klassenkampf ablehnende Volkspartei, in der gleichsam parteiintern ein organisierter In-

teressenausgleich zwischen den auch institutionell geschiedenen Interessengruppen stattfand.

Auch in religiöser Hinsicht setzte die CDU auf gesellschaftliche Integration. Im Unterschied zur alten Zentrumspartei, aus der Adenauer und andere wichtige Politiker der CDU hervorgingen, und zur neuen - wiedergegründeten - Zentrumspartei verstand sich die CDU von Anfang an als Union katholischer und evangelischer Christen.

59. Weltanschauung und Programm der CDU veränderten sich im Zeitablauf mehrfach:

- In weltanschaulicher Hinsicht fußten der Kölner Programmentwurf vom Juni 1945 sowie die Leitsätze der CDU im Rheinland und in Westfalen vom September 1945 noch tief im christlich-religiösen Bekenntnis. In den Leitlinien heißt es, gegen eine "Säkularisierung der Öffentlichkeit" gerichtet: "Gott ist das Herz der Geschichte und der Völker, Christus die Kraft und das Gesetz unseres Lebens"¹.

Heute vertritt die CDU eine im Kern säkularisierte Position. Ihre Zustimmung zum bedingten Schwangerschaftsabbruch etwa wäre in der frühen CDU undenkbar gewesen.

- In wirtschafts- und gesellschaftlicher Hinsicht vertrat die CDU zunächst eine Mischung aus sozialistischen und liberalen Vorstellungen. Die Partei lehnte ursprünglich die Marktwirtschaft ab und propagierte eine Politik des christlichen Sozialismus. Das Ahlener Programm vom Februar 1947 bejaht zwar prinzipiell Privateigentum, Wettbewerb und unternehmerische Initiative; zugleich fordert es aber auch die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln sowie in hohem Maße eine staatliche Planung und Lenkung der Wirtschaft.

¹ Leitsätze der CDU in Rheinland und Westfalen vom 2. September 1945.

Die Hinwendung der Partei zur sozialen Marktwirtschaft erfolgte im Juli 1949 - inspiriert durch einen Parteilosen, Ludwig Erhard - in den Düsseldorfer Leitsätzen. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre und in den 70er Jahren rückte die CDU von ihrer liberalen Linie in der Wirtschaftspolitik wieder etwas ab. Ihre Vorschläge für ein "soziales" Baubodenrecht und für eine Ausweitung der Mitbestimmung sowie ihre These von der "Neuen Sozialen Frage" machten den programmatischen Wandel der Partei deutlich.

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag war die CDU im Verbund mit der CSU mit Ausnahme der Wahl von 1972 stets die erfolgreichste Partei. Ihr bestes Ergebnis erzielte sie 1957 mit 50,2 vH der Stimmen. In den Jahren von 1949 bis 1969 sowie von 1982 bis heute stellte sie als stärkste Regierungspartei den Bundeskanzler.

(2) Christlich-Soziale Union in Bayern

60. Die CSU wurde im Januar 1948 als bayerische Landespartei gegründet. Wie die CDU verstand sie sich als christliche, aber überkonfessionelle Volkspartei, obwohl sie personell weitgehend aus der konfessionell begrenzten Bayerischen Volkspartei (BVP) der Weimarer Republik hervorgegangen war.

Der weltanschauliche und programmatische Entwicklungsgang der CSU entspricht mit einer landesbezogenen Komponente im wesentlichen dem der CDU. Die sozialistischen Neigungen waren bei der CSU ursprünglich sogar stärker ausgeprägt als bei der CDU. In den 30 Punkten der CSU von 1946 hieß es, der unbegrenzte Wirtschaftsliberalismus gehöre ebenso wie das marxistisch-sozialistische Planwirtschaftsprogramm einem vergangenen Jahrhundert an. Die rein liberalistische Wirtschaft führe ebenso unausweichlich zur Wirtschaftskrise und zum Wirtschaftschaos wie die dogmatische Planwirtschaft zum Staatskapitalismus. Die Union sei entschlossen, den mittleren Weg zwischen doktrinärem Liberalismus und doktrinärem Sozialismus zu gehen; die Stunde sei reif zur Synthese.

Früher als die CDU wandte sich die CSU vom sozialistischen Teil ihres Programms ab. Auf der Landesversammlung im August 1947 vollzog sie die Hinwendung zur "sozialen Marktwirtschaft". In den späten 60er Jahren und in den 70er Jahren waren die neosozialistischen Tendenzen in der CSU weniger ausgeprägt als in der CDU.

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag, zu denen die CSU nur in Bayern antrat, erzielte sie, auf Bundesebene gerechnet, zwischen 5,8 vH (1949) und 10,6 vH (1983) der Stimmen. Mit der CDU bildet die CSU im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag eine Fraktionsgemeinschaft.

(3) Deutsche Partei (DP)

61. Die im Juni 1945 in Hannover unter dem ursprünglichen Namen Niedersächsische Landespartei gegründete Deutsche Partei war eine national-konservative Partei, die sich als Nachfolgepartei der ehemaligen - wenig bedeutenden Deutsch Hannoverschen Partei (DHP) verstand. Eine andere (vor allem personelle) Wurzel reichte zurück in die DNVP (Ziff. 41). Im Juni 1947 nahm die Partei den Namen Deutsche Partei an.

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag ging der Stimmanteil der DP von 4,0 vH im Jahr 1949 auf 3,3 vH im Jahr 1953 zurück. Zu Mandaten im Deutschen Bundestag kam die DP 1953 und 1957 nur durch Wahlhilfe der CDU, die in aussichtsreichen Wahlkreisen der DP auf eigene Direktkandidaten verzichtete.

Im April 1961 vereinigte sich die DP mit dem BHE zur gesamtdeutschen Partei (GDP), die bei der Bundestagswahl von 1961 2,8 vH der Stimmen erreichte.

b. Liberale Parteien: Freie Demokratische Partei (FDP)

62. Die im Dezember 1948 in Heppenheim als Bundespartei konstituierte FDP vereinigte zum ersten Mal die nationalliberalen und

sozialliberalen politischen Strömungen in Deutschland.¹ Die FDP hatte freilich von Anfang an mit dem Problem zu ringen, daß liberale Ideen inzwischen zum Allgemeingut geworden waren (Ziff. 56). Die Konservativen vertraten liberale Gedanken vornehmlich auf wirtschaftspolitischem und die Sozialdemokraten auf rechtspolitischem Gebiet. Angesichts dieses Umstands schien nicht wenigen Bürgern eine "neo-" liberale Partei nicht unbedingt erforderlich.

63. In den 50er und 60er Jahren gab es in der FDP, die von 1949 bis 1956 mit der CDU und anderen Parteien im Bundestag eine Regierungskoalition bildete, tiefgreifende programmatische Spannungen zwischen dem national- und dem sozialliberalen Flügel. Der nationalliberale Flügel hatte grundlegende Vorbehalte gegen die Westintegration der Bundesrepublik. Er setzte sich damals durch mit der Folge, daß die FDP in ihrem Berliner Programm von 1957 den Beitritt zur EWG ablehnte. Ansonsten wurde deutschlandpolitisch die Wiedervereinigung verlangt und jede Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze abgelehnt. Auch wirtschaftspolitisch setzte sich der nationalliberale Flügel im Berliner Programm durch, indem die Marktwirtschaft, das Privateigentum, das Leistungsprinzip sowie die Eigenverantwortlichkeit der Bürger befürwortet wurden.

64. Der sozialliberale Flügel gewann innerparteilich an Boden, nachdem in Nordrhein-Westfalen die Landtagsfraktion der FDP 1956 unter den Einfluß der sogenannten Jungtürken durch ein konstruktives Mißtrauensvotum mitgeholfen hatte, die von der CDU geführte Landesregierung durch eine von der SPD geführte Landesregierung zu ersetzen. Der Sturz der CDU-Regierung in Nordrhein-Westfalen führte zur Spaltung der FDP. Der sich in der Minderheit befindliche nationalliberale Regierungsflügel, der in der Wirtschaftspolitik einem möglichst ungestörten Wirken des Preismechanismus zugeneigte, trat aus der FDP aus und gründete 1956 die Freie Volkspartei (FVP), die im Bundestag die Koalition mit der CDU

¹ Bis dahin bestand die "FDP" nur auf regionaler Ebene unter verschiedenen Namen.

fortsetzte. Die FVP hatte bei Wahlen keinen Erfolg und ging 1957 in der - ebenfalls um ihre Existenz ringenden - DP auf (Ziff. 61). Die Mehrheit der Partei beendete im Bundestag die Koalition mit der CDU und ging in die Opposition.

Von 1961 bis zum Beginn der großen Koalition im Juli 1966 war die FDP dann wieder Regierungspartei neben der CDU. Nach der großen Koalition regierte sie von 1969 bis zur "Wende" im Jahr 1982 zusammen mit der SPD¹ und seitdem wieder mit der CDU.

65. Programmatisch machte die FDP in der zweiten Hälfte der 60er Jahre einen tiefgreifenden Wandel durch. Auf dem Nürnberger Parteitag von 1969 und vor allem dann in den Freiburger Thesen von 1971 setzte die Partei neue sozialistische Akzente. Von nun an stand die "Reform" des Kapitalismus im Geiste einer "neuartigen Auffassung von sozialem Liberalismus" auf dem Programm. Der fortschreitende wirtschaftliche Niedergang in den 70er Jahren führte zu einer Rückbesinnung der FDP auf liberale Prinzipien und schließlich als Folge davon zum Ende des "historischen Bündnisses" zwischen Linksliberalismus und Sozialdemokratie zur politischen Wende von 1982.

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag schnitt die FDP mit unterschiedlichem Erfolg ab. Ihr bestes Wahlergebnis erzielte sie 1961 mit 12,8 vH und ihr schlechtestes 1969 mit 5,8 vH der Wählerstimmen.

c. Sozialistische Parteien

66. Das Spektrum der sozialistischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland ist - in der Abgrenzung dieser Arbeit - sehr viel heterogener als zur Zeit von Kaiserreich und Weimarer Republik. Auf der einen Seite stehen doktrinäre Marxisten und auf der anderen die - beinahe zur Volkspartei - gewandelte SPD.

¹ Nach der Bildung der sozialliberalen Regierung spalteten sich bis 1972 die Reste des nationalliberalen Flügels von der FDP ab.

Als wichtige sozialistische Parteien werden im folgenden

- die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und
- die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

behandelt.¹

(1) Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

67. Die auf regionaler Ebene 1945 wieder gegründete SPD bemühte sich um eine einheitliche politische Linie über die Zonengrenzen hinweg. Nachdem dies durch den im April 1946 vollzogenen Zusammenschluß von SPD und KPD zur SED in der sowjetischen Besatzungszone gescheitert war, fand im Mai 1946 in Hannover der erste gemeinsame Parteitag der SPD der westlichen Besatzungszonen statt.

68. Programmatisch stand die SPD zunächst noch ganz in der Tradition der Weimarer Republik. Sie verstand sich als sozialistische und demokratische Partei, für die die Erhaltung der Reichseinheit ein zentrales Ziel war. Die SPD vertrat den Standpunkt, daß der Sozialismus die Vollendung der Demokratie sei. Sie verlangte damals - ähnlich wie die CDU - die Überführung der Schlüsselindustrien und auch der Banken in Gemeineigentum. Sie hielt die Verstaatlichung für den besten Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und für einen wirkungsvollen Schutz gegen den Faschismus, den sie im kapitalistischen System begründet sah.

Auch in der Außenpolitik verstand sich die SPD bis etwa zur Mitte der 50er Jahre als Alternative zur regierenden CDU und zu den übrigen Koalitionsparteien. Für sie war die Wiedervereinigung das Oberziel der deutschen Politik, der sie - als erreichbarem Nahziel - sämtliche außenpolitischen Überlegungen unterordnete. Sie lehnte entschieden die Westintegration der Bundesrepublik, die

¹ Daneben gab es einige bei Wahlen erfolglose kommunistische Parteien sowie Volksfrontparteien wie die Deutsche Friedens-Union (DFU), die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) oder den Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW).

sie als Hindernis auf dem Weg zur Einheit ansah, ab. Auch die ungelöste Saarfrage war für die SPD ein Grund, sich gegen die Westintegration zu stemmen. Die Sozialdemokraten verlangten damals die "Westwiedervereinigung" Deutschlands vor dessen Westintegration.

Zu einer schweren Kontroverse zwischen der SPD und der Bundesregierung kam es 1952, nachdem die Sowjetunion in einer Note an die Regierungen der USA, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs angeboten hatte, ein neutrales wiedervereintes Deutschland zu schaffen. Die Bundesregierung lehnte im Gegensatz zur SPD aber im Einvernehmen mit den westlichen Siegermächten jede - auch nur einfache - Prüfung des sowjetischen Angebots ab.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre paßte die SPD nicht zuletzt auch aufgrund ihrer Mißerfolge bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag ihre Politik an die veränderten innen- und außenpolitischen Realitäten an. Sie bejahte von nun an die Landesverteidigung innerhalb der NATO und den eingeschlagenen Weg in der Europapolitik.

Im Godesberger Programm von 1959 nahm sie Abschied vom Klassenkampf und entschied sich für den Ausbau des Sozialstaats im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung.

69. Der programmatische Wandel schuf die Voraussetzung zur Bildung der Großen Koalition mit der CDU/CSU im Jahre 1966 und zur Bildung der sozialliberalen Koalition mit der FDP im Jahr 1969.

Gemeinsam mit der FDP arbeitete die SPD in der sozialliberalen Koalition solange an einem zügigen Ausbau des Sozialstaats, bis der fortschreitende wirtschaftliche Niedergang in den 70er Jahren die Durchführung weiterreichender Pläne unmöglich machte, obwohl es gerade in den 70er Jahren in der Programmatik - wie sie insbesondere in dem Mannheimer Orientierungsschema von 1975 zum Ausdruck kam - mit der Wiederbelebung des Gedankens vom demokratischen Sozialismus eine sozialistische Renaissance gab, die auch zur Entfremdung zwischen SPD und FDP und zur Wende von 1982 bei-

trug.

70. In der Deutschlandpolitik setzte die SPD in dieser Zeit auf Entspannung sowie eine Politik des Wandels durch Annäherung. Ihren Niederschlag fand diese Politik in den Ostverträgen und im Grundlagenvertrag.

71. Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag erhöhte sich der Stimmenanteil der SPD kontinuierlich von 29,2 vH im Jahre 1949 auf das bisher beste Ergebnis im Jahr 1976 mit 45,8 vH. Bei der Wahl von 1987 erzielte die seit 1982 wieder oppositionelle SPD nur 37,0 vH der Stimmen.

(2) Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

72. Die auf regionaler Ebene 1945 wiedergegründete KPD war wie die KPD der Weimarer Zeit eine moskauhörige Partei des dogmatischen Marxismus. Sie propagierte ab 1949 offen den revolutionären Kampf gegen die politische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Im August 1956 wurde sie vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindliche Partei verboten. Im Jahre 1968 entstand unter der Bezeichnung Deutsche Kommunistische Partei (DKP) eine Nachfolgeorganisation.

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag konnte die kommunistische Partei nicht an die Erfolge der Wahlen zum Deutschen Reichstag anknüpfen. Im Jahr 1949 erzielte sie 5,7 vH und im Jahr 1953 2,2 vH der Stimmen. Die DKP erreichte 1972 noch einen Anteil von 0,3 vH.

d. Die Grünen

73. Die 1977 zunächst auf regionaler Ebene in Niedersachsen unter dem Namen Grüne Liste Umweltschutz (GLU) gegründete Partei der Grünen war ursprünglich eine politische Bewegung, die sich primär mit dem Thema Umweltschutz befaßte. Schon bald aber befürwortete sie - als Alternative zu den herkömmlichen Parteien - ein gegen

das Leistungsprinzip gerichtetes alternatives Wetesystem, in dem der Umweltschutz kaum mehr als symbolhafte Bedeutung hatte. Sie stellte grundsätzliche Fragen zum demokratischen Prinzip, integrierte grüne und alternative Bewegungen und machte sich - neben dem Umweltschutz - parlamentarisch wie außerparlamentarisch für die Durchsetzung sozialistischer Forderungen und für Friedens-, Frauen- und Menschenrechtsbewegungen stark.

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag erzielten die Grünen bemerkenswerte Erfolge. Nach 1,4 vH im Jahr 1980 kamen sie 1983 auf 5,3 vH und 1987 auf 8,0 vH.

III. Die Wahlergebnisse zum Deutschen Reichstag und Deutschen Bundestag seit 1871

1. Allgemeine Beobachtungen

74. Die drei untersuchten Epochen der deutschen Wahlstatistik¹ unterscheiden sich zunächst und grundlegend darin, daß im Kaiserreich nur durchschnittlich ein Fünftel der Bevölkerung wahlberechtigt war; in der Weimarer Republik war der Anteil der Wahlberechtigten auf rund zwei Drittel angestiegen; in der Bundesrepublik schließlich waren ebenfalls durchweg zwei Drittel der Bevölkerung wahlberechtigt, zuletzt (1887) sogar 76,5 vH (Tabelle 1). Dies ist - neben den unterschiedlichen demographischen Strukturen - auch ein Ergebnis des in den drei Epochen geltenden unterschiedlichen Wahlrechts. So waren im Kaiserreich nach dem Wahlge-

¹ Diese drei Epochen werden im folgenden plakativ als "Kaiserreich" (Wahljahre 1871 bis 1912), als "Weimarer Republik" [Wahljahre 1919 (Nationalversammlung) bis 1933] und als Bundesrepublik Deutschlands (Wahljahre 1949 bis 1987) bezeichnet. Dies ist nicht exakt; so gilt gemeinhin die Novemberwahl des Jahres 1932 als letzte Wahl der Weimarer Republik. Hier wird die Märzwahl des Jahres 1933, dem Beispiel von Mackie und Rose (1974) folgend, noch einbezogen. Es ist an dieser Stelle allerdings nicht zu klären, welchen Einfluß die vor der Märzwahl von 1933 erfolgten Verfassungsänderungen auf das Wahlergebnis hatten.

Tabelle 1 - Wahlen in Deutschland - Allgemeine Statistik nach Epochen^a

Kennziffer

- Kaiserreich -													
	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
1. Bevölkerung (Mio.)	39,5	41,0	42,7	42,7	45,2	45,2	46,9	46,9	49,4	52,3	56,4	60,6	64,9
2. Wahlberechtigte a. Mio.	7,7	8,5	8,9	9,1	9,1	9,4	9,8	10,1	10,6	11,4	12,5	13,4	14,4
b. vH von 1.	19,4	20,8	20,9	21,4	20,1	20,7	20,9	21,7	21,5	21,9	22,2	22,0	22,2
3. Wahlbeteiligung a. vH von 1.	9,9	12,7	12,6	13,6	11,3	12,6	16,2	15,6	15,6	14,9	16,9	18,6	18,9
b. vH von 2a.	51,1	61,2	60,6	63,3	56,3	60,6	77,5	71,6	72,5	68,1	76,1	84,7	84,9
4. Anzahl der Mandate	382	397	397	397	397	397	397	397	397	397	397	397	397
5. Zahl der Parteien ^{b,c}	11	12	12	12	12	11	12	12	14	15	15	16	14
6. Stimmanteil der n größten Parteien (vH)													
a. n = 1	30,2	29,7	29,9	25,8	23,2	22,6	22,3	19,7	23,3	27,2	31,7	29,0	34,8
b. n = 2	48,2	57,6	54,5	48,9	39,5	40,2	42,4	38,3	42,4	46,0	51,5	48,4	51,2
c. n = 3	62,3	66,2	64,2	62,5	54,1	57,8	57,6	54,6	55,9	58,5	64,4	62,9	64,8
7. Stimmanteile (vH)													
a. Konservative	41,0	42,0	42,4	49,7	46,9	44,6	45,1	37,7	38,3	34,3	33,3	33,0	28,6
b. Liberale	46,5	39,7	42,0	36,0	37,7	36,9	36,4	34,3	27,3	23,6	23,2	25,4	25,9
c. Insgesamt	87,5	81,7	84,4	85,7	84,6	81,5	81,5	72,0	65,6	57,9	56,5	58,4	54,5
- Weimarer Republik -													
	1919	1920	1924(5)	1924(12)	1928	1930	1932(7)	1932(11)	1933				
1. Bevölkerung (Mio.)	62,9	61,8	62,8	62,8	64,4	65,1	65,7	65,7	66,1				
2. Wahlberechtigte a. Mio.	37,4	35,9	38,4	39,0	41,2	43,0	44,2	44,4	44,7				
b. vH von 1.	59,4	58,2	61,1	62,0	64,0	66,0	67,3	67,5	67,6				
3. Wahlbeteiligung a. vH von 1.	48,5	46,1	47,3	48,9	48,4	54,1	56,6	54,5	60,1				
b. vH von 2a.	81,7	79,2	77,4	78,8	75,6	82,0	84,1	80,6	88,8				
4. Anzahl der Mandate	421	459	472	493	491	577	608	584	647				
5. Zahl der Parteien ^{b,d}	8	10	12	12	15	15	15	15	12				
6. Stimmanteil der n größten Parteien (vH)													
a. n = 1	37,9	21,6	20,5	26,0	29,8	24,5	37,3	33,1	43,9				
b. n = 2	56,9	39,5	40,0	46,5	44,0	42,8	58,9	53,5	62,2				
c. n = 3	75,5	54,6	53,4	60,1	56,1	55,9	73,4	70,4	74,5				
7. Stimmanteile (vH)													
a. Konservative	30,3	34,2	37,2	38,7	30,0	22,2	21,6	23,5	22,2				
b. Liberale	23,9	23,0	17,3	19,7	18,1	12,2	2,6	3,1	1,9				
c. Insgesamt	54,2	57,2	54,5	58,4	48,1	34,4	24,2	26,6	24,1				

Noch Tabelle 1 - Wahlen in Deutschland - Allgemeine Statistik nach Epochen

Kennziffer

	- Bundesrepublik Deutschland ^f -										
	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987
1. Bevölkerung (Mio.)	47,1	49,2	51,4	54,0	56,4	57,9	59,6	59,6	59,7	59,6	59,3
2. Wahlberechtigte a. Mio.	31,2	33,1	35,4	37,4	38,5	38,7	41,4	42,1	43,2	44,1	45,3
b. vH von 1.	66,3	67,6	68,8	69,4	68,3	66,8	69,5	70,6	72,5	74,0	76,5
3. Wahlbeteiligung a. vH von 1.	52,0	57,9	60,5	60,7	59,2	57,9	63,3	64,1	64,2	65,9	64,4
b. vH von 2a.	78,5	86,0	87,8	87,7	86,8	86,7	91,1	90,7	88,5	89,0	84,3
4. Anzahl der Mandate	402	487	497	499	496	496	496	496	497	498	497
5. Zahl der Parteien ^{b,e}	10	11	8	7	5	5	5	3	4	4	4
6. Stimmanteil der n größten Parteien (vH)											
a. n = 1	31,0	45,2	50,2	45,3	47,6	46,1	45,8	48,6	44,5	48,8	44,3
b. n = 2	60,2	74,4	79,0	77,1	83,8	85,4	90,7	91,2	87,4	87,0	81,3
c. n = 3	72,1	83,9	86,7	89,9	93,3	91,2	99,1	99,1	98,0	94,0	90,4
7. Stimmanteile (vH)											
a. Konservative	38,1	49,3	53,6	45,3	47,6	46,1	44,9	48,6	44,5	48,8	44,3
b. Liberale	11,9	9,5	7,7	12,8	9,5	5,8	9,4	7,9	10,6	7,0	9,1
c. Insgesamt	50,0	58,5	61,3	58,1	57,1	51,9	53,3	56,5	55,1	55,8	53,4

^aZur Bezeichnung vgl. Fußnote 1 zu Ziffer 74. - ^bOhne die in Tabellen A 1 bis A 3 nicht aufgeführten Splitterparteien. - ^cVgl. Tabelle A 1. - ^dVgl. Tabelle A 2. - ^eVgl. Tabelle A 3. - ^fOhne Berlin.

Quelle: Tabellen A 1 bis A 3 sowie die dort aufgeführten Quellen. - Eigene Zusammenstellungen und Berechnungen.

setz des Norddeutschen Bundes nur Männer und nur solche, die über 25 Jahre alt waren, wahlberechtigt. In der Weimarer Republik durften erstmals auch Frauen wählen; zudem war das Wahlalter auf 20 Jahre gesenkt worden. In der Bundesrepublik kann seit 1970 wählen, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat (vorher: 21 Jahre).

Ein weiterer Unterschied bezieht sich auf die Wahlbeteiligung, die im Durchschnitt zur Zeit des Kaiserreichs deutlich niedriger war als in den beiden folgenden Epochen; insbesondere zu Beginn des Kaiserreichs, in den Jahren 1871 bis 1884, war die Wahlbeteiligung relativ gering. Das führte dazu, daß in diesen Jahren faktisch nur zwischen 9,9 vH (1871) und 13,6 vH (1878) der Bevölkerung über die Zusammensetzung des Reichstages entschied.

75. Untersucht man diese allgemeine Statistik der Wahlen nach Kennziffern, die Ausdruck von zeitlicher Stabilität oder Instabilität sein könnten, so zeigt sich (noch Tabelle 1):

- Die Zahl der Mandate war sehr stabil im Kaiserreich und relativ stabil in der Bundesrepublik. In den untersuchten 14 Jahren der Weimarer Republik stieg die Zahl der Mandate im Trend stark an und schwankte zudem kräftig zwischen einzelnen Legislaturperioden.
- Die Bedeutung der konservativen und liberalen Parteien, gemessen an ihren Stimmanteilen, sank im Kaiserreich kräftig und in der Weimarer Republik ebenso kräftig und, was noch bedeutsamer ist: Die jeweils rund 30 Prozentpunkte betragende Verschlechterung ihrer Wahlergebnisse ließ ihnen im Kaiserreich noch die Mehrheit; in der Weimarer Republik versank diese Gruppierung mit einem Viertel der Wählerstimmen faktisch in prozentualer Bedeutungslosigkeit. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war in beiden Epochen die Entwicklung der Stimmanteile der liberalen Parteien: Im Jahre 1871 waren die Liberalen mit gut 46 vH noch die stärkste Gruppierung; 1912 betrug ihr Anteil nur mehr 25,9 vH. Im Jahre 1933 erreichten sie nur noch 1,9 vH der Stimmen.

Anders als in den beiden vorherigen Epochen ist die Geschichte der Bundesrepublik sowohl durch eine relativ ausgeprägte Stabi-

lität der Wahlergebnisse der "bürgerlichen" Parteien insgesamt als auch der beiden Parteien, die dieses bürgerliche Spektrum darstellten, gekennzeichnet.

- Die Anteile der jeweils größten wie auch der zwei und der drei größten Parteien schwankten im Kaiserreich und in der Weimarer Republik in ungefähr vergleichbarem Ausmaß. In allen drei Epochen wären die drei größten Parteien in der Lage gewesen, solide parlamentarische Mehrheiten zu bilden. Die größte Partei alleine hat in keiner der drei Epochen die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten. Die beiden größten Parteien wären sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik in jeweils vier von dreizehn, beziehungsweise von acht Legislaturperioden mehrheitsfähig gewesen, in der Bundesrepublik immer.
- Die Anzahl der relevanten Parteien (vgl. Fußnote b in Tabelle 1) wird oft für die Stabilität eines demokratisch-parlamentarischen Systems verantwortlich gemacht. Im Kaiserreich gab es zwischen 11 und 16 Parteien, in der Weimarer Republik zwischen 8 und 15 und in der Bundesrepublik zwischen 3 und 11. Allein in der Bundesrepublik ist ein fallender Trend in der Anzahl der Parteien festzustellen, der möglicherweise asymptotisch verläuft.

2. Die Wahlergebnisse zum Deutschen Reichstag von 1871 bis 1912

76. Bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1871 bis 1912 fällt vor allem ins Auge, daß sich die Stellung der SPD beinahe von Wahl zu Wahl verbessert hat (Tabelle A 1). Aus einem Stimmenanteil von 3,2 vH im Jahr 1871 wurde im Jahr 1912 ein Anteil von 34,8 vH. Wahlberechtsbedingt betrug der Anteil an den Reichstagsmandaten jedoch nur 0,5 vH im Jahre 1871 und 27,7 vH im Jahre 1912. Entgegengesetzt verlief die Entwicklung bei den nationalliberalen Parteien, deren Anteil von 30,2 vH (Mandatsanteil: 32,7 vH) im Jahre 1871 auf 13,6 vH (Mandatsanteil: 11,3 vH) im Jahre 1912 sank. Kontinuierlichere Wahlergebnisse erzielte die Zentrumsparterie, deren Anteile zwischen 18,0 vH der Wählerstimmen (16,0 vH der Mandate) im Jahre 1871 und 27,9 vH bei den Wahlen 1874 (Mandatsanteil: 22,9 vH), beziehungsweise 26,7 vH der Manda-

te im Jahre 1890 (Stimmanteil: 18,6 vH) lagen.¹

3. Die Wahlergebnisse zum Deutschen Reichstag von 1919 bis 1933

77. Bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1919 bis 1933 ist das alles beherrschende Ereignis der Aufstieg der NSDAP zur mit Abstand stärksten Partei (Tabelle A 2). Ihr Stimmanteil erhöhte sich von 6,6 vH im Mai 1924 auf 43,9 vH im Jahr 1933. Der Aufstieg der NSDAP erfolgte auf Kosten nahezu aller Parteien. Besonders hiervon betroffen waren die DNVP, die DDP/ DSP und die DVP. Zurückgebildet hat sich freilich auch der Anteil der SPD. Nach 37,9 vH der Stimmen im Jahr 1919 über 29,8 vH im Jahr 1928 kam sie 1933 noch auf 18,3 vH. Vom Niedergang der SPD profitierte außer der NSDAP auch die KPD, deren Anteil sich von 2,1 vH im Jahr 1920 auf 12,3 vH im Jahr 1933 erhöhte.

4. Die Wahlergebnisse zum Deutschen Bundestag von 1949 bis 1987

78. Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag von 1949 bis 1987 ist bemerkenswert, daß die Unionsparteien CDU und CSU mit Ausnahme des Jahres 1972 stets am erfolgreichsten abschnitten (Tabelle A 3). Ihr bestes Ergebnis erzielten sie im Jahr 1957 mit 50,2 vH der Stimmen. In den übrigen Wahljahren lag ihr Stimmenanteil mit Ausnahme des Jahres 1949 um 45 vH der Stimmen. Die SPD, die im Kaiserreich, an den Stimmanteilen gemessen, ab 1890 und in der Weimarer Republik bis 1930 bei den Wahlen stets stärkste Partei war, lag mit Ausnahme der Wahl von 1972, bei der sie mit 45,8 vH auch absolut ihr bestes Ergebnis erzielte, stets hinter den Unionsparteien zurück.

¹ Durchweg höhere Mandats- als Stimmanteile erzielte - solange es sie gab - die Deutsche Fortschrittspartei (z.B. 8,6 vH der Stimmen und 12,3 vH der Mandate im Jahre 1874).

IV. Sinn- und Wertaussagen in Parteiprogrammen: Zur Methode

1. Das System der Bilder

79. Die zahlenmäßige Erfassung und statistische Beschreibung des Zustands und des Wandels der Wertevorstellungen in der Gesellschaft bedient sich am einfachsten der Meinungsumfrage. Hinreichende Präzision der Fragen und statistische Genauigkeit vorausgesetzt, ergeben sich dabei vor allem Probleme der Wahrhaftigkeit der Befragten, d.h. des bewußten oder unbewußten Verschleierns der wirklichen Wertevorstellungen, die zum Teil durch Kontrollfragen dekuviert werden und zu einer "bereinigten" Statistik führen können. Zudem ist zu beachten, was Karl Jaspers in bezug auf das Nachdenken zur "Situation der Zeit" so formulierte: "Das Thema ist nicht nur unerschöpflich, sondern auch unfixierbar, weil es sich mit seinem Gedachtwerden schon verwandelt" (Jaspers; 1979, S. 5). Der wichtigste Mangel in der Methode der Meinungsumfragen ist allerdings der, daß es sich hier um ein relativ neues Instrument handelt und daß (nicht nur¹) deshalb ausschließlich gegenwärtige Ansichten erfragt werden können. Die Historisierung aktueller Fragen scheint ausgeschlossen.

80. Alle drei Mängel vermeidet auf den ersten Blick jene Methode, die auf die Auswertung von Parteiprogrammen und auf die "Befragung" des überwiegenden Teils einer Gesellschaft bezüglich der Haltung zu den Parteiprogrammen abstellt. Das Wahrhaftigkeitsproblem dürfte, dies scheint offensichtlich, zumindest in allen

¹ Darüber hinaus wäre die Methode der Meinungsumfragen, wenn es sie denn schon immer gegeben hätte, für historische Analysen von geringerem Wert, solange neue Fragestellungen nicht in die Vergangenheit projiziert werden können. Hier mag deutlich werden, daß immerhin die Vergangenheit aus der Gegenwart heraus verständlich werden kann, während das Verstehen der Gegenwart aus der Vergangenheit größere Probleme aufwirft [DIWALD, 1978, S. 17 f.]. Auch für den Dichter war, was der "Geist der Zeiten" genannt wurde, stets nur der "Herren eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln".

Wahlen die geheim und frei sind, keine Rolle spielen.¹ Das Historisierungsproblem kann zumindest für die Zeiten, in denen Daten über die Ergebnisse freier und geheimer Wahlen vorliegen, als gelöst gelten. Und was die zwangshafte Veränderung der Situation durch das "Gedachtwerden" anlangt, so gilt dies nicht für vergangene Situationen, die "man wohl als vollendete betrachten [kann], die ihr Ergebnis gezeitigt haben und nun nicht mehr sind" (Jaspers, S. 5). Allerdings haben diese Vorteile auch ihren Preis. Darauf wird noch einzugehen sein.

81. Es geht im folgenden darum, zuerst die politischen Parteien auf ihre Wertvorstellungen hin zu "befragen" und im Anschluß daran die Umfrageergebnisse mit dem Ausmaß an Zustimmung zu bewerten, das aus Wahlen sichtbar wird. Die "Befragung" der Parteien besteht darin, die Wertaussagen in den Parteiprogrammen in einen für alle Parteien gleichen Werte-Rahmen zu subsumieren; der Anteil der jeweiligen Partei bei Reichstags- bzw. bei Bundestagswahlen bestimmt dann das Gewicht, das die jeweilige Wertestruktur der Partei innerhalb des gesamten Wertespektrums hat. Die mit den Stimmanteilen gewichtete und dann über alle Parteien summierte Wertestruktur wird als gesellschaftliche Wertestruktur angesehen; die Änderungen zwischen den gesellschaftlichen Wertestrukturen zu zwei Zeitpunkten (z.B. zwischen zwei Wahltagen) wird als "gesellschaftlicher Wertewandel" interpretiert.

Die Auswertung der Parteiprogramme ist allerdings nicht das letzte Erkenntnisziel. Vielmehr soll diese Auswertung Hinweise darüber geben, ob und in welchem Ausmaß der Wertewandel der Gesellschaft (und der im Wandel der Parteienlandschaft sich dokumentierende institutionelle Wandel) für den langfristigen wirtschaftlichen Verlauf als ursächlich anzusehen ist. Dieses Erkenntnisziel bestimmt insoweit den methodischen Ansatz, als in

¹ Inwieweit die anderen, heute geläufigen vier Kriterien demokratischer Wahlen das Wahrhaftigkeitsproblem berühren, sei dahingestellt. Einschränkungen der Allgemeinheit der Wahlen berühren eher die Repräsentativität der Ergebnisse; ähnliches gilt für das Prinzip der Gleichheit. Die Unmittelbarkeit scheint ohne sichtbaren Einfluß auf das Wahrhaftigkeitsproblem zu sein.

erster Linie solche Begriffe in den Vordergrund rücken, die für die Anreize für die Anbieter von Kapital und Arbeit bedeutsam erscheinen.

82. Im folgenden wird ein analytischer Rahmen vorgestellt, der alle Wertaussagen, die in Parteiprogrammen vorkommen, erfassen soll. Dieser analytische Rahmen besteht aus Begriffen, die auf eine später anzufertigende Untersuchung gesellschaftlicher Bedingungen wirtschaftlichen Wachstums abzielen und daher wirtschaftswissenschaftlich relevant sein sollten. Damit dennoch die Gesamtheit der Wertaussagen in den Parteiprogrammen - auch wenn sie von geringer oder keiner erkennbaren ökonomischen Bedeutung sind - erkennbar bleibt, stellt einer der Begriffe eine Art Sammelstelle für sonst nicht erfaßte Werturteile dar.

83. Die abstrakten Ansprüche an die Begriffe waren neben der wirtschaftswissenschaftlichen Relevanz diejenigen der Plastizität, der möglichst geringen gegenseitigen Überlappung und der Knappheit. Plastisch und damit unmittelbar und womöglich intuitiv einleuchtend mußten die Begriffe sein, um ein möglichst hohes Maß an ständiger (a priorischer) Übereinstimmung zwischen den (durchweg studentischen) Auswertern zu garantieren. Eine wechselseitige Überlappung der Begriffe hätte eindeutige Zuordnungen erschwert und damit eine abgrenzende Analyse. Schließlich mußte die Anzahl der Begriffe gering gehalten werden, damit jeder der Auswerter ständig alle Kriterien überschauen konnte (und, wiederum, damit das Ausmaß der Überlappung gering gehalten werden konnte).

84. Wegen dieser drei Eigenschaften - Plastizität, Nicht-Überlappung und Knappheit - wurden die Begriffe als "Bilder" bezeichnet. Da, wo Begriffe fehlen, sich auch in Parteiprogrammen Worte zur rechten Zeit einstellen, entheben "Bilder" den Beurteilenden dem Zwang zur Präzision, den "Begriffe" ausüben mögen. Hinzu kommt, daß "Bilder" ausgefüllt werden können. Verglichen mit den scharf abgegrenzten Konturen wissenschaftlicher Begriffe sollen die "Bilder" vielgestaltiger sein; sie sind damit sicherlich auch diffuser und offener für die Integration neuer Informationen.

Letzteres ist in wissenschaftlichen Untersuchungen stets dann eine wesentliche Eigenschaft, wenn es - und sei es nur für den Forscher - um neue Erkenntnisse geht. Anders gewendet: Die Subsumtion programmatischer Aussagen unter Begriffe setzte letztlich die vorherige Kenntnis dieser Aussagen voraus; fehlt diese vorherige Kenntnis jedoch, dann zeichnet der Begriffs-Ansatz entweder ein falsches Bild oder er verlangt kostspielige iterative und stets aufs Neue zu wiederholende Prozesse. Das Bild "Offenheit" etwa erhält schließlich Farbe dadurch, daß es gleichzeitig Begriffe umfaßt, die sich auf "Ideenvielfalt" beziehen, auf den "Weltmarkt", oder gar auf "Freiheit".

85. Folgende "Bilder" bilden das Grundgerüst der Analyse der Parteiprogramme (Tabelle A 4):

1. Leistung
2. Umverteilung
3. Offenheit
4. bis 7. Konsens
 4. Kartell-Konsens
 5. Konsens heterogener Gruppen
 6. Konservativer Konsens
 7. Internationaler Konsens
8. Aufklärung
9. Ethische Postulate

86. **Leistung** soll alle jene Wertaussagen erfassen, in denen das Leistungsprinzip angesprochen wird. Es geht - in Abgrenzung von Bild 2 - hierbei stets um (positive oder negative) Bewertungen des "Do ut des". Die ökonomische Aussage, daß der Lohn gleich dem Wertgrenzprodukt der Arbeit und der Zins gleich dem Wertgrenzprodukt des Kapitals sein müsse, würde diesem Bild zugeordnet. Wie bei allen neun Bildern ist die Zuordnung politischer Aussagen weniger einfach. Bild 1 erfaßt zum Beispiel faktisch Aussagen wie

"Nur Begabung und Leistung soll jedem den Aufstieg ermöglichen".¹ Die Abgrenzung dieses Bildes vom Bild 8 ("Aufklärung"), das ja auch als Aussage über das Vordringen der Vernunft verstanden werden kann (siehe unten), ist darin zu sehen, daß es in Bild 1 um handfeste ökonomische Aussagen geht und nicht um einen philosophischen Überbau dieser Aussagen; analog ist die Abgrenzung zwischen Bild 1 und Bild 9.

87. Wie in Bild 1 geht es bei der **Umverteilung** um konkrete, im Kern ökonomische Aussagen. Umverteilung liegt stets dann vor, wenn statt einer leistungsbezogenen eine andere Verteilung von Einkommen oder von Vermögen angestrebt wird. "Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke"² kann als typische Umverteilungsaussage gelten.

88. **Offenheit** ist das erste Bild, das mehr als die engeren ökonomischen Aussagen erfaßt. Zwar geht es nicht zuletzt um die Offenheit von Märkten (wie Zollfreiheit), aber darüber hinaus letztlich um die Offenheit der Gesellschaft insgesamt für neue Ideen, für Konkurrenz, fürs Fremde." [Sie fordert den] Abbau der noch bestehenden Reste der Zwangswirtschaft"³ ist ein Beispiel für Bild 3 aus dem wirtschaftlichen Bereich und "[die FDP fordert] ... Duldsamkeit und Hochachtung gegenüber bekenntnishaften Überzeugungen anderer"⁴ ist ein anderes, offensichtlich außerhalb der Wirtschaftspolitik angesiedelt oder ihr übergeordnet.

¹ Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands [Bad Godesberger Programm, beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959. In: Reiner KUNZ, Herbert MAIER, Theo STAMMEN (Hrsg.) Programme der politischen Parteien der Bundesrepublik. München 1975, S. 78].

² Das Programm von Ahlen (1947). In: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Die Programme der CDU. Der Weg zum Grundsatzprogramm. Dokumentation. Bonn, o.J., S. 9.

³ Wahlprogramm 1953, beschlossen vom außerordentlichen Bundesparteitag der FDP am 28. Juni 1953 in Lübeck. In: Peter JULING, Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente. Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, herausgegeben von Heino KAACK, Bd. 19. Meisenheim am Glan 1977, S. 131.

⁴ Ebenda, S. 130.

89. Der Grundgedanke bei den **Konsensbildern** war, daß die Übereinstimmung mit der Umwelt als wesentliche Determinante wirtschaftlicher Produktivität gilt. Fehlende Übereinstimmung etwa mit dem Ausland bedeutet im Extremfall Krieg; anders als viele Untersuchungen postulieren, haben sich solche Auseinandersetzungen, solange sie währten, zumeist nicht als Wachstumsmotor erwiesen. Fehlende Übereinstimmung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verursacht im Extremfall produktivitätsmindernde Streiks oder Aussperrungen und fehlender Konsens mit dem Staat bedeutet im Extremfall Bürgerkrieg. Allerdings ist auch das Großbild "Konsens" differenzierungsbedürftig, da zuviel Konsens dort produktionsmindernd wirkt, wo er gleichbedeutend mit fehlendem Wettbewerb ist. In der Tat hat das Streben, den Wettbewerb auf Gütermärkten zu bewahren, dazu geführt, daß der wirtschaftliche Konsens zwischen Anbietern des gleichen Gutes in den meisten wettbewerblich organisierten Staaten gesetzlich verboten ist. Der Konsens zwischen Arbeitgebern und zwischen Arbeitnehmern geht fast regelmäßig zu Lasten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Als **Kartell-Konsens** werden solche Übereinstimmungen bezeichnet, die zwischen den Anbietern vergleichbarer Güter und Dienste bestehen. Sie laufen im Regelfall darauf hinaus, den jeweiligen Markt zu ordnen, übersichtlicher zu machen oder Ein- und Austrittsschranken für Unternehmen zu errichten. Das ständische Prinzip gehört zum Kartell-Konsens ebenso wie das Streben nach großen und womöglich systemführenden Unternehmen. "Für das Handwerk erscheint vornehmlich ... die Stärkung der Innungen und Innungsverbände ... geboten"¹ ist eine Aussage, die exemplarisch für den Kartell-Konsens ist.

Wie der Kartell-Konsens bezieht sich der **Konsens heterogener Gruppen** auf große, von der Mitgliederzahl oder vom Gewicht her bedeutsame Gruppierungen. Anders als der Kartell-Konsens geht es hier jedoch um Gruppen mit einander entgegengesetzten Interessen.

¹ Revidiertes Programm der Deutsch-Konservativen Partei (Tivoli-Programm). Berlin 8. Dezember 1892. In: TREUE, a.a.O., S. 89.

Der wohl augenfälligste Fall dieser Art heterogener Gruppen ist derjenige von Arbeitgebern (und ihren Verbänden) und Arbeitnehmern (und ihren Verbänden). Die einen wollen möglichst niedrige Löhne zahlen, die anderen wollen hohe Löhne erhalten. Konsens zwischen beiden ist synonym mit "Arbeitsfrieden". "Wir erachten es als Pflicht, ... das friedliche Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu sichern und zu fördern"¹ ist eine unter Bild 5 rubrizierte Aussage.

Sofern das Element des Bewahrens herkömmlicher Strukturen im Verhältnis zwischen den Verfassern und den Adressaten von Wahlprogrammen einerseits und dem Staat andererseits eine Rolle spielt, wurde dies als **Konservativer Konsens** bezeichnet. Einverständnis mit "dem Staat" umfaßt dabei nicht nur das Einverständnis mit der gegenwärtigen Regierung - dann gäbe es in demokratischen Verfassungen in den Programmen der Oppositionsparteien nur wenig an konservativem Konsens - sondern darüber hinaus mit den gegebenen rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen.² Als prägnantes Beispiel für Bild 6 kann folgender Satz im Programm der Nationalliberalen Partei von 1881 gelten: "Die Nationalliberale Partei steht in unverbrüchlicher Treue zu Kaiser und Reich".³

Inwieweit Parteien sich im Einklang mit Ausländern sehen oder einen solchen Einklang anstreben wird unter der Überschrift **Internationaler Konsens** klassifiziert. Ein Abgrenzungsproblem ergab sich zuweilen mit dem dritten Bild, das auch die Offenheit gegenüber ausländischen Produkten und Märkten beinhaltet. Unter

¹ Gründungsaufruf der Deutsch-Konservativen Partei. Frankfurt a.M., 7. Juni 1876. In: Ebenda, S. 75 f.

² Im Grunde, dies ergab sich erst im Laufe der Auswertungen der Parteiprogramme, fehlte als zehntes Kriterium ein weiteres Konsens-Bild, nämlich der Konsens mit den allgemeinen (das heißt: den in Bildern 4 bis 7 nicht erfaßten) gesellschaftlichen Zuständen. So ist vieles, was an gesellschaftlicher Kritik in den Programmen steht als Bild 6 ("Konservativer Konsens", beziehungsweise dessen Fehlen) klassifiziert worden oder als Bild 8 oder 9.

³ Programm der Nationalliberalen Partei, Berlin 29. Mai 1881. In: TREUE, a.a.O., S. 67.

Bild 7 geht es in erster Linie um den internationalen politischen Konsens, nicht um ökonomische Tatbestände. Ähnlich verhält es sich bei der Abgrenzung zu anderen Bildern; die Forderung nach einem Ausbau der Entwicklungshilfe etwa wurde nicht unter Bild 7 sondern unter Bild 2 eingeordnet, sofern der (ökonomische) Aspekt der Umverteilung zu dominieren schien. Doch "Die internationale Umweltpolitik der Bundesregierung muß sich als Beitrag zu internationalen Programmen und Maßnahmen verstehen"¹ wurde ebenso unter Bild 7 erfaßt wie "[... zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft sind folgende Maßnahmen zu treffen:] 14. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern."²

90. Unter dem Bild **Aufklärung** wurden alle jene Aussagen gesammelt, die unter den Bildern 1 bis 7 nicht erfaßt wurden und die zudem in hohem Maße die Vernunft in den Vordergrund stellen, die die positive Machbarkeit gesellschaftlicher Zustände postulieren, meist auch erzieherisch auf die Wähler einwirken sollen und ganz allgemein von einem besonderen Lenkungswissen des Staates oder der Partei ausgehen. Besonders zu betonen ist daher, daß eine wesentliche Komponente der Aufklärung, nämlich die Forderung nach Toleranz und Gedankenfreiheit in der Programmauswertung nicht unter dem Bild der Aufklärung erfaßt wird. Diese Nathan-der-Weise-Ausprägung der Aufklärung ist im speziellen Bild der "Offenheit" enthalten. Analoges gilt für das Verhältnis zwischen dem Aufklärungs-Bild und den Konsens-Bildern. Das in der ursprünglichen Aufklärung außerordentlich vom Intellektuellen geprägte Herausstreten des Menschen aus seiner "selbstverschuldeten Unmündigkeit" ließ es zudem gerechtfertigt erscheinen, intelligente oder womöglich gar selbstkritische Argumentationen in Parteiprogrammen unter den oben dargestellten Bedingungen in Bild 8 zu erfassen. So kommt es, daß sowohl der Satz "Zu den lebens- und staatsnot-

¹ FDP. Die Liberalen, Freiburger Thesen der FDP zur Gesellschaftspolitik. Bonn o.J., S. 74.

² Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Leipzig, 5. Dezember 1919. In: TREUE, a.a.O., S. 96.

wendigen Kenntnissen, zur Sitten- und Charakterbildung und zur körperlichen Tüchtigkeit soll die Schule verhelfen"¹ in dieses Bild eingingen als auch die Argumentation: "In der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung geraten zwei wesentliche Ziele der GRÜNEN in Widerspruch miteinander: Einerseits entschieden für das volle Selbstbestimmungsrecht von Frau und Mann einzutreten, andererseits das menschliche Leben in allen Bereichen zu schützen".²

91. **Ethische Postulate** soll alle jene Werturteile erfassen, die nicht vorwiegend unter einem der ersten acht Bilder subsumiert wurden und die dennoch unübersehbar deutlich sind. Ziele, Axiome sowie religiöse Aussagen gehören hierher. "Festhaltung an dem christlichen Charakter der Ehe als dem festen und unter jeder Bedingung aufrechtzuerhaltenden Fundamente der Ehe"³ wurde unter Bild 9 eingetragen.

92. Alle neun Bilder schließlich werden wiederum auf die Frage hin bewertet, was die Partei (in ihrem Programm) von dem jeweiligen Bild hält; diese Parteihaltung wurde als "positiv" oder "negativ" klassifiziert. "Offenheit, positiv" war zum Beispiel: "Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat..."⁴; "Offenheit, negativ" war zum Beispiel "Sie [die Partei als solche] bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns..."⁵ Die Vorgehensweise könnte man insofern als im klassischen Sinne "historisch" bezeichnen, als die geschichtlichen Ge-

¹ Programm der Deutschen Demokratischen Partei. Leipzig, 13.-15. Dezember 1919; ebenda, S. 123.

² Die Grünen. Das Bundesprogramm, a.a.O., S. 35.

³ Programm des Zentrums. Essen 30. Juni 1870. In: TREUE, a.a.O., S. 57.

⁴ Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München, 24. Februar 1920, These 24, Satz 1, erster Halbsatz. Aus: Wolfgang TREUE, Deutsche Parteiprogramme 1861-1954. Göttingen 1954, S. 146.

⁵ Ebenda, These 24, Satz 3, erster Satzteil.

stalten (hypothetisch) danach gefragt werden, was sie selbst gemeint haben.¹

93. Damit verdoppelt sich der Informationsgehalt jedes "Bildes", indem ermöglicht wird, sowohl die radikale Befürwortung als auch die radikale Ablehnung einer ansonsten gleichgerichteten Aussage zu erfassen. Im folgenden sind für jedes Bild Negationen exemplarisch wiedergegeben. Zu beachten ist dabei, daß einige Bilder im Zeitablauf fast unverändert offenbar "gute" Assoziationen hervorgerufen haben und daher in Wahlprogrammen schlechterdings nicht ohne Schaden abgelehnt werden konnten; dies bedeutet, daß die Verteilung positiver und negativer Einschätzungen der Bilder durch die Parteien im Einzelfall sehr ungleichmäßig sein kann:

1. Leistung, negativ: "[es bedarf einer Bewegung,] in der menschliche Solidarität und Demokratie untereinander und die Absage an ein von lebensfeindlicher Konkurrenz bestimmtes Leistungs- und Hierarchiedenken grundlegend sind"².
2. Umverteilung, negativ: "Die Gewährung von Subventionen ... hat zu einer Marktzerteilung in der Wohnungswirtschaft geführt, die überwunden werden muß"³.
3. Offenheit, negativ: "Alle Lehrer sollen an wissenschaftlichen Hochschulen ausgebildet werden"⁴
4. Kartell-Konsens, negativ: "[daher ist notwendig:] Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften, privaten oder öffentlichen Organisationen ..."⁵.

¹ Vorstellbar wäre auch eine Analyse des Wertewandels, die von unserer Kenntnis ausgehend die Vergangenheit bewertet; dies könnte im Gegensatz zur im folgenden versuchten "Selbstidentifikation" als "Fremdidentifikation" bezeichnet werden.

² Die Grünen, a.a.O., S. 5.

³ Aktionsprogramm der Freien Demokratischen Partei. Hannover, 5. April 1967. In: JULING, a.a.O., S. 190.

⁴ Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Godesberger Programm), a.a.O., S. 87.

⁵ Das Programm von Ahlen, a.a.O., S. 9.

5. Konsens heterogener Gruppen, negativ: "Keine Rationalisierungen ... gegen den Willen der Mehrheit der Belegschaft und der Vertrauensleutekörper"¹.
6. Konservativer Konsens, negativ: "Gegen schwarze Listen und Schnüffeleien des Verfassungsschutzes in den Betrieben"².
7. Internationaler Konsens, negativ: "Wir fordern die ... Aufhebung der Friedenverträge in Versailles und St. Germain".³
8. Aufklärung, negativ: "Marktgerechte Preise müssen entstehen und dürfen weder von staatlicher noch von privater Seite ... verfälscht werden."⁴
9. Ethische Postulate, negativ: "Die Fortsetzung der bisherigen Energiepolitik ... stellt eine fundamentale Bedrohung unserer Demokratie dar".⁵

94. Einige dieser Eingruppierungen sind erklärungsbedürftiger als andere: Während Bild 1, negativ, Bild 4, negativ und Bild 7, negativ, sogar im Wortsinne eine Absage an das Leistungsprinzip, an Kartelle beziehungsweise an internationale Übereinkünfte darstellt, und Bild 2, negativ, ein wesentliches Instrument der Umverteilung, nämlich Subventionen, überwinden will, handelt es sich bei Bild 3, negativ, in stärkerem Maße um eine Auslegung: Daß alle Lehrer ein bestimmtes formales Ausbildungsprofil aufweisen müssen, engt den Kreis der möglichen Lehramtsbewerber ein; andere als die genannten Bildungswege sowie besondere Fähigkeiten werden nicht akzeptiert. Diese Marktzugangsbeschränkung "schließt" ein System oder, anders ausgedrückt, mindert den Grad der Offenheit. Bild 5, negativ, fordert ausdrücklich, den Konsens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in bestimmten Fällen in Frage zu stellen; Bild 6, negativ, diskreditiert - ob zu Recht

¹ Die Grünen, a.a.O., S. 9.

² Ebenda.

³ Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, These 2, a.a.O., S. 143.

⁴ Wirtschaftspolitische Leitsätze der CDU. Düsseldorf 1949. In: CDU, Der Weg zum Grundsatzprogramm, a.a.O., S. 22.

⁵ Die Grünen, a.a.O., S. 10.

oder zu Unrecht ist dabei unerheblich - eine staatliche Institution und kündigt damit den oben beschriebenen "konservativen Konsens" auf.

Etwas komplizierter liegen die Dinge im Falle der Bilder 8 und 9, negativ. Beide sind, gemessen an den sieben übrigen Bildern, sehr viel umfassender, gewissermaßen "Überbilder". Da Aufklärung regelmäßig auf die Fähigkeiten des Verstandes, auf Machbarkeit der Dinge und auf Lenkungswissen hindeuten soll, wird notwendig jede Aussage, die den Menschen auf seine Fehlbarkeit und auf seine prinzipielle Unfähigkeit, bestimmte Phänomene zu durchschauen, hinweist, unter "Aufklärung, negativ" zu subsumieren sein. Sollte man den beiden Seiten der Aufklärung bedeutende Vertreter zuordnen, so wäre die positive Seite sicherlich sehr dicht besetzt, von Rousseau bis Kant und von den vielen Früh- bis zu den sehr vielen "Spät"sozialisten. Auf der negativen Seite stünden so unterschiedliche Denker wie Nietzsche und Hayek (1979); für den ersten betreiben die "Verbesserer der Menschheit" die "... Vertierung des Menschen zum Zwergtiere der gleichen Rechte und Ansprüche ...", für den letzteren ist es dem Menschen nicht gegeben, gedanklich die Wirkungen des Wettbewerbs zu simulieren und daher bleibt nur übrig, auf die Kräfte des anonymen Marktmechanismus zu bauen, der auf nicht vorhersagbare Weise die Informationen über die vielfältigen Kostenstrukturen und über die nicht minder vielfältigen Wertschätzungen der Menschen verarbeitet und zum Ausgleich bringt. - Zu Bild 9, negativ: Wie schon die "Ethischen Postulate, positiv" so sind auch die von den Parteien als negativ eingestuften ethischen Postulate Residualgrößen, d.h. starke Wertaussagen, die nicht unter (oder nicht vorwiegend unter) die Bilder 1 bis 8 passen. Bild 9, negativ, bedeutet nur, daß das jeweilige Parteiprogramm eine sonst nicht erfaßbare starke Wertaussage verneint. Im aufgeführten Beispiel wird verneint, daß die bisherige Energiepolitik eine grundlegende Stütze der Demokratie war.

95. Auf zwei Zuordnungsprinzipien sei noch hingewiesen: In allen Fällen, in denen eine Aussage auf mehrere Bilder zutrif, wurde

das spezielle, "kleinere" Bild gewählt (zum Beispiel: "Leistung" vor "Offenheit" und "Offenheit" vor "Aufklärung"). Bestand der Eindruck, daß zwei oder mehr Bilder gleichgewichtig angesprochen wurden, wurde die Aussage allen gleichermaßen zugeschrieben (Mehrfachnennungen).

96. Während die Einteilung jedes Bildes je nachdem, was das Parteiprogramm als Haltung der Partei zum Oberbegriff aussagt, in "positiv" und "negativ" erfolgte, ist eine weitere Unterteilung jeder positiven wie negativen Bildaussage erfolgt. Da bislang aus den Klassifikationen nicht hervorgeht, ob die Partei den von dem (positiv oder negativ eingeschätzten) Bild beschriebenen Zustand für bestehend hält oder ihn, weil er nicht (so) besteht, fordert, wurde jedes positive und negative Bild noch einmal in "Ist" und "Soll" unterteilt. Anzumerken ist allerdings, daß, von der Natur der Sache her, Parteiprogramme eigentlich auf das angestrebte Bild fixiert sind, solange es sich um ein "positives" Bild handelt; bewertet die Partei ein Bild als "negativ", dürfte es im Regelfall einen "Ist-Zustand" beschreiben.¹ Abgrenzungsprobleme gibt es auch hier zur Genüge, so zum Beispiel zwischen "positiv, soll" und "negativ, ist": Wie ist, erstens, die Forderung nach Wiedervereinigung Deutschlands einzustufen? Zunächst handelt es sich, im Rahmen der hier gewählten neun Bilder, um ein Problem des internationalen Konsenses. Wird nun der bestehende internationale Konsens - der lange Zeit auf eine Teilung Deutschlands hinauslief - abgelehnt ("negativ, ist")? Oder will man, weil internationaler Konsens unerläßlich erscheint, ihn auch in diesem Fall zur Grundlage machen und die anderen Länder überzeugen, auf die Wiedervereinigung hinzuwirken ("positiv, soll")? Wie ist, zweitens, die Forderung nach "... der sofort beginnenden Auflösung der Militärblöcke, vor allem der NATO und des Warschauer

¹ Das gilt nicht uneingeschränkt für alle Bilder. So wird im Falle des Kartell-Konsenses die Forderung nach dem Wettbewerbsprinzip als "negativ" eingestuft: Eine Programm-Aussage, in der "... die Sicherung eines freien und lautereren Wettbewerbs" (JULING 1977, S. 19) gefordert wird, ist unter "Bild 5, negativ, soll" zu rubrizieren.

Paktes ..."¹ einzuordnen? NATO und Warschauer Pakt sind für sich genommen zweifelsfrei Ausdruck eines internationalen Konsenses, dies allerdings nicht allumfassend, wie die auch antagonistische Zweckbestimmung beider Blöcke verdeutlicht. Wird nun der partielle Konsens abgelehnt ("negativ, soll") oder wird der allumfassende Konsens angestrebt ("positiv, soll")?

97. Abschließend sei darauf hingewiesen, daß ein wichtiger Teil der methodischen Arbeiten darin bestand, zwischen den auswertenden Personen ein hohes Maß an interpretatorischer Gemeinsamkeit zunächst herzustellen und dann ständig aufrechtzuerhalten. Daß angesichts der Fülle von Interpretationsproblemen dennoch Ungenauigkeiten und Fehlzuweisungen in der statistischen Auswertung verbleiben, ist zu vermuten. Im Idealfalle sind diese Fehler zufallsverteilt, "stören" also nicht die Aussage der Majorität richtiger Zuweisungen. Sollten sie jedoch nicht zufallsverteilt sein, so dürften die wenigsten Fehler bei der Grobzuweisung von Programmaussagen zu den einzelnen Bildern auftreten und die meisten zwischen den Feinzuweisungen "positiv, soll" und "negativ, ist".

2. Der Schluß von Parteiprogrammen auf die gesellschaftliche Wertestruktur und ihren Wandel

98. Es sind zwei grundlegend unterschiedliche Konzepte der "gesellschaftlichen Wertestruktur" denkbar; das eine kann elitär und das andere kollektiv genannt werden. Im ersten Fall geht es um die Wertestruktur einer kleinen und führenden Schicht. Eine Untersuchung, die auf die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlicher Wertestruktur und Investitionstätigkeit (und wirtschaftlicher Entwicklung) abstellt, mag gut beraten sein, den elitären Ansatz zu verfolgen. Sie erkaufte dies allerdings damit, erst die Elite definieren und dann das Medium finden zu müssen, in dem die Wertvorstellungen dieser Elite ihren Ausdruck finden; hinzu käme

¹ Die Grünen, a.a.O., S. 19.

das Problem, daß Eliten nicht zeitungebunden unveränderlich bestehen, sondern daß sie stets von neuen Eliten abgelöst werden können. So mag denn der allgemeinere Fall des kollektiven Konzepts letztlich doch der zugleich präzisere sein.

99. Wie oben dargestellt wurde, wird die gesellschaftliche Wertestruktur im folgenden auf zwei Ebenen ermittelt. Die erste Ebene ist die der Wertaussagen in Parteiprogrammen. Dabei ist unterstellt, daß diese Programme jeweils bemüht sind, entweder die bestehenden Wertevorstellungen einer bestimmten Klientel zum Ausdruck zu bringen, um so auf möglichst viele Stimmen zu kommen, oder daß mit den Programmen versucht wird, erzieherisch auf eine noch formbare Klientel einzuwirken. Im ersteren Fall gäben die Programme aller Parteien zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Tat das "relevante" Wertepotential der Gesellschaft wieder, von dem nur noch zu eruieren wäre, wie die aufgezeigten parteilichen Wertestrukturen im Volk verteilt sind. Im zweiten Fall wären die Parteiprogramme eine Art Frühindikator des Wertewandels, sofern die "Erziehung" erfolgreich wäre (wäre sie nicht erfolgreich, schiede die jeweilige Partei mangels Resonanz aus dem Parteienwettbewerb aus). Auch dann wären die gesellschaftlichen Wertestrukturen spätestens bei den Wahlen erkennbar.

Beide Interpretationen gehen vermutlich an der Wirklichkeit vorbei. Denn daß das Wahlvolk Parteiprogramme liest, sich gar von ihnen belehren läßt oder sie, womöglich nach vergleichender Lektüre, zur Grundlage der Wahlentscheidung macht, kann als unwahrscheinlich gelten. Dies stellt, auf den ersten Blick wenigstens, die Ermittlung der gesellschaftlichen Wertestruktur anhand von Parteiprogrammen in Frage. Doch kommt hier zum Tragen, daß Parteiprogramme im Regelfall die Parteimitglieder selbst auf gemeinsame Ziele, Mittel oder ethische Normen festlegen sollen. Wer immer die Parteiprogramme schreibt - Parteiideologen, Wahlkampfbüros oder Enthusiasten - die Vertreter der Parteien werden durch sie in eine Gemeinsamkeit eingebunden, die nach außen - dem Wahlvolk gegenüber - im Regelfall deutlich erkennbar ist. So wurde das von Anton Drexler und von Hitler in den Jahren 1919/1920 ge-

schriebene Programm der NSDAP - das nie neu aufgelegt oder umgeschrieben wurde - von Hitler selbst nicht wirklich ernst genommen. Dennoch war für die Zeitgenossen - vergleicht man die Parteiprogramme zwischen 1918 und 1945 - das Programm der NSDAP weitgehend und unverwechselbar deckungsgleich mit dem, was die nationalsozialistischen Politiker öffentlich äußerten; die nämliche Unverwechselbarkeit ist ebenfalls heute, im Nachblick, gegeben. Legt man dieses Kriterium der Identität zwischen Programmatischem und Individuellem, d.h. zwischen der niedergelegten Parteiideologie und den Äußerungen, beziehungsweise den Eindrücken, die die einzelnen Politiker machen, an, so dürfte die Zuordnung von Programmen zu Personen (und umgekehrt) im Zeitablauf im großen und ganzen eindeutig sein. Je eindeutiger diese Zuordnung wiederum ist, desto unwichtiger wird die Antwort auf die Frage, ob das Wahlvolk denn wirklich die Parteiprogramme zur Kenntnis nimmt: Diese Zurkenntnisnahme ist unter den angeführten Bedingungen für den Rückschluß von Parteiprogrammen auf die gesellschaftlichen Präferenzen nicht notwendig.

Ein Caveat bezüglich der Interpretation von Parteiprogrammen als Ausdruck des Zeitgeistes ist noch anzubringen. Es bezieht sich auf die oben (Ziffer 79 f.) in anderem Zusammenhang genannten Unschärfen der zeitlichen Aufeinanderfolge, die sich aus dem Wechselspiel zwischen Zeitgeist und Parteiprogrammen ergeben. Es ist dies ein in der Tat klassisches Problem: "I wasted time, and now doth time waste me; For now hath time made me his numbering clock". So, wie Programme oft nicht nur mehr oder minder erzieherisch - das heißt: den Zeitgeist formend - sein sollen (dies wird besonders deutlich bei den Programmen der Sozialdemokraten Deutschlands), so sind sie häufig auch unübersehbar auf der Jagd nach dem Zeitgeist (ein Beispiel hierfür mögen die "Freiburger Thesen" der FDP sein). Dies kann insofern die beabsichtigte Analyse stören, als die Jagd nach dem Zeitgeist in Demokratien stets die Jagd nach der Mehrheit ist. Die hier letztlich gewichteten Parteiprogramme mögen dann, wenn unverwechselbare parteitypische Positionen aufgegeben werden, nur noch Mehrheiten widerspiegeln

und nicht die zahlreichen Facetten gesellschaftlicher Werte.¹ Allerdings, dies sei angemerkt, war der Eindruck der Verfasser eher der, daß das Selbstverständnis der deutschen Parteien oft gewissermaßen vor den Programmen angesiedelt und im Zeitablauf recht durchgängig war; Programme änderten sich zumeist eher "am Rande". Neue Programme brachten nur selten eine Wende in den Wertaussagen - weder im Selbstverständnis der Partei, noch in der Drittwirkung, noch im Selbstverständnis der Mitglieder und Sympathisanten.

100. Die zweite untersuchte Ebene ist die der Wahlergebnisse. Hier scheint das Identitätsproblem noch weniger von Bedeutung zu sein. Solange es sich um freie und geheime Wahlen handelt und alternative und gleichermaßen wählbare Parteien sich zur Wahl stellen, wird das Wahlergebnis den Präferenzen der Wähler entsprechen.² Allerdings stellt sich hier das Problem, daß in Parteiprogrammen manche Punkte wichtiger sind als andere und daß oft eine Partei wegen einer (oder mehrerer) Aussagen und zugleich trotz anderer Aussagen gewählt wird. Anders ausgedrückt: Die Stimmabgabe macht nicht schlüssig deutlich, welches Bild für diese Entscheidung wichtig war und welches nicht. Diese Unteilbarkeit der Wahlstimme scheint ein nicht lösbares Problem bei der Interpretation von Wahlergebnissen zu sein, zumindest wenn es sich um vergangene Wahlen handelt, bei denen nicht durch gleichzeitige Meinungsumfragen die Motivationsstruktur der Wähler erfragt werden kann. Anders wäre es nur in dem hypothetischen Fall, daß jedes hier erfaßte Bild - zumindest Bilder 1 bis 7 - von einer Partei vertreten würde, die kein anderes Bild in ihrem Programm hätte; dann wären die Stimmen gewissermaßen "teilbar" geworden und die Interpretation der Wahlergebnisse eindeutiger.

¹ Dieser Effekt dürfte sich umso deutlicher auswirken, als in der Auswertung der Programme ohnehin mit wenigen stark vereinfachenden Bildern gearbeitet werden mußte.

² Gemeint ist damit eigentlich nur, daß die Stimmanteile der Parteien nicht verfälscht sind. Da durchweg nur eine oder einige Parteien nach Wahlen die Regierung stellen, kann selbstverständlich nicht die Rede davon sein, daß diese Regierung den Wählerwillen widerspiegelt. Sie spiegelt lediglich Mehrheiten.

Näherungsweise läßt sich vermuten, daß bei einer Vielzahl von Parteien die Bilderstruktur ebenfalls so vielfältig ist, daß die Wahlergebnisse insgesamt gesehen eine hinreichende und richtige Differenzierung der Bilder ermöglichen und daß die Aggregation der mit den Wahlergebnissen gewichteten Bilderstrukturen der Parteien die gesellschaftliche Wertestruktur angemessen wiedergibt.¹

3. Die Technik der Erfassung der gesellschaftlichen Präferenzstrukturen

101. Jedes der neun Bilder hat, wie oben dargestellt, vier Ausprägungen, nämlich jeweils "positiv" und "negativ" sowie "soll" und "ist". Die Auswertung der Parteiprogramme wurde so vorgenommen, daß jede erfaßte Wertaussage in eine Strichliste aufgenommen wurde, deren vertikale und horizontale Kopfleisten auf das einzelne Bild, beziehungsweise auf die jeweilige Ausprägung hinwies.² Diese Strichlisten-Tabelle wurde in eine "Bilder/Parteien-Matrix" übertragen, die die 36 Bildausprägungen (von "Bild 1, positiv, ist" bis "Bild 9, negativ, soll") und die Parteien, namentlich aufgeführt, enthielt. Daraus ergab sich die "Bilderstruktur" jeder Partei, indem der jeweilige vH-Satz jeder Ausprägung an allen Aussagen einer Partei errechnet wurde. Jeder Vektor dieser parteilichen Wertestruktur wurde daraufhin mit dem Stimmenanteil gewichtet, den die einzelnen Parteien bei Reichstags-, beziehungsweise Bundestagswahlen, erhielten.³ Auf diese Art war es möglich, neben den Wertestrukturen der einzelnen Parteien auch eine Wertestruktur des gesamten Wahlvolkes abzubilden, indem die 36 gewogenen Bildausprägungen über die Parteien addiert wurden.

¹ Das bedeutet, daß Maßnahmen oder Regeln, die mit der Gleichheit der Wahl naturgemäß auch die Zahl der Parteien einschränken - wie etwa mit den sogenannten Prozentklauseln - zu Verzerrungen in der quantifizierten gesellschaftlichen Präferenzstruktur führen.

² Eine weitere Aufteilung, die hier nicht besonders beschrieben und auch nicht gesondert ausgewertet ist, bestand darin, die im engeren Sinne wirtschaftspolitischen Aussagen besonders zu kennzeichnen. Dies bedeutete natürlich, daß die Zahl der Matrizen verdoppelt wurde.

³ Regionale Wahlen wurden nicht ausgewertet.

102. Meßprobleme ergaben sich dadurch, daß die Parteiprogramme diskontinuierlich entstanden und die Wahlen diskontinuierlich stattfanden. Letztere weisen noch eine vergleichsweise hohe zeitliche Regelmäßigkeit auf (vgl. Tabellen A 1 bis A 3): Die ersten neun Legislaturperioden im Kaiserreich (1871 bis 1893) währten jeweils drei Jahre, die nächsten beiden fünf Jahre (bis 1903), die vorletzte dauerte vier und die letzte Legislaturperiode wieder fünf Jahre (bis 1912). In der Zeit der Weimarer Republik war das einzig Regelmäßige an den Abständen zwischen Wahljahren die Unregelmäßigkeit; die Abstände zwischen den Reichstagswahlen lagen zwischen vier Monaten (1932) und vier Jahren (1920 bis 1924). In der Bundesrepublik gab es die Vierjahresregel, die im Untersuchungszeitraum zweimal (1969/72 und 1980/83) von dreijährigen Legislaturperioden durchbrochen wurde.

103. Ein größeres Problem stellt die Diskontinuität der Wahlprogramme dar und die Antwort auf die Frage, was als Wahlprogramm anzusehen ist. Letzteres veranschaulicht folgender Vergleich: Die SPD gab 1978 die Broschüre "Programme der deutschen Sozialdemokratie" heraus. In ihr werden 14 sozialdemokratische Programme zwischen 1863 und 1978 wiedergegeben; dazu werden Dokumente wie die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (1863), ein längeres "Offenes Antwortschreiben Ferdinand Lassalles" (ebenfalls 1863) zur Frage der angemessenen Vertretung von Arbeiterinteressen sowie das sogenannte Chemnitzer Programm der sächsischen Volkspartei (1866) gezählt. Alle drei "Programme" sind in der Veröffentlichung deutscher Parteiprogramme von Treue (1954) nicht enthalten. Ebenso verhält es sich mit der von der SPD als Programm angeführten "Erklärung der Sozialistischen Internationale" (Frankfurt, 1951) über die Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus, die Treue nicht nennt. Auf der anderen Seite zählt Treue, aber nicht die SPD, den "Aufruf der Sozialdemokratischen Partei" vom 15.6.1945 als Programm. Vergleichbare Unterschiede bestehen zwischen den von der CDU¹ und den von Treue ge-

¹ CDU, Der Weg zum Grundsatzprogramm, a.a.O.

nannten Programmen, sowie zwischen unterschiedlichen Quellen liberaler Programme. In der hier vorgenommenen Auswertung wurde versucht, einen Mittelweg zu gehen; durchweg wurden von parteilicher wie außerparteilicher Quelle genannte Programme auf ihre Wertaussagen hin untersucht sowie solche Programme, die "wichtig" erschienen. "Wichtig" schienen zum Beispiel das Ahlener Programm der CDU (1949)¹ zu sein, aber auch die "Freiburger Thesen" der FDP (1971)², obwohl die ersteren etwa von Treue übersehen wurden und die letzteren eigentlich kein Programm darstellen, vielmehr eher wie Thesen und Erläuterungen der Thesen zu einem Ausschnitt aus einem größeren und zudem nur wirtschaftspolitischen Programm wirken. Ausschlaggebend war in beiden Fällen die diesen Schriften von Partei wie Öffentlichkeit beigemessene programmatische Bedeutung.

104. Die Diskontinuität in der Verabschiedung der Parteiprogramme zeigt sich darin, daß sehr wichtige und große Parteien, die zum Teil entscheidend die gesellschaftlichen Wertstrukturen mitgestaltet oder widergespiegelt haben, nur wenige oder nur sehr knappe Programme hatten, während von kleineren, nicht ganz so wichtigen Parteien, eine Fülle programmatischer Äußerungen vorliegt. Extreme Beispiele sind auf der einen Seite die NSDAP, die in den 25 Jahren ihres Bestehens nur über ein drei Seiten umfassendes Programm (1920) verfügte und auf der anderen Seite die FDP: Verheugen füllt mit liberalen Programmen allein zwischen 1969 ("Nürnberger Wahlplattform") und 1980 (Wahlprogramm 80) nahezu 700 Seiten.³ Das Problem der "Programm-Diskontinuität" wurde gelöst, indem

- das einer Wahl zeitlich nächstliegende vorherige Programm dem

¹ CDU, Der Weg zum Grundsatzprogramm, a.a.O., S. 9 ff.

² F.D.P. Die Liberalen, Die Freiburger Thesen der F.D.P. zur Gesellschaftspolitik. Bonn o.J.

³ Günter VERHEUGEN (Hrsg.), Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P. Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung Liberale in Programm und Praxis. 2. erweiterte Auflage. Baden-Baden 1980.

Wahljahr zugrundegelegt wurde,
- in den wenigen Ausnahmefällen, in denen eine Partei bis zum Wahljahr kein Programm vorgelegt hatte, das zeitlich nächstliegende nachherige Programm verwendet wurde.

Das bedeutet zum Beispiel, daß im oben dargestellten Fall der NSDAP das Programm von 1920 auf sämtliche erfaßten Wahlergebnisse dieser Partei angelegt wurde.

105. Der Untersuchungszeitraum für die Parteiprogramme - nicht für die Wahlen - endet mit den Jahren 1978/1979, das heißt im Falle der CDU mit dem "Grundsatzprogramm" von 1978, im Falle der SPD mit dem "Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1975 bis 1985 (Kapitel 1)" aus dem Jahre 1975 und im Falle der FDP mit den "Freiburger Thesen" von 1971. Dies liegt zum einen daran, daß die letzte in die Analyse eingehende Wahl die des Jahres 1987 ist; jedes auszuwertende Parteiprogramm sollte bis spätestens zur letzten untersuchten Wahl vorliegen. Anzumerken ist zudem die ökonomische Restriktion, daß auf der einen Seite die Parteiprogramme in der Bundesrepublik mehr und mehr an Umfang zunehmen und so der beschriebenen abnehmenden wahlpolitischen Bedeutung ein steigender analytischer Ressourceneinsatz gegenüberstand. Da zudem in zwei, wie es zu Beginn der Arbeiten schien gleichermaßen, wichtigen Fällen die 1978/79-er Regel durchbrochen wurde - bei den Grünen und den Republikanern - scheiterte eine weitere Programmauswertung auch an ökonomischen und zeitlichen Engpässen.

106. Nicht alle Programme aller Parteien wurden ausgewertet. Grundsätzlich wurde in den drei untersuchten Perioden - dem Kaiserreich, der Weimarer Republik und der Bundesrepublik - wie folgt vorgegangen: Nur von Parteien, die wenigstens einmal mehr als 5 vH aller abgegebenen Stimmen erhielten, wurden die Parteiprogramme auf ihre Wertaussagen hin analysiert. Tabelle A 5 gibt eine Übersicht über die bislang in der Parteiengeschichte dargestellten Parteien und über diejenigen Parteien darunter, deren Programme untersucht wurden. Die Übersicht zeigt, daß durchweg

die Programme aller erfolgreicherer Parteien betrachtet wurden; Ausnahmen sind die Liberale Reichspartei, die im Jahre 1871 auf 7,0 vH aller Stimmen kam, und die Liberale Vereinigung, die im Jahre 1881 sogar 8,4 vH erreichte. Die LRP löste sich jedoch schon nach der Wahl von 1874 - bei der sie nur mehr auf 1 vH der Stimmen kam - auf (Tabelle A 1), und die Liberale Vereinigung spielte nur bei der Wahl von 1881 eine relativ eigenständige Rolle (Ziffer 22). Eine weitere Abweichung vom Prinzip der 5 vH-Klausel stellen die Republikaner dar, deren Programm ausgewertet wurde, obwohl sie keine 5 vH der Wählerstimmen erhielten. Diese geringe Bedeutung war bei Beginn der Arbeiten jedoch nicht vorhersehbar. In der Statistik der mit Wahlergebnissen gewichteten Parteiprogramme werden die Republikaner, die bei Bundestagswahlen nicht kandidierten, nicht auftauchen.

Auskunft über das Maß an Repräsentativität der hier analysierten "Programmparteien" ist in dem Schnittpunkt der Zeile "Summe" und der Spalte "Gewicht der Tabellen A 8 bis A 10 zu finden. Demzufolge erhielten im Kaiserreich die Parteien, deren Programme ausgewertet wurden, zwischen 71,9 vH (1884) und 89,9 vH (1878) aller Stimmen; der häufigste Wert lag deutlich über 80 vH. Dieses Maß an Repräsentativität ist noch höher für die Zeit der Weimarer Republik (zwischen 83,0 vH der Jahre 1928/1930 und 97,8 vH des Jahres 1919). Im Falle der Bundesrepublik war die Repräsentativität mit Abstand am höchsten; bis auf das Jahr 1949 (80,9 vH) lagen alle Jahre deutlich über 90 vH, mehrfach sogar bei 99 vH.

107. Die in der Parteiengeschichte praktizierte Gruppierung der Parteien in "Liberale Parteien" und "Konservative Parteien" wurde auch in diesem Abschnitt bei Durchschnittsberechnungen angewandt. Unterschiedlich gehandhabt wurde aber die Klassifikation der Sozialdemokraten, die eine eigentümliche Dichotomie aufwiesen: Sie gehörten über viele Jahre der Weimarer Republik und der Bundesrepublik ohne Frage zu den systemstützenden Parteien. Programma-tisch allerdings war dies nicht durchgehend der Fall. Greift man etwa zu den Programmen der Weimarer Zeit und der frühen Bundesrepublik, so vertrat die SPD in deutlicher Anlehnung an die

marxistische Gesellschaftsanalyse auch:

- [Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft] "für die Abschaffung der Klassenherrschaft" und die "Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätessystems" (Görlitz, 1921);
- "Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist ... ein politischer Kampf" (Heidelberg, 1925);
- "Die heute allgewaltige Macht des Großbesitzes und seiner Anhänger muß gebrochen werden" und "Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands weiß sich einig mit den Sozialisten aller Länder" (Dortmund 1952 und Berlin 1954).

Das Godesberger Programm von 1959 und auch das Programm von Mannheim (1975) zeigen vergleichsweise geringe Spuren marxistischer Analyse.

V. Statistik der Wertaussagen in Parteiprogrammen

108. Die prozentuale Verteilung der Wertaussagen für 42 Programme - 15 davon fielen in die Zeit des Kaiserreichs, 10 in die Zeit der Weimarer Republik und 17 betreffen die Parteien der Bundesrepublik - macht deutlich, daß insgesamt gesehen das achte Bild ("Aufklärung, positiv, soll") am stärksten besetzt ist (Tabelle A 7). Hier schlagen sowohl die belehrenden Elemente zu Buche als auch die oft direkt oder indirekt geäußerte Überzeugung von der Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Bedingungen. Auffällig ist, daß im Kaiserreich die Konservativen, und hier insbesondere das Zentrum mit dem Programm von 1870, die Deutschkonservative Partei von 1876 und die Nationalliberale Partei von 1881 insofern erheblich vom übrigen Parteienspektrum abwichen, als "Aufklärung" keine besondere Rolle spielte. Erhebliche Abweichungen nach unten gab es bei diesem Bild auch in der Weimarer Zeit im Falle von NSDAP und KPD, nicht jedoch, in vergleichbarem Ausmaß, bei den Parteien der Bundesrepublik.

109. Die zweite Position in bezug auf die Wichtigkeit teilen sich die Bilder "Umverteilung" und "Offenheit". Beides sind durchweg

positiv besetzte Bilder, beide wurden von den Parteien eher angestrebt als abgelehnt. Bemerkenswert ist, daß die Ablehnung der Umverteilung durchweg sehr schwach ausgeprägt war - die FDP in ihrem Lübecker Programm von 1953 kam der Ablehnung am nächsten - während die, in den Programmen sich zum Teil sehr radikal äußern- de Ablehnung des Fremden ("Offenheit, negativ") häufig sehr ausgeprägt war: Im Kaiserreich bei den Deutschkonservativen (1892), beim Zentrum (1894) aber auch im Gothaer Programm der SPD; in der Weimarer Republik vor allem bei der NSDAP und in der Bundesrepublik erst sehr spät bei den Republikanern.

Das Herausstellen des Leistungsprinzips hat in den untersuchten rund 120 Jahren erst allmählich an Bedeutung gewonnen und zwar früher und ausgeprägter bei den Konservativen und Liberalen; später, in der Bundesrepublik, sank die Bedeutung, die der Leistung beigemessen wird, sowohl bei der CDU als auch, kräftig, bei den Liberalen. Absagen an das Leistungsprinzip ("negativ, soll") waren nur vereinzelt und wenn, dann in erster Linie bei sozialdemokratischen Programmen zu finden sowie, 1980, bei den Grünen.

Starke ethische Postulate gab es vor 1918 eher in den Programmen der Sozialdemokraten und danach bei Konservativen und Liberalen - kaum bei der NSDAP und auch kaum bei den Kommunisten.¹ In der Bundesrepublik war dieses Bild noch für die Grünen und die Republikaner sowie, in ihrem Godesberger Programm, für die Sozialdemokraten von Bedeutung.

110. Was die vier Konsens-Bilder anlangt, so zeigt sich:

- Der konservative Konsens ("Bild 6, positiv") war im Kaiserreich am stärksten und in der Bundesrepublik eigentlich am schwächsten ausgeprägt. In der Zeit der Weimarer Republik zeigen sich bei diesem Bild beträchtliche Unterschiede zwischen den traditionellerweise wenig Einverständnis mit dem Staat und seinen

¹ Zu den Unterschieden und Gemeinsamkeiten sozialistischer und nationalsozialistischer Vorstellungen vgl. Zitelmann (1987).

Organen artikulierenden Sozialdemokraten und Kommunisten einerseits und den Nationalsozialisten andererseits. Die im gesamten Zeitraum stärksten Kritiker des Staates und seiner Organe ("Bild 6, negativ, ist") waren die USPD (1919) und die KPD (1930), beziehungsweise der Spartakusbund (1918). Die Nationalsozialisten, die eine positive Einstellung zum Staat forderten ("Bild 6, positiv, soll"), unterschieden sich deutlich von den Sozialisten, die ganz offen den Staat in allen seinen Ausprägungen verachteten und auch kein positive(re)s Staatsverständnis verlangten.

- Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Bemühen um internationale Gemeinsamkeit und um den Frieden ein Schwerpunkt der westdeutschen Programme ("Bild 7, positiv, soll"). Der Konsens mit dem Ausland spielte eine ähnliche, wenn auch weniger ausgeprägte Rolle in der Weimarer Zeit, und zwar bei der SPD und der USPD mehr als bei den anderen Parteien. Die Kommunisten [Spartakusbund (1918) und KPD (1930)] waren in dieser Hinsicht am zurückhaltendsten, wie übrigens auch die NSDAP, forderten zum Teil sogar - wiederum wie die NSDAP - den internationalen Konflikt.

- Das Hochhalten des Wettbewerbsprinzips ("Bild 4, negativ, soll") war in keiner der drei Epochen und für keine Parteiengruppierung von herausragender Bedeutung. Insbesondere war es nie ein Anliegen von Sozialisten und Sozialdemokraten. Im Kaiserreich wurde Wettbewerb vor allem gefordert von den Liberalen (Deutsche Freissinnige Partei, 1884; Deutsche Fortschrittspartei, 1878 und Freisinnige Volkspartei, 1894). In der Zeit der Weimarer Republik traten die SPD in ihrem Heidelberger Programm (1925) und auch die KPD (1930) offenbar für mehr Wettbewerb ein, doch täuscht dieser Eindruck insofern, als es in beiden Programmen mehr um die Ablehnung bestehender Machtzusammenballungen im Unternehmensbereich - vor allem bei Großbanken und Schwerindustrie - ging, als um explizit mehr Wettbewerb. In der Bundesrepublik schließlich war die Forderung nach mehr Wettbewerb - sieht man einmal vom Ahlener Programm der CDU (1947) ab - recht gleichmäßig über die Parteien verteilt.

Das Gegenteil von Wettbewerb, nämlich eine verstärkte Kartellierung der Wirtschaft ("Bild 4, positiv, soll") strebten in der Weimarer Zeit die NSDAP (1920) und die USPD (1919) an; letztere bezogen sich dabei - wie schon das Eisenacher Programm der SPD (1869) - auf die Vereinigung der abhängig Beschäftigten zu einer Art Arbeitsmonopol.

- Die Diagnose ("ist") und auch die Zielaussage ("soll") bezüglich des Konflikts zwischen großen gesellschaftlichen Gruppen ("Bild 5, negativ") - hier vor allem zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern - war ein wichtiges Thema der Sozialisten im Kaiserreich wie auch in der Weimarer Republik. Nur die Konservativen (Zentrum, 1870), die konservativen Nationalliberalen (1881) und auch die Freisinnige Volkspartei (1894) waren im Kaiserreich auf den Konsens der großen gesellschaftlichen Gruppen ausgerichtet. In der Weimarer Zeit überwog der Dissens, an dem die NSDAP sich bemerkenswerterweise nicht programmatisch beteiligte. In der Zeit der Bundesrepublik verschwand der programmatisch festgelegte Dissens fast vollständig und Konsens machte sich - wenn auch auf einem anteilmäßig meist niedrigen Niveau - breit. Auf Konsens ausgerichtet war vor allem die "frühe" (1947) und die "späte" (1978) CDU.

103. Eine Analyse des in Parteiprogrammen sich ausdrückenden Wertewandels nach groben politischen Richtungen und nach den drei untersuchten Epochen zeigt (Tabelle 2):

- Zwischen Liberalen, Konservativen und Sozialisten hat im Zeitablauf seit 1861 bei wichtigen Variablen eine erhebliche Konvergenz des Wertesystems stattgefunden. Der Leistungsgedanke breitete sich bei den Sozialisten von Epoche zu Epoche rascher aus als bei den Konservativen und den Liberalen. Umgekehrt sank die Bedeutung des Umverteilungsgedankens bei den Sozialisten, während er bei den Konservativen, und insbesondere bei den Liberalen, erheblich an Bedeutung gewann; in der Bundesrepublik gab es in dieser Hinsicht keine Unterschiede mehr zwischen Konservativen und Sozialisten. Der anzustrebende "Konservative

Tabelle 2 - Der epochale programmatische Wertewandel nach Programm-Gruppen und ausgewählten Bildern

Periode	Liberales	Sozialisten	Konservative
- Leistung, positiv, soll -			
Kaiserreich ^a	3,62	0,67	2,25
Weimarer Republik ^b	10,21	3,21	10,74
Bundesrepublik ^c	10,65	5,48	9,45
- Umverteilung, positiv, soll -			
Kaiserreich ^a	8,87	20,44	9,47
Weimarer Republik ^b	10,13	17,30	16,98
Bundesrepublik ^c	14,82	16,93	16,75
- Offenheit, positiv, soll -			
Kaiserreich ^a	13,16	14,37	9,67
Weimarer Republik ^b	12,79	7,08	11,37
Bundesrepublik ^c	17,32	11,90	12,31
- Kartell-Konsens, negativ, soll -			
Kaiserreich ^a	3,65	1,21	1,05
Weimarer Republik ^b	1,49	1,82	0,45
Bundesrepublik ^c	1,25	3,25	4,09
- Gruppenkonsens, positiv, soll -			
Kaiserreich ^a	1,94	1,33	1,18
Weimarer Republik ^b	0,91	0,21	2,70
Bundesrepublik ^c	1,69	1,30	1,98
- Gruppenkonsens, negativ, soll -			
Kaiserreich ^a	0	5,33	0
Weimarer Republik ^b	0	5,23	0
Bundesrepublik ^c	0	0,28	0
- Konservativer Konsens, positiv, soll -			
Kaiserreich ^a	4,49	1,33	4,39
Weimarer Republik ^b	4,81	2,56	5,00
Bundesrepublik ^c	2,11	1,95	2,28
- Konservativer Konsens, negativ, soll -			
Kaiserreich ^a	0	0,67	0,49
Weimarer Republik ^b	0	7,26	0
Bundesrepublik ^c	0,28	1,24	0
- Internationaler Konsens, positiv, soll -			
Kaiserreich ^a	0,92	1,43	1,32
Weimarer Republik ^b	4,02	3,82	4,76
Bundesrepublik ^c	5,84	6,21	5,88
- Aufklärung, positiv, soll -			
Kaiserreich ^a	33,11	25,08	26,30
Weimarer Republik ^b	28,07	17,37	24,57
Bundesrepublik ^c	29,31	29,80	26,52
- Ethische Postulate, positiv, soll -			
Kaiserreich ^a	2,84	8,85	6,18
Weimarer Republik ^b	12,44	5,28	11,06
Bundesrepublik ^c	5,29	7,09	6,99

^aAuf der Grundlage der Programme von 1861 bis 1894. - ^bAuf der Grundlage der Programme von 1918 bis 1930. - ^cAuf der Grundlage der Programme von 1947 bis 1980.

Quelle: Tabelle A 7. Zusätzliche eigene Berechnungen.

Konsens" sank an Bedeutung in der Bundesrepublik sowohl bei Liberalen als auch bei Konservativen fast auf das Niveau der sozialistischen Parteien. In weitgehendem Gleichschritt vom Kaiserreich an befand sich das Streben nach internationalem Konsens, das bei allen Gruppierungen im Kaiserreich am wenigsten und in der Bundesrepublik am stärksten ausgeprägt war.

- Die sozialistischen Parteiprogramme standen vor allem in der Weimarer Republik in hohem Maße dem Staat und seinen Organisationen ablehnend gegenüber ("Konservativer Konsens, negativ, soll"), Vergleichbares ist bei den Konservativen und bei den Liberalen nicht zu diagnostizieren. Bemerkenswerterweise waren die sozialistischen Programme in der Weimarer Zeit, aber auch im Kaiserreich, in bezug auf die großen gesellschaftlichen Gruppen außerordentlich konfliktträchtig ("Gruppenkonsens, negativ, soll").

Stellt man weniger auf die Veränderungen im Zeitablauf ab als auf das relative (d. h. zwischenparteiliche) Niveau der Wertaussagen, so kann man festhalten (noch Tabelle 2), daß die Liberalen und die Konservativen durchweg besonderes Gewicht auf das Leistungsprinzip legten, auf Offenheit und auf den Arbeitsfrieden, und daß sie sich unübersehbar "staatstragend" gaben, vor allem in der Zeit der Weimarer Republik. Unterschiede zwischen Liberalen und Konservativen bestanden in erster Linie beim Bild "Offenheit", das bei den Liberalen erheblich stärker ausgeprägt war als bei den Konservativen (im Kaiserreich wurden die Konservativen hier sogar von den Sozialisten übertroffen) und beim Bild "Gruppenkonsens, positiv, soll"; vor allem in der Weimarer Republik bildeten die Konservativen mit der Betonung des Arbeitsfriedens einen Kontrast auch zu den Liberalen.

VI. Die gesellschaftliche Bewertung der Parteiprogramme

112. In der bisherigen Analyse der Parteiprogramme handelte es sich um die Darstellung einzelner Parteiprogramme oder um die

ungewichtete Mittelung von Programmen nach groben politischen Richtungen. Beides bedeutet, daß jede Partei, und damit die Wertestruktur jeder Partei, das gleiche Gewicht erhält. Auf die gesellschaftliche Wertestruktur sollen im folgenden die mit Wahlergebnissen gewichteten und dann für jedes Wahljahr summierten Wertestrukturen hinweisen.

113. Tabelle A 8 gibt die detaillierten Ergebnisse der Programmbewertung durch die Wahlbürger für die 13 Legislaturperioden des Reichstags im Kaiserreich wieder; Tabelle A 9 bezieht sich auf die acht Legislaturperioden der Weimarer Republik und Tabelle A 10 auf die ausgewerteten elf Legislaturperioden des Bundestags. Außerdem zeigen diese Tabellen, welches Programm zur Bewertung anstand und welches Gewicht diesem Programm rechnerisch beigemessen wurde.¹

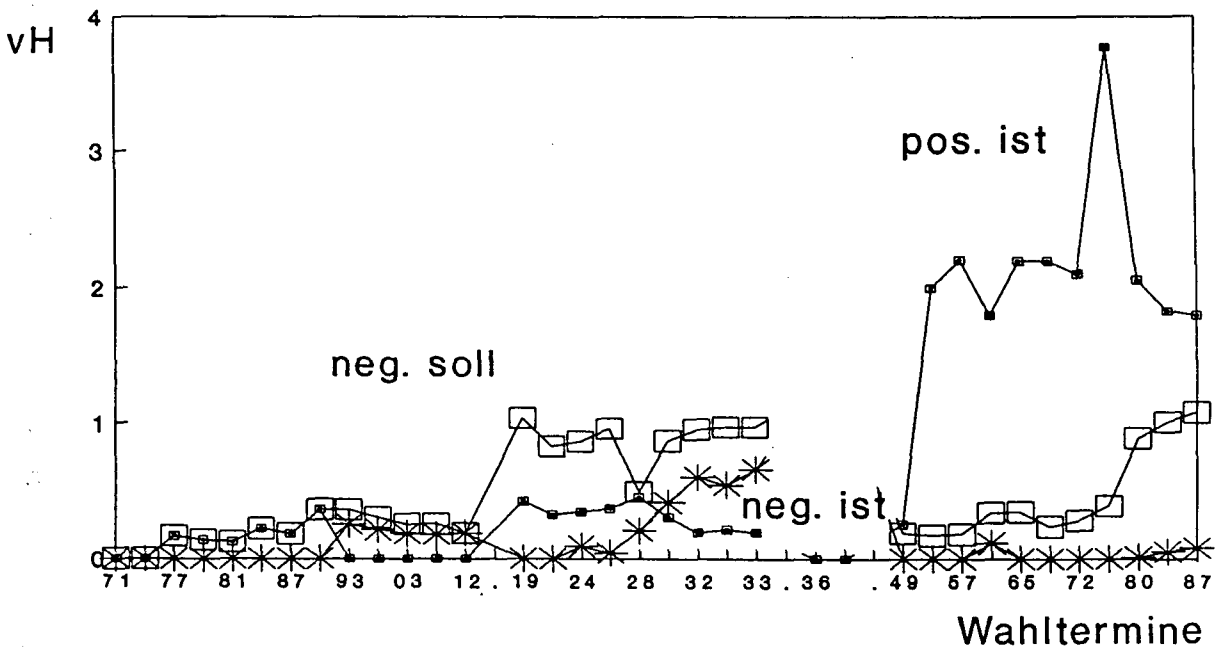
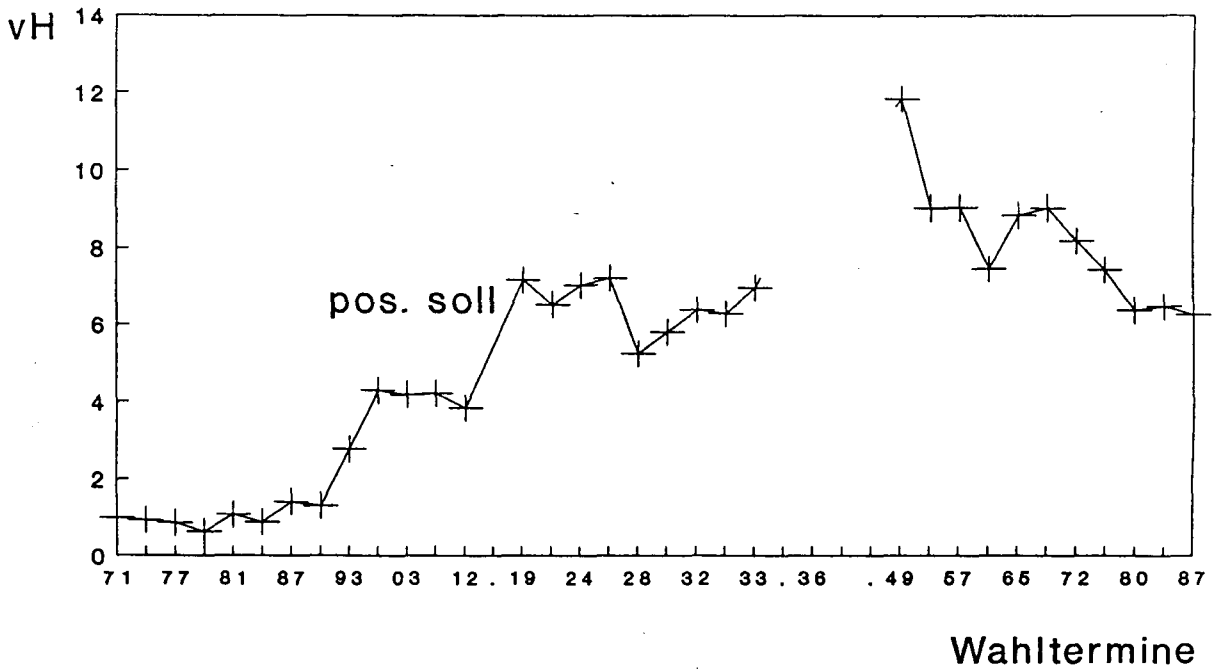
114. Die Summenzeilen der mit den Wahlergebnissen gewichteten programmatischen Wertaussagen sind der Deutlichkeit halber noch einmal graphisch wiedergegeben (Schaubilder VI/1 bis 9). Greift man die wichtigsten Ausprägungen jedes Bildes heraus (jeweils obere Graphik), so ist festzuhalten²:

- Der Leistungsgedanke gewann im Zeitablauf an Bedeutung und hatte seinen absoluten Höhepunkt in den fünfziger und sechziger Jahren (Schaubild VI/1). Relative Höhepunkte gab es im Kaiserreich um die Jahrhundertwende und in der Weimarer Zeit um 1924.
- Der Verteilungsgedanke war in den fünfziger und sechziger Jahren besonders ausgeprägt (Schaubild VI/2). Relative, epochale Höhepunkte gab es in den Jahren nach 1893 und um 1932.

¹ Die Gewichte weichen deshalb von den Wahlergebnissen nach oben ab, weil Splitterparteien nicht berücksichtigt wurden (Ziffer 106).

² Die 9. und 10. Legislaturperiode der Zwischenkriegszeit wird nicht weiter diskutiert, da das Parteienspektrum auf eine Partei reduziert war und daher die Frage nach den Wählerpräferenzen nicht zu beantworten ist.

Schaubild VI/1: Die Rolle von "Leistung" in den Wählerpräferenzen (1871 - 1987)^a



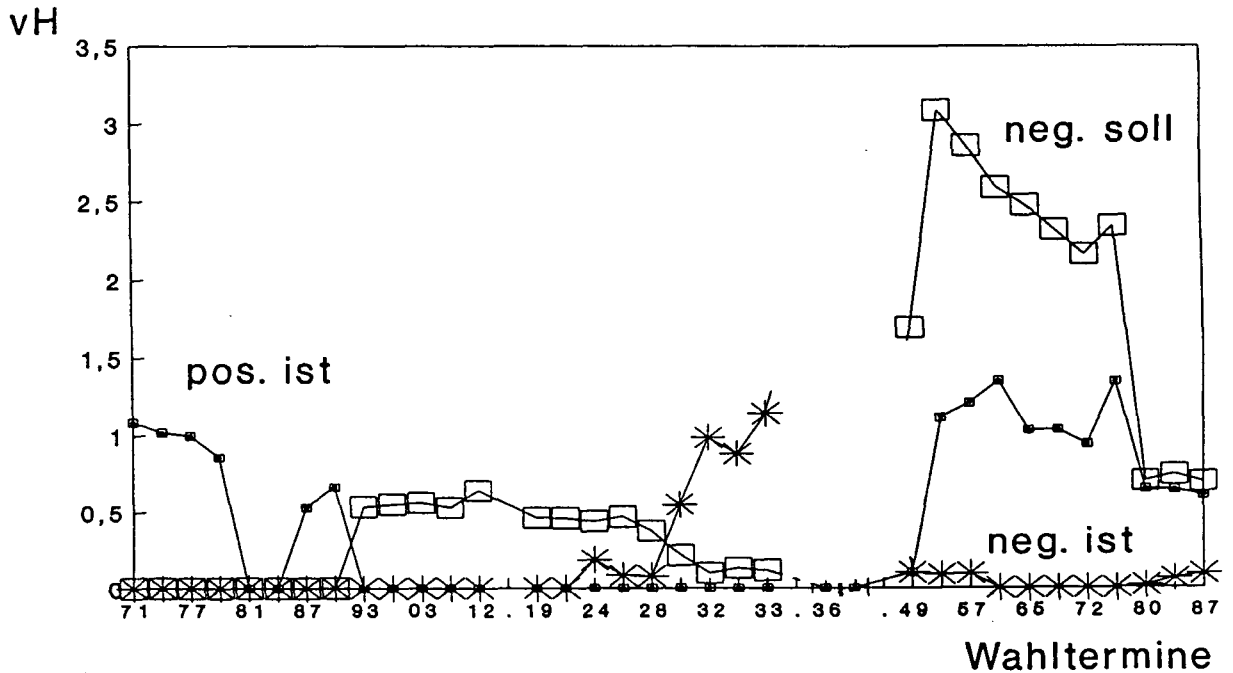
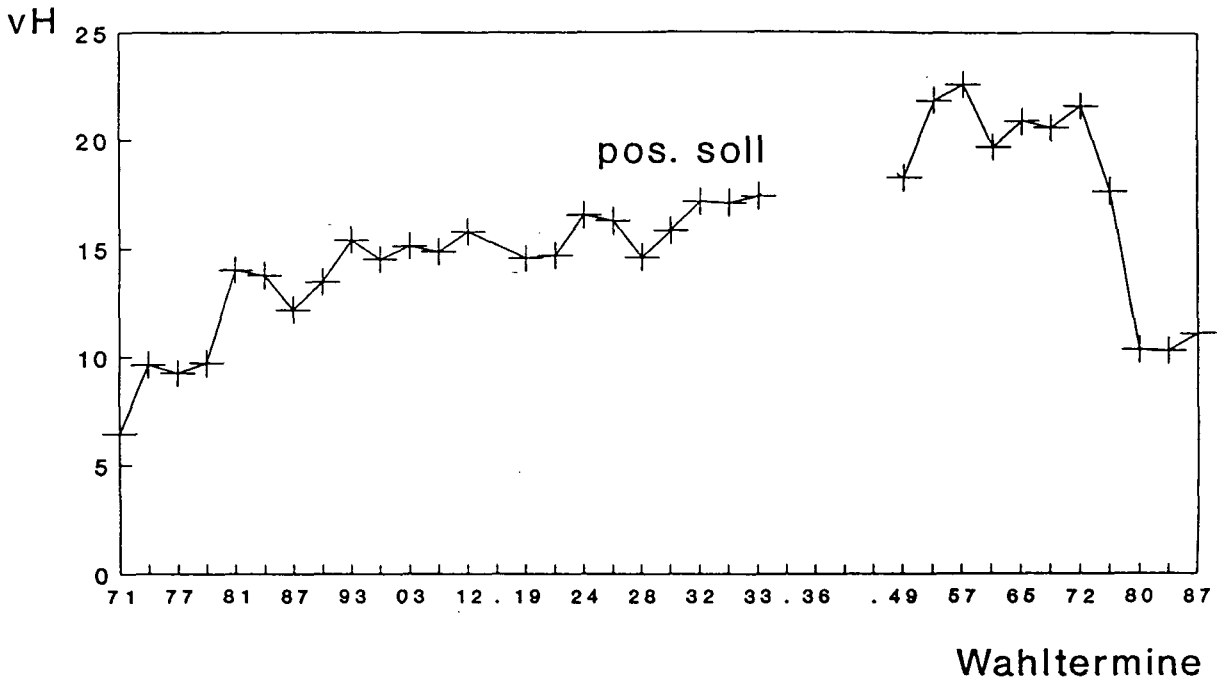
(a) Gemessen als vH-Anteil von "Leistung" an den gesamten Wählerpräferenzen:

$$\sum_i \left[\frac{\text{Stimmen für Partei } i}{\text{Abgegebene gültige Stimmen}} \times \frac{\text{Programmaussage } i \text{ (Leistung)}}{\text{Alle Programmaussagen } i} \right]$$

Programmaussage i bezieht sich auf die mit positiv (negativ) und soll (ist) bewertete Aussage im Programm der Partei i.

Quelle: Tabellen A 8 bis A 10.

Schaubild VI/2: Die Rolle von "Umverteilung" in den Wählerpräferenzen (1871 - 1987)^a



(a) Gemessen als vH-Anteil von "Umverteilung" an den gesamten Wählerpräferenzen:

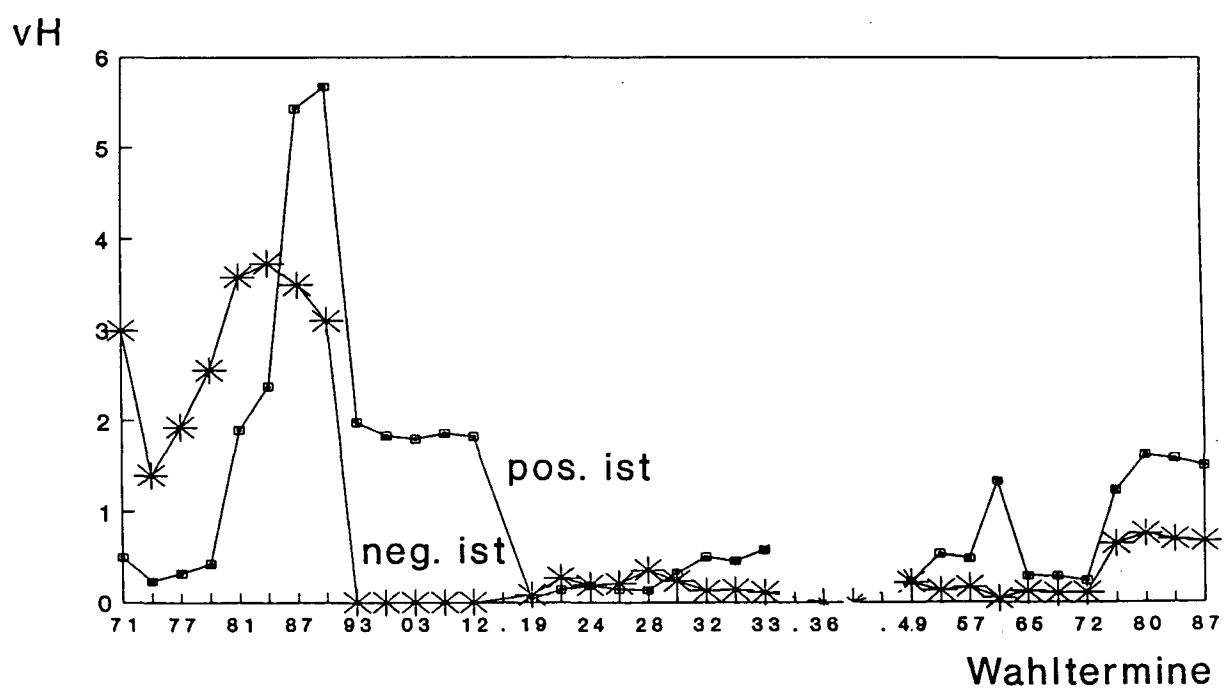
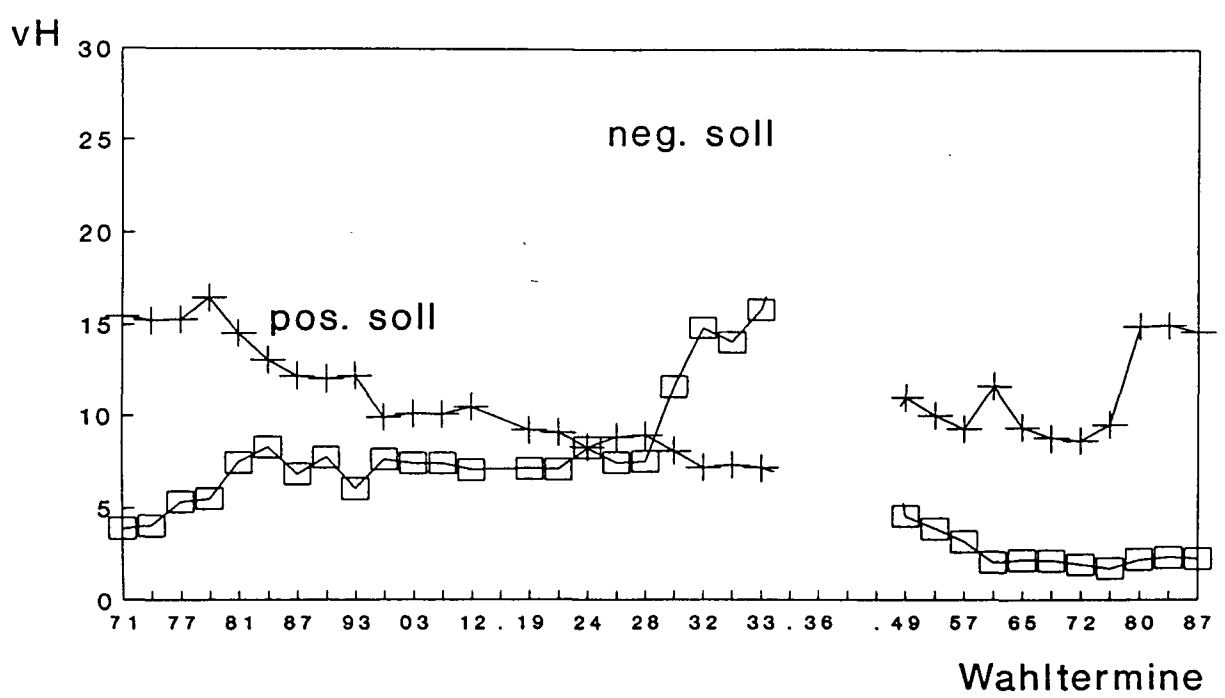
$$\sum_i \left[\frac{\text{Stimmen für Partei } i}{\text{Abgegebene gültige Stimmen}} \times \frac{\text{Programmaussage } i \text{ (Umverteilung)}}{\text{Alle Programmaussagen } i} \right]$$

Programmaussage *i* bezieht sich auf die mit positiv (negativ) und soll (ist) bewertete Aussage im Programm der Partei *i*.

Quelle: Tabellen A 8 bis A 10.

- Das Prinzip der Offenheit gegenüber Fremdem, auch des Freihandels ("positiv, soll"), zeigt ein langes Wellental in der Weimarer Zeit; relativ niedrige Werte gab es auch in den sechziger Jahren (Schaubild VI/3). Seine größte Bedeutung hatte es um 1878, seine geringste Bedeutung um 1932. Das Ausgrenzen des Fremden und die Abkehr vom Freihandelsprinzip ("Offenheit, negativ, soll"), verlief - dies scheint nicht unbedingt selbstverständlich zu sein - fast spiegelbildlich: Es erreichte Maximalwerte in den dreißiger Jahren, hatte allerdings, abweichend vom komplett Spiegelbildlichen, in den siebziger Jahren dieses Jahrhunderts seinen absoluten Tiefpunkt.
- Der Kartell-Konsens wurde vor allem in der Zeit der Bundesrepublik ablehnend bewertet (Schaubild VI/4, "negativ, soll"). Für diese Zeit ist statt eines herausragenden Punktes eher ein "Ablehnungsplateau" festzustellen, das heißt ein relativ hohes Maß an Präferenz für den Wettbewerbsgedanken. Die niedrigsten Werte für das Wettbewerbsprinzip sind in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu registrieren; in der Weimarer Zeit galt der Wettbewerb um 1924 am wenigsten.
- Der Gruppenkonsens, das heißt im wesentlichen: Arbeitsfrieden, wurde vor allem in der Spätphase des Kaiserreichs und in den letzten untersuchten Jahren der Bundesrepublik angestrebt (Schaubild VI/5, "positiv, soll"; untere Graphik). In der Spätphase des Kaiserreichs ging dies allerdings auch Hand in Hand mit gleichzeitigen Aufrufen zum Arbeitskampf; letzteres war in der Bundesrepublik sehr selten. Überhaupt waren die Jahre des späteren Kaiserreichs und der Weimarer Republik in dieser Hinsicht sehr "bewegt", wie die sehr gleichmäßige Besetzung der Ausprägungen dieses Bildes ("positiv, soll", negativ, ist" und "negativ, soll") zeigt.
- Die Staatsverdrossenheit war besonders deutlich in der Weimarer Zeit (Schaubild VI/6, "negativ, ist"; untere Graphik), und gleichzeitig zeigen sich auch die Wünsche nach einem positiveren Staatsverständnis ("positiv, soll") in dieser Zeit. Im Kai-

Schaubild VI/3: Die Rolle von "Offenheit" in den Wählerpräferenzen (1871 - 1987)^a



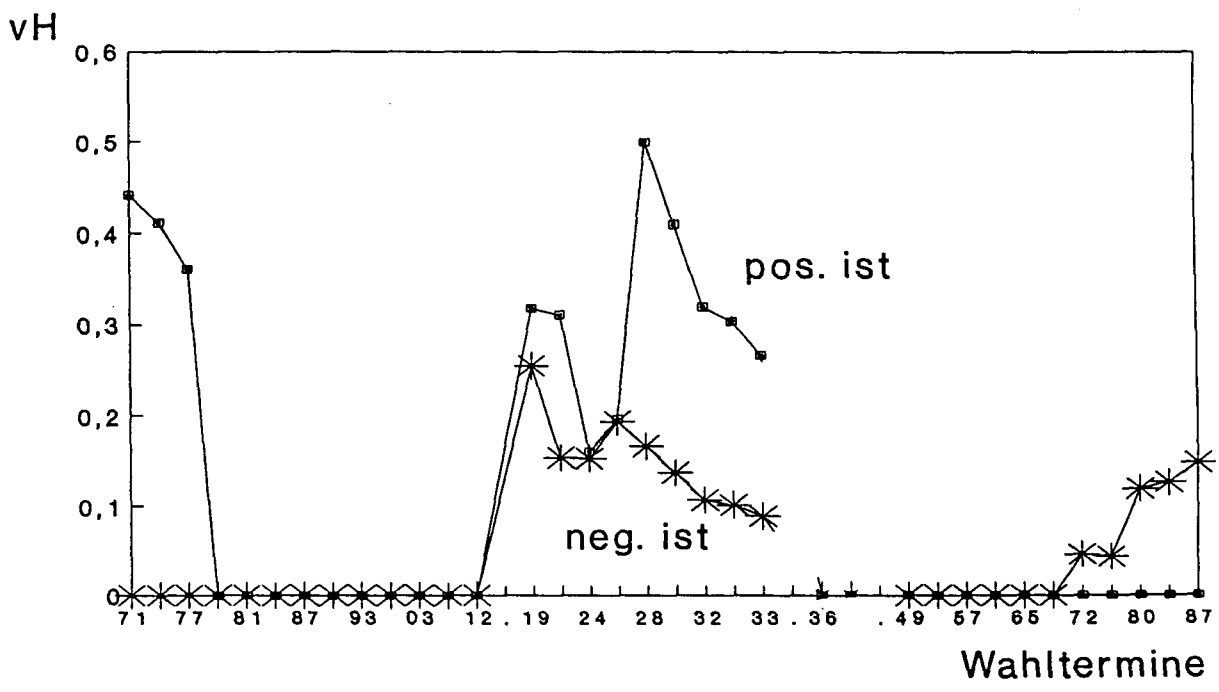
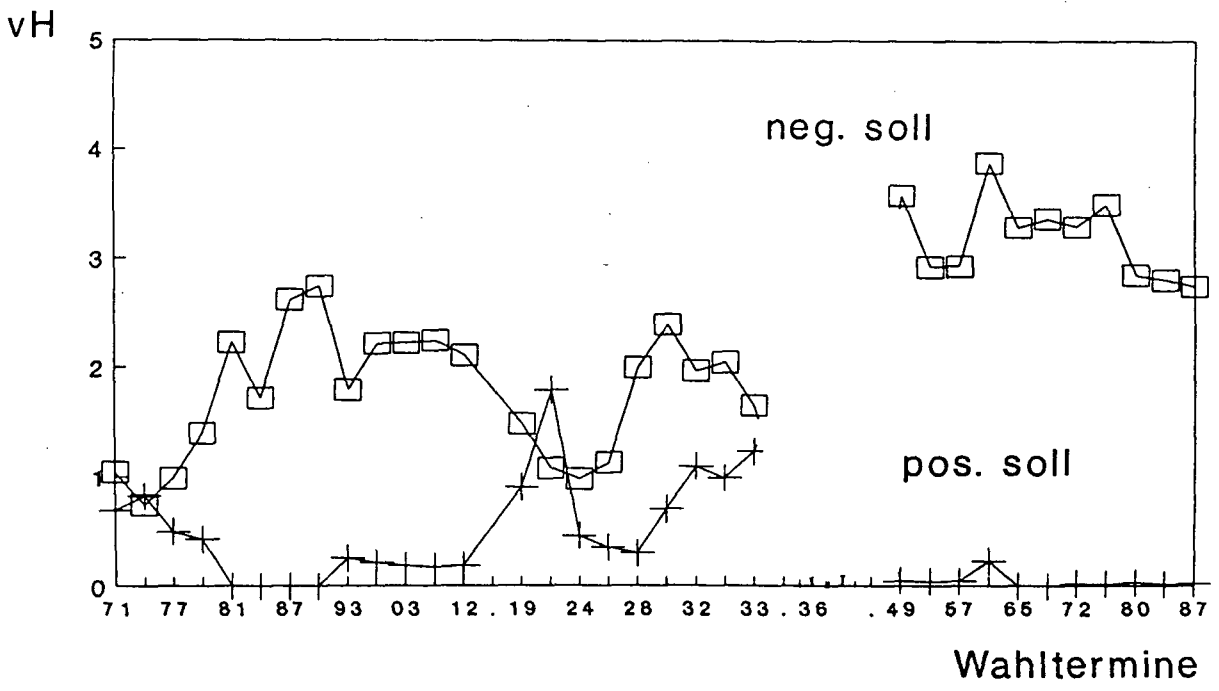
(a) Gemessen als vH-Anteil von 'Offenheit' an den gesamten Wählerpräferenzen:

$$\sum_i \left[\frac{\text{Stimmen für Partei } i}{\text{Abgegebene gültige Stimmen}} \times \frac{\text{Programmaussage } i \text{ (Offenheit)}}{\text{Alle Programmaussagen } i} \right]$$

Programmaussage i bezieht sich auf die mit positiv (negativ) und soll (ist) bewertete Aussage im Programm der Partei i.

Quelle: Tabellen A 8 bis A 10.

Schaubild VI/4: Die Rolle von "Kartellkonsens" in den Wählerpräferenzen (1871 - 1987)^a



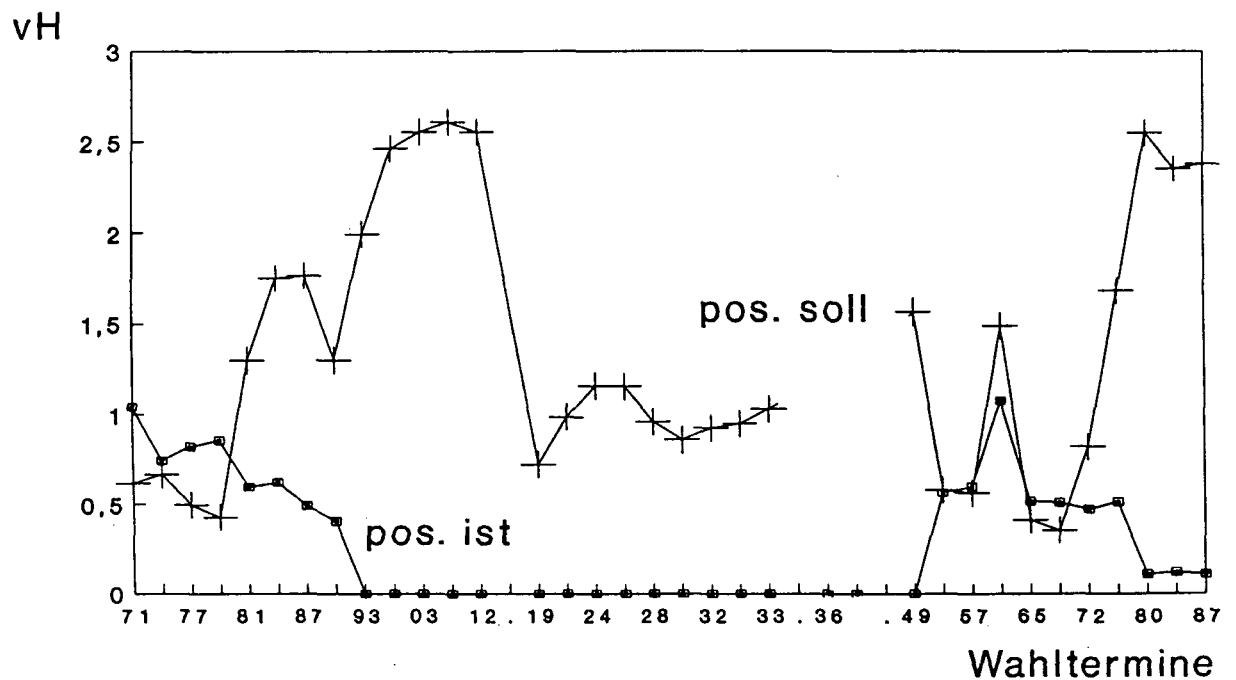
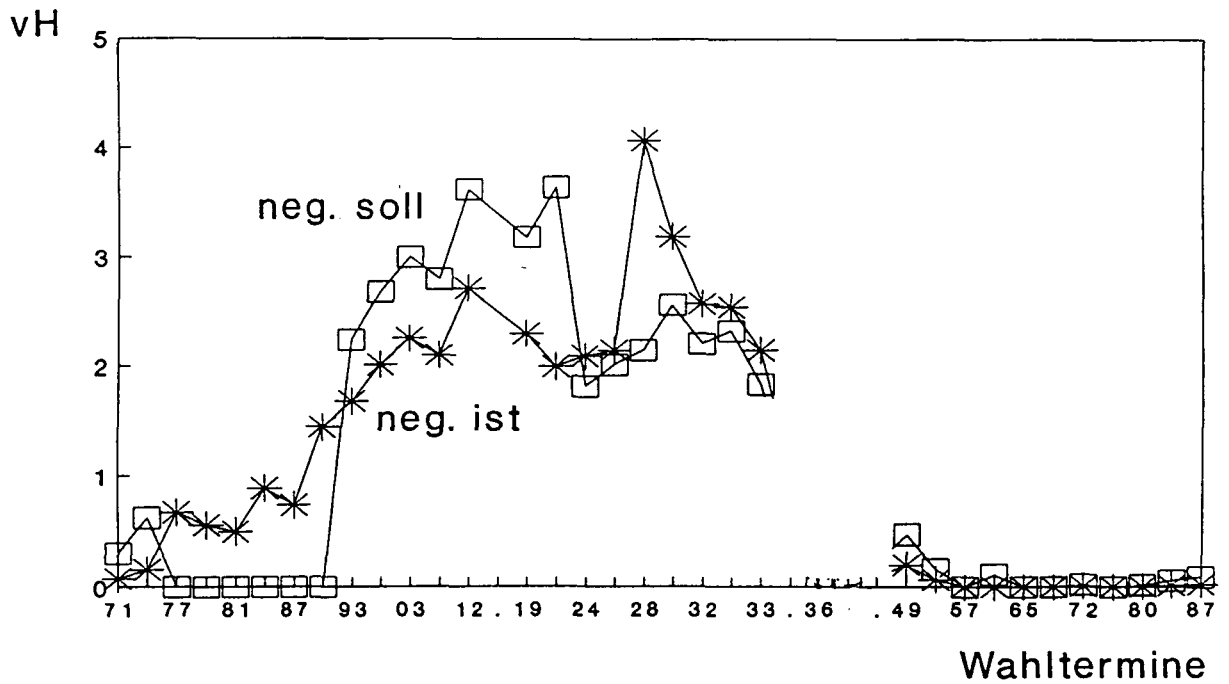
(a) Gemessen als vH-Anteil von "Kartellkonsens" an den gesamten Wählerpräferenzen:

$$\sum_i \left[\frac{\text{Stimmen für Partei } i}{\text{Abgegebene gültige Stimmen}} \times \frac{\text{Programmaussage } i \text{ (Kartellkonsens)}}{\text{Alle Programmaussagen } i} \right]$$

Programmaussage i bezieht sich auf die mit positiv (negativ) und soll (ist) bewertete Aussage im Programm der Partei i.

Quelle: Tabellen A 8 bis A 10.

Schaubild VI/5: Die Rolle von "Gruppenkonsens" in den Wählerpräferenzen (1871 - 1987)^a



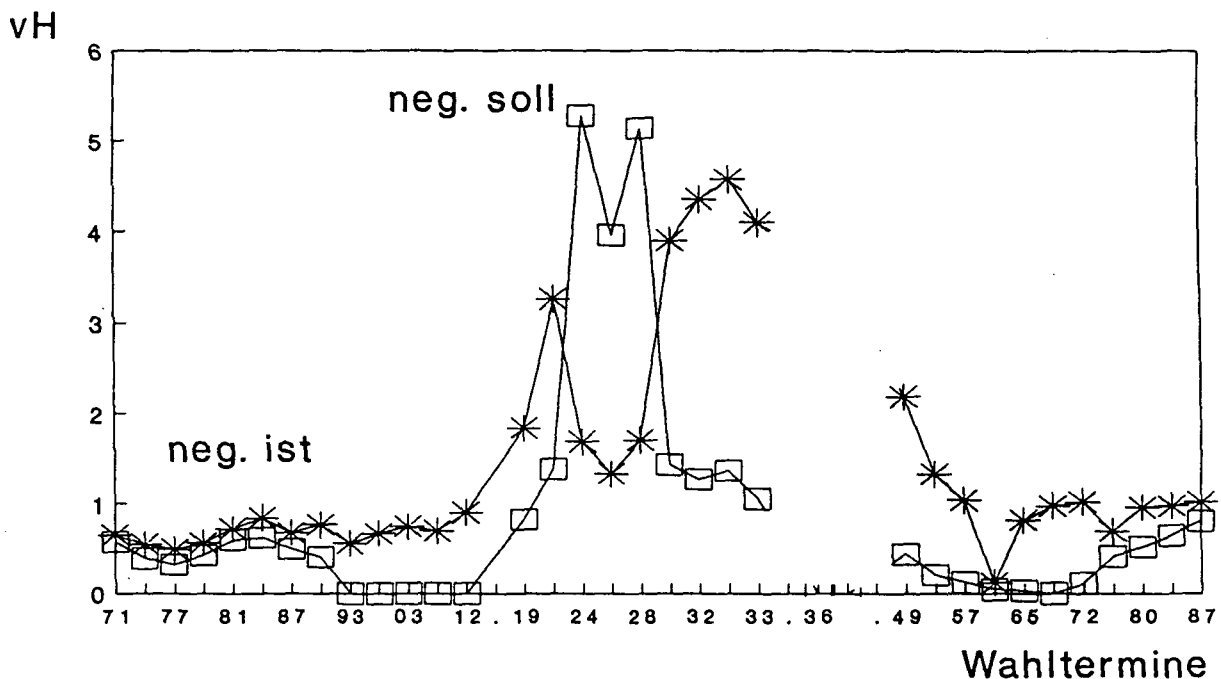
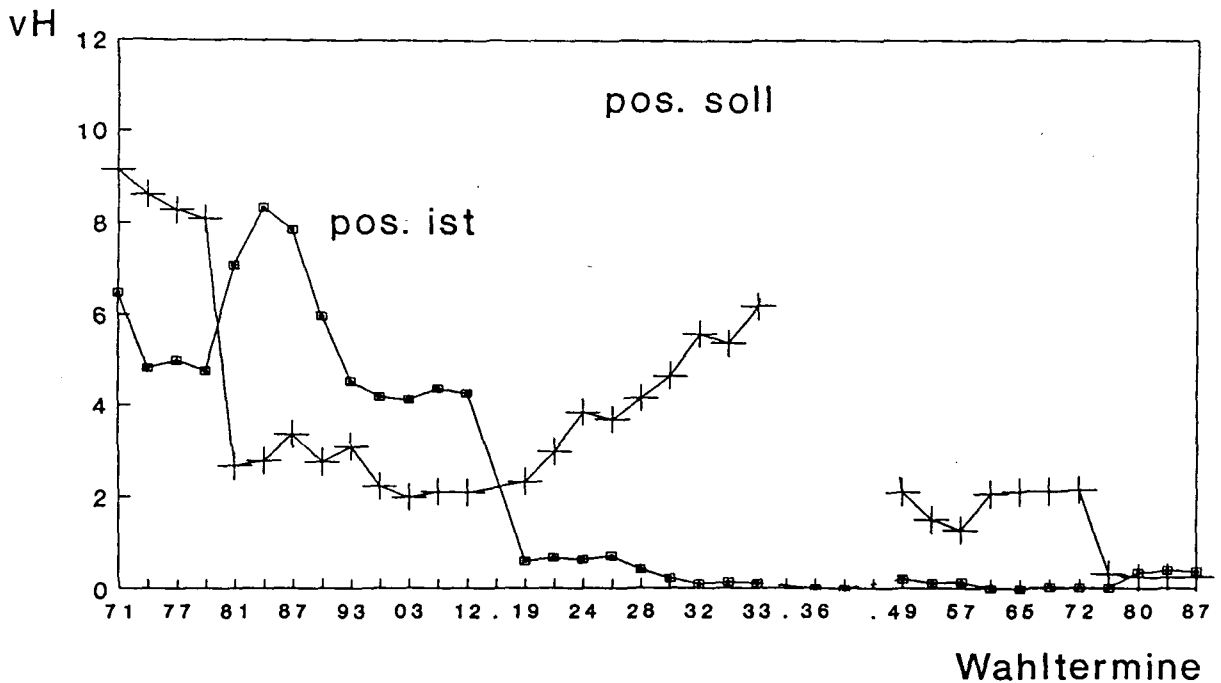
(a) Gemessen als vH-Anteil von "Gruppenkonsens" an den gesamten Wählerpräferenzen:

$$\sum_i \left[\frac{\text{Stimmen für Partei } i}{\text{Abgegebene gültige Stimmen}} \times \frac{\text{Programmaussage } i \text{ (Gruppenkonsens)}}{\text{Alle Programmaussagen } i} \right]$$

Programmaussage i bezieht sich auf die mit positiv (negativ) und soll (ist) bewertete Aussage im Programm der Partei i.

Quelle: Tabellen A 8 bis A 10.

Schaubild VI/6: Die Rolle von "Konservativer Konsens" in den Wählerpräferenzen (1871 - 1987)^a



(a) Gemessen als vH-Anteil von "Kons. Konsens" an den gesamten Wählerpräferenzen:

$$\sum_i \left[\frac{\text{Stimmen für Partei } i}{\text{Abgegebene gültige Stimmen}} \times \frac{\text{Programmaussage } i \text{ (Kons. Konsens)}}{\text{Alle Programmaussagen } i} \right]$$

Programmaussage i bezieht sich auf die mit positiv (negativ) und soll (ist) bewertete Aussage im Programm der Partei i.

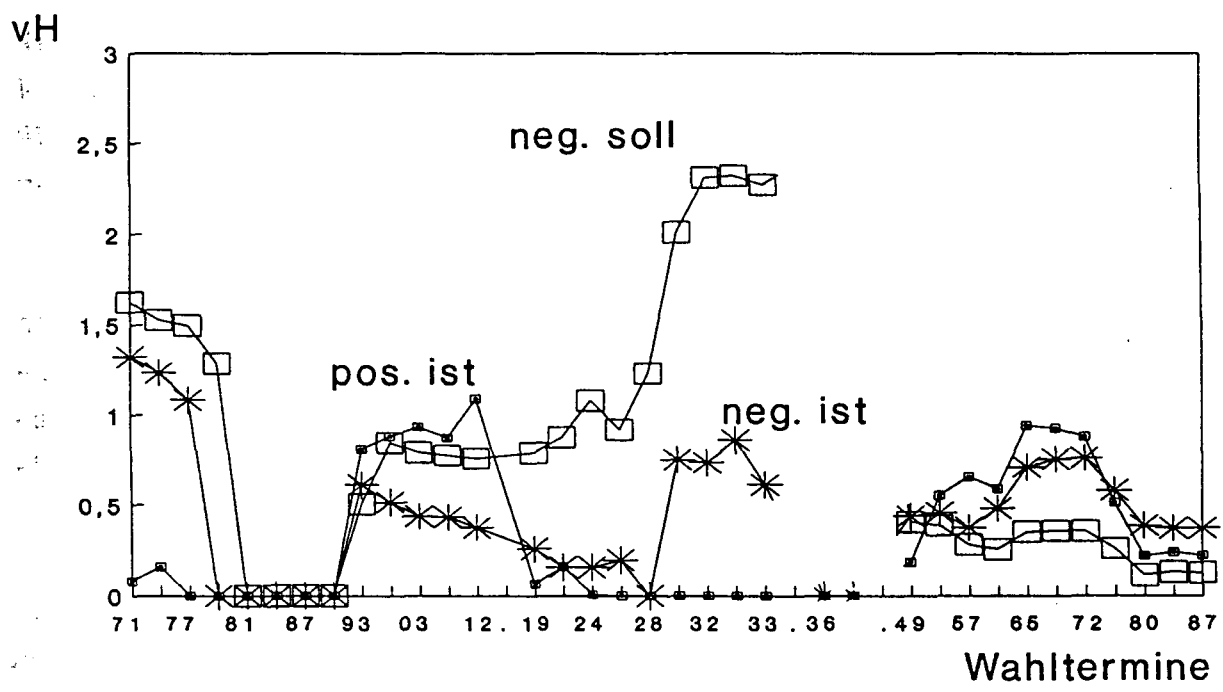
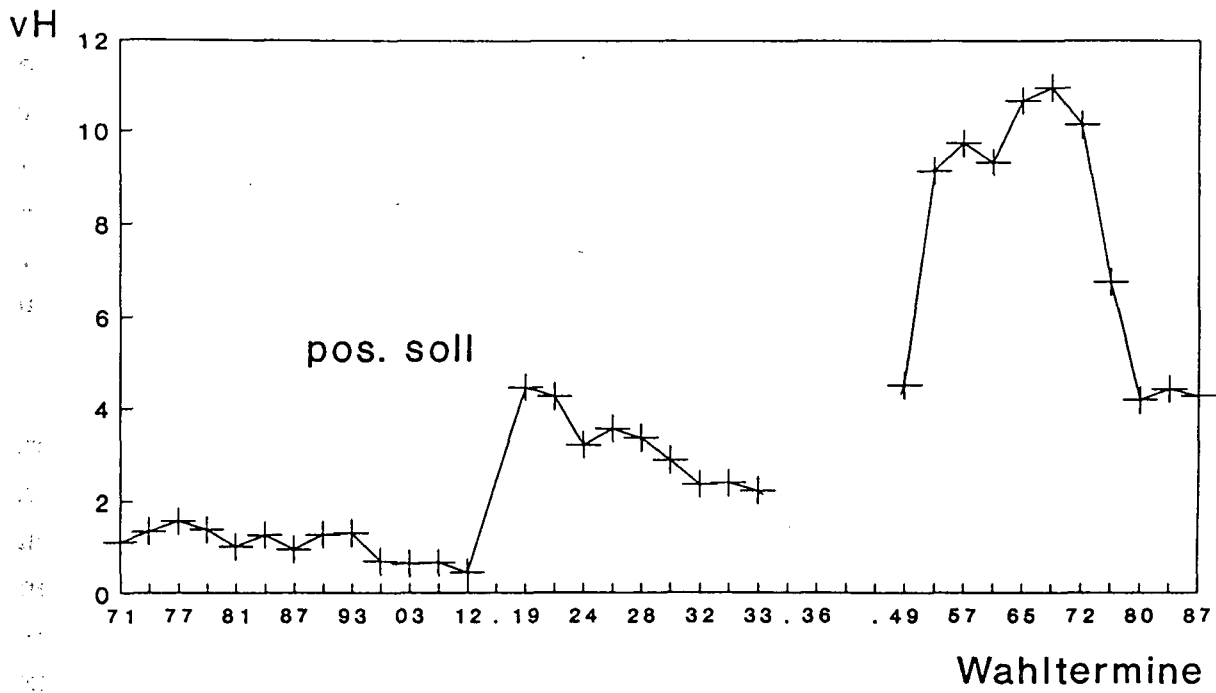
Quelle: Tabellen A 8 bis A 10.

serreich dagegen überwog die Zustimmung zum Staat, als Feststellung ("positiv, ist") wie, in den Anfangsjahren vor allem, als Wunsch nach noch mehr Zustimmung ("positiv, soll"). Die Bundesrepublik ähnelt in dieser Hinsicht emotional eher der Weimarer Zeit, wenn auch auf erheblich niedrigerem Niveau. Höchstwerte erreichte der "Konservative Konsens" in der Positiv/Soll-Ausprägung in den Jahren nach 1871 und um 1932, Tiefstwerte nach 1976. In der Negativ/Soll-Ausprägung waren Höhepunkte die Jahre 1924 bis 1928.

- Der Wunsch nach Frieden äußerte sich besonders in der Zeit von 1953 bis 1972 (Schaubild VI/7, "positiv, soll"). In den beiden anderen Epochen gab es relativ deutliche Anzeichen hierfür nach 1871 und nach dem ersten Weltkrieg. Relative Tiefpunkte waren jeweils die Vorkriegsjahre. Interessanterweise war das Gegenteil, nämlich der Wunsch nach internationalem Konflikt - oder auch nach einer Revision von Geschichtsergebnissen - besonders deutlich nach 1871 und zum Ende der Weimarer Republik ("negativ, soll"). Die Bundesrepublik war hier eher unauffällig; "Bild 7, negativ" bedeutete hier vor allem, mit der Teilung Deutschlands nicht einverstanden zu sein. Das ohnehin niedrige Niveau dieses internationalen Dissenses sank zudem im Zeitablauf.
- Der Aufklärungs-Impetus und der Glaube an die Machbarkeit von gesellschaftlichen Zuständen war immer sehr ausgeprägt, am meisten zu Beginn des Kaiserreichs und in den letzten ausgewerteten Jahren der Bundesrepublik (Schaubild VI/8). Seinen Tiefpunkt hatte dieser Drang nach 1932.
- Ethische Postulate, das heißt starke und sonst nicht rubrizierbare Wertaussagen hatten immer Bedeutung, am meisten in den zwanziger Jahren und am wenigsten Mitte der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts (Schaubild VI/9).

Das zentrale Ergebnis der Untersuchung ist, daß alle untersuchten Ausprägungen der gesellschaftlichen Wertestrukturen langfristigen

Schaubild VI/7: Die Rolle von "Internationaler Konsens" in den Wählerpräferenzen (1871 - 1987)^a



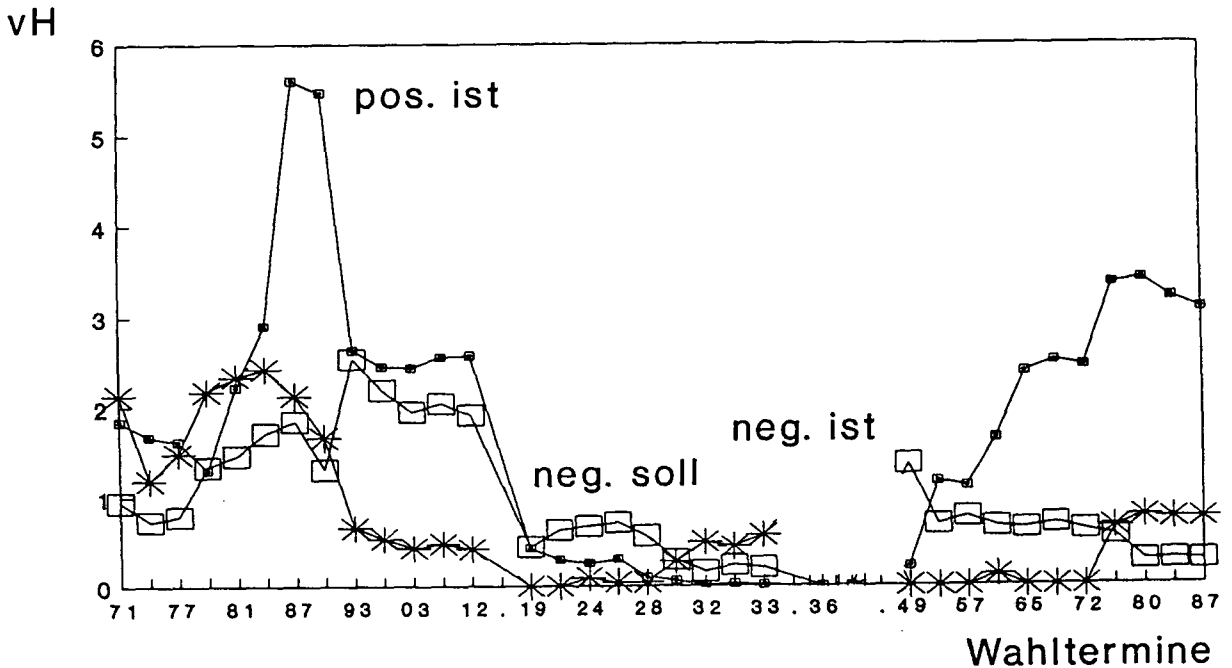
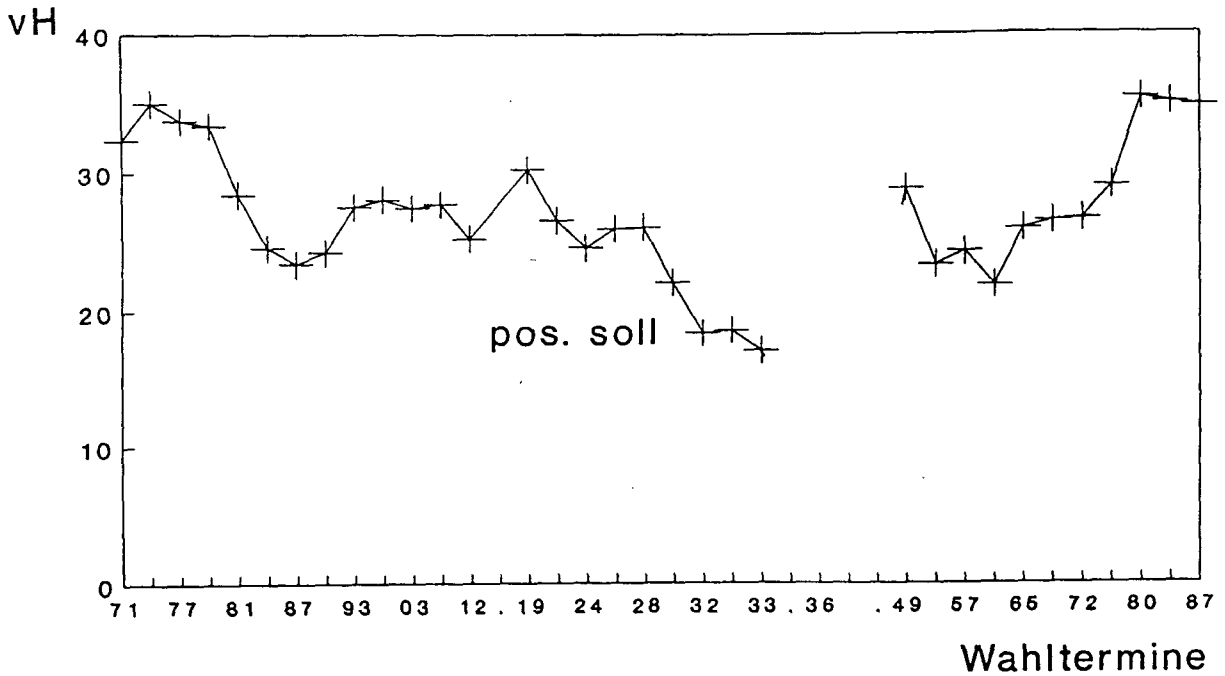
(a) Gemessen als vH-Anteil von "Intern. Konsens" an den gesamten Wählerpräferenzen:

$$\sum_i \left[\frac{\text{Stimmen für Partei } i}{\text{Abgegebene gültige Stimmen}} \times \frac{\text{Programmaussage } i \text{ (Intern. Konsens)}}{\text{Alle Programmaussagen } i} \right]$$

Programmaussage i bezieht sich auf die mit positiv (negativ) und soll (ist) bewertete Aussage im Programm der Partei i.

Quelle: Tabellen A 8 bis A 10.

Schaubild VI/8: Die Rolle von "Aufklärung" in den Wählerpräferenzen (1871 - 1987)^a



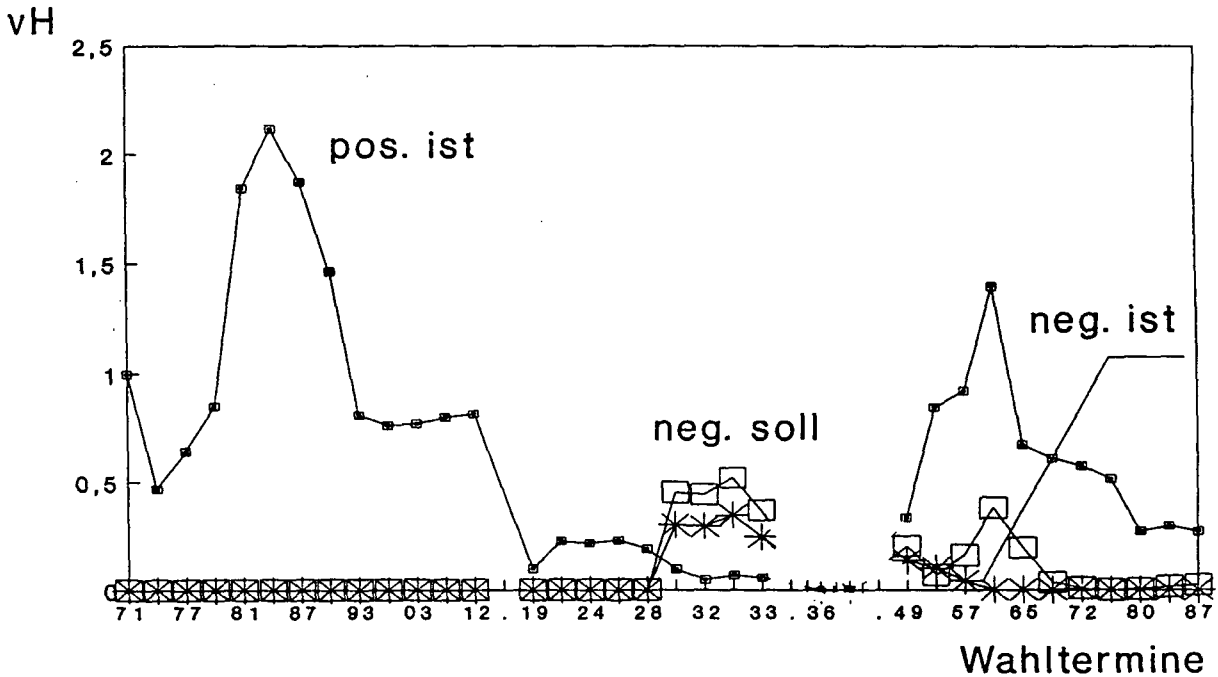
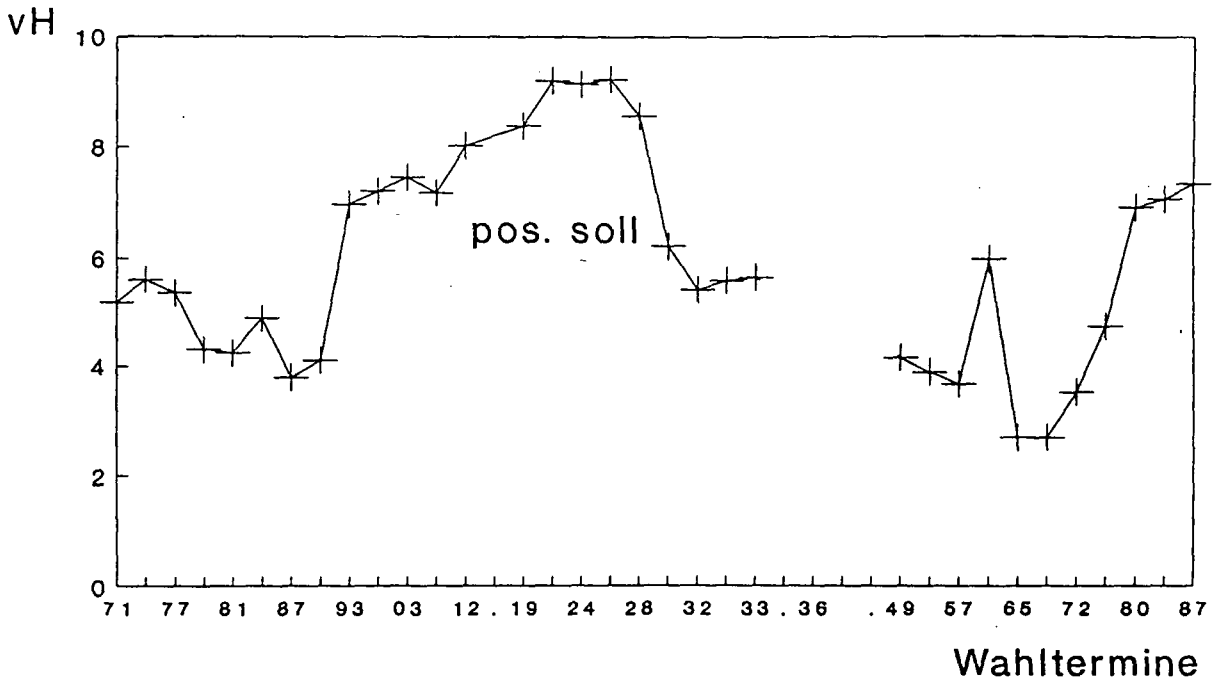
(a) Gemessen als vH-Anteil von "Aufklärung" an den gesamten Wählerpräferenzen:

$$\sum_i \left[\frac{\text{Stimmen für Partei } i}{\text{Abgegebene gültige Stimmen}} \times \frac{\text{Programmaussage } i \text{ (Aufklärung)}}{\text{Alle Programmaussagen } i} \right]$$

Programmaussage i bezieht sich auf die mit positiv (negativ) und soll (ist) bewertete Aussage im Programm der Partei i.

Quelle: Tabellen A 8 bis A 10.

Schaubild VI/9: Die Rolle von "Ethische Postulate" in den Wählerpräferenzen (1871 - 1987)^a



(a) Gemessen als vH-Anteil von "Eth. Postulate" an den gesamten Wählerpräferenzen:

$$\sum_i \left[\frac{\text{Stimmen für Partei } i}{\text{Abgegebene gültige Stimmen}} \times \frac{\text{Programmaussage } i \text{ (Eth. Postulate)}}{\text{Alle Programmaussagen } i} \right]$$

Programmaussage i bezieht sich auf die mit positiv (negativ) und soll (ist) bewertete Aussage im Programm der Partei i.

Quelle: Tabellen A 8 bis A 10.

Schwankungen im Zeitablauf unterliegen und zudem im Regelfall deutlich ausgeprägte Hoch- und Tiefpunkte aufweisen. Ob die langfristigen Schwankungen des Wertewandels mit den langfristigen Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung in einer Wirkungsbeziehung stehen, soll in einer weiterführenden Analyse untersucht werden. Die Untersuchungshypothese hierzu wird sein, daß im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs der Gerechtigkeitsgedanke in seinen verschiedenen Ausprägungen mehr und mehr an Bedeutung gewinnt und zu einer Zunahme von Preisverzerrungen, das heißt zu einem allmählichen Anstieg des Anteils leistungsunabhängiger Einkommen führt. Als Folge der schwächer werdenden Leistungsanreize kommt es zu Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit. Mit dem Fortschreiten von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit tritt das Gerechtigkeitsdenken wieder zurück und macht dem Leistungsgedanken Platz. Dies führt über abnehmende Preisverzerrungen zu einer Rückbildung der leistungsunabhängigen und einer Zunahme der leistungsabhängigen Einkommen und damit über zunehmende Investitionen zu steigender Beschäftigung und einer Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums.

Tabelle A 1 - Wahlen zum Reichstag 1871 bis 1912

Partei	Legislaturperiode Wahljahr	1. LP	2. LP	3. LP	4. LP	5. LP	6. LP	7. LP	8. LP	9. LP	10. LP	11. LP	12. LP	13. LP
		1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
Antisemiten	Stimmanteil (vH)							0,2	0,7	3,4	3,7	2,6	2,2	0,5
	Mandate							1	5	16	13	11	16	3
	Mandatsanteil (vH)							0,3	1,3	4,0	3,3	2,8	4,0	0,8
Dänen	Stimmanteil (vH)	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
	Mandate	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1
	Mandatsanteil (vH)	0,3	0,3	0,3	0,3	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Deutsche Fortschrittspartei														
	Stimmanteil (vH)	8,8	8,6	7,7	6,7	12,7								
	Mandate	46	49	35	26	60								
	Mandatsanteil (vH)	12,0	12,3	8,8	6,6	15,1								
Zentrum	Stimmanteil (vH)	18,0	27,9	24,8	23,1	23,2	22,6	20,1	18,6	19,1	18,8	19,8	19,4	16,4
	Mandate	61	91	93	94	100	99	98	106	96	102	100	105	91
	Mandatsanteil (vH)	16,0	22,9	23,4	23,7	25,2	24,9	24,7	26,7	24,2	25,7	25,2	26,5	22,9
Deutschkonservative Partei														
	Stimmanteil (vH)	14,1	6,9	9,7	13,0	16,3	15,2	15,2	12,4	13,5	11,1	10,0	9,4	9,2
	Mandate	57	22	40	59	50	78	80	73	72	56	54	60	43
	Mandatsanteil (vH)	14,9	5,5	10,1	14,9	12,6	19,7	20,2	18,4	18,1	14,1	13,6	15,1	10,8
Elsaß-Lothringen														
	Stimmanteil (vH)		4,5	3,7	3,1	3,0	2,9	3,1	1,4	1,5	1,4	1,1	0,9	1,3
	Mandate		15	15	15	15	15	15	10	8	10	9	7	9
	Mandatsanteil (vH)		3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	2,5	2,0	2,5	2,3	1,8	2,3
Fortschrittliche Volkspartei														
	Stimmanteil (vH)													12,3
	Mandate													42
	Mandatsanteil (vH)													10,6
Deutsche Reichspartei														
	Stimmanteil (vH)	8,9	7,2	7,9	13,6	7,4	6,8	9,8	6,7	5,7	4,4	3,5	4,2	3,0
	Mandate	37	33	38	57	28	28	41	20	28	23	21	24	14
	Mandatsanteil (vH)	9,7	8,3	9,6	14,4	7,1	7,1	10,3	5,0	7,1	5,8	5,3	6,1	3,5
Deutsche Freisinnige Partei														
	Stimmanteil (vH)						17,6	12,9	16,0					
	Mandate						67	32	66					
	Mandatsanteil (vH)						16,2	8,1	16,6					
Freisinnige Vereinigung														
	Stimmanteil (vH)									3,4	2,5	2,6	3,2	
	Mandate									13	12	9	14	
	Mandatsanteil (vH)									3,3	3,0	2,3	3,5	
Freisinnige Volkspartei														
	Stimmanteil (vH)									8,7	7,2	5,7	6,5	
	Mandate									24	29	21	28	
	Mandatsanteil (vH)									6,1	7,3	5,3	7,1	
Libérale Reichspartei														
	Stimmanteil (vH)	7,0	1,0											
	Mandate	30	3											
	Mandatsanteil (vH)	7,9	0,8											
Libérale Vereinigung														
	Stimmanteil (vH)					8,4								
	Mandate					46								
	Mandatsanteil (vH)					11,6								
Nationalliberale Partei														
	Stimmanteil (vH)	30,2	29,7	29,7	25,8	14,6	17,6	22,3	16,3	13,0	12,5	13,9	14,5	13,6
	Mandate	125	155	141	109	47	51	99	42	53	46	51	54	45
	Mandatsanteil (vH)	32,7	39,0	35,5	27,5	11,8	12,9	24,9	10,6	13,4	11,6	12,9	13,6	11,3

noch Tabelle A 1 - Wahlen zum Reichstag 1871 bis 1912

Partei	Legislaturperiode Wahljahr	1. LP	2. LP	3. LP	4. LP	5. LP	6. LP	7. LP	8. LP	9. LP	10. LP	11. LP	12. LP	13. LP
		1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
Polen	Stimmanteil (vH)	4,5	3,8	4,0	3,6	3,8	3,6	2,9	3,4	3,0	3,1	3,7	4,0	3,6
	Mandate	13	14	14	14	18	16	13	16	19	14	16	20	18
	Mandatsanteil (vH)	3,4	3,5	3,5	3,5	4,5	4,0	3,3	4,0	4,8	3,5	4,0	5,0	4,5
Sozialdemokratische Partei Deutschlands														
	Stimmanteil (vH)	3,2	6,8	9,1	7,6	6,1	9,7	10,1	19,7	23,3	27,2	31,7	29,0	34,8
	Mandate	2	9	12	9	12	24	11	35	44	56	81	43	110
	Mandatsanteil (vH)	0,5	2,3	3,0	2,3	0,4	6,1	8,8	8,8	11,1	14,1	20,4	10,8	27,7
Welfen	Stimmanteil (vH)	2,2	1,8	1,8	1,8	1,7	1,7	1,5	1,6	1,3	1,4	1,0	0,7	0,7
	Mandate	9	4	4	10	10	11	4	11	7	9	6	1	5
	Mandatsanteil (vH)	2,4	1,0	1,0	2,5	2,5	2,8	1,0	2,8	1,8	2,3	1,5	0,3	1,3
Bayrischer Bauernbund														
	Stimmanteil (vH)									0,9	1,8	1,2	0,7	0,4
	Mandate									4	5	4	1	2
	Mandatsanteil (vH)									1,0	1,3	1,0	0,3	0,5
Bund der Landwirte														
	Stimmanteil (vH)										1,4	1,3	1,1	0,2
	Mandate										6	4	8	2
	Mandatsanteil (vH)										1,5	1,0	2,0	0,5
Volkspartei	Stimmanteil (vH)	0,5	0,4	0,8	1,1	2,0	1,7	1,2	2,0	2,2	1,4	1,0	1,2	
	Mandate	1	1	4	3	9	7	0	10	11	8	6	7	
	Mandatsanteil (vH)	0,3	0,3	1,0	0,8	2,3	1,8	0	2,5	2,8	2,0	1,5	1,8	
Wirtschaftliche Vereinigung														
	Stimmanteil (vH)												0,9	2,5
	Mandate												5	10
	Mandatsanteil (vH)												1,3	2,5

Quelle: Kaiserliches Statistisches Amt, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin, lfd. Jgg. - Eigene Zusammenstellungen und Berechnungen.

Tabelle A 2 - Wahlen zum Reichstag 1919 bis 1933

Partei	Legislaturperiode	NV	1. LP	2. LP	3. LP	4. LP	5. LP	6. LP	7. LP	8. LP
	Wahljahr	1919	1920	1924(5)	1924(12)	1928	1930	1932(7)	1932(11)	1933
Bayerische Volkspartei										
	Stimmanteil (vH)		4,4	3,2	3,7	3,1	3,0	3,2	3,1	2,7
	Mandate		21	16	19	16	19	22	20	18
Christlich-Sozialer Volksdienst										
	Stimmanteil (vH)						2,5	1,0	1,1	1,0
	Mandate						14	3	5	4
Deutsch Hannoversche Partei										
	Stimmanteil (vH)	1,0	1,1	1,1	0,9	0,6	0,4	0,1	0,2	0,1
	Mandate	1	5	5	4	3	3	0	1	0
Deutsche Bauernpartei										
	Stimmanteil (vH)					1,6	1,0	0,4	0,4	0,3
	Mandate					8	6	2	3	2
Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei										
	Stimmanteil (vH)	18,6	8,3	5,7	6,3	4,9	3,8	1,0	0,9	0,8
	Mandate	75	39	28	32	25	20	4	2	5
Deutsche Volkspartei										
	Stimmanteil (vH)	4,4	13,9	9,2	10,1	8,7	4,5	1,2	1,09	1,1
	Mandate	19	65	45	51	45	30	7	11	2
Deutsche Zentrumspartei										
	Stimmanteil (vH)	19,0	13,6	13,4	13,6	12,1	11,8	12,4	11,9	11,2
	Mandate	91	64	65	69	62	68	75	70	74
Deutsch-Nationale Volkspartei										
	Stimmanteil (vH)	10,3	15,1	19,5	20,5	14,2	7,0	5,9	8,3	8,0
	Mandate	44	71	95	103	73	41	37	52	52
Kommunistische Partei Deutschlands										
	Stimmanteil (vH)		2,1	12,6	8,9	10,6	13,1	14,5	16,9	12,3
	Mandate		4	62	45	54	77	89	100	81
Landbund										
	Stimmanteil (vH)			2,0	1,6	0,6	0,6	0,3	0,3	0,2
	Mandate			10	8	3	3	2	2	1
Landvolk										
	Stimmanteil (vH)					1,9	3,2	0,2	0,1	
	Mandate					10	19	1	0	
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei										
	Stimmanteil (vH)			6,6	3,0	2,6	18,3	37,3	33,1	43,9
	Mandate			32	14	12	107	230	196	288
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes										
	Stimmanteil (vH)	0,9	0,8	2,4	3,3	4,5	3,9	0,4	0,3	
	Mandate	4	4	10	17	23	23	2	1	
Sozialdemokratische Partei Deutschlands										
	Stimmanteil (vH)	37,9	21,6	20,5	26,0	29,8	24,5	21,6	20,4	18,3
	Mandate	163	102	100	131	153	143	133	121	120
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands										
	Stimmanteil (vH)	7,6	17,9	0,8	0,3	0,1				
	Mandate	22	84	0	0	0				
Volksrechtspartei										
	Stimmanteil (vH)					1,6	0,8	0,1	0,1	
	Mandate					2	0	1	0	

Quelle: Statistisches Reichsamt, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin, lfd. Jgg. - Eigene Zusammenstellungen und Berechnungen.

Tabelle A 3 - Wahlen zum Deutschen Bundestag 1949 bis 1987

Legislaturperiode	1. LP	2. LP	3. LP	4. LP	5. LP	6. LP	7. LP	8. LP	9. LP	10. LP	11. LP	
Wahljahr	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	
Partei												
Aktion Demokratischer Fortschritt												
Stimmanteil (vH)	0,6											
Mandate												
Bayernpartei												
Stimmanteil (vH)	4,2	1,7										
Mandate	17	0										
Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten												
Stimmanteil (vH)	5,9		4,6									
Mandate	27		0									
Christliche-DEMOKRATISCHE Union Deutschlands/Christlich Soziale Union												
Stimmanteil (vH)	31,0	45,2	50,2	45,3	47,6	46,1	44,9	48,6	44,5	48,8	44,3	
Mandate	139	243	270	242	245	242	225	243	226	244	223	
Deutsche Friedensunion												
Stimmanteil (vH)				1,9	1,3							
Mandate				0	0							
Deutsche Partei												
Stimmanteil (vH)	4,0	3,3	3,4									
Mandate	17	15	17									
Deutsche Reichspartei												
Stimmanteil (vH)	1,8	1,1	1,0	0,8								
Mandate	5	0	0	0								
Deutsche Zentrumspartei												
Stimmanteil (vH)	3,1	0,8										
Mandate	10	3										
Die Grünen												
Stimmanteil (vH)									1,4	5,3	8,0	
Mandate									0	27	42	
Föderalistische Union												
Stimmanteil (vH)			0,9									
Mandate			0									
Freie Demokratische Partei												
Stimmanteil (vH)	11,9	9,5	7,7	12,8	9,5	5,8	8,4	7,9	10,6	7,0	9,1	
Mandate	52	48	41	67	49	30	41	39	53	34	46	
Gesamtdeutsche Partei												
Stimmanteil (vH)				2,8								
Mandate				0								
Gesamtdeutsche Volkspartei												
Stimmanteil (vH)			1,2									
Mandate			0									
Kommunistische Partei Deutschlands/Deutsche Kommunistische Partei												
Stimmanteil (vH)	5,7	2,2							0,3			
Mandate	15	0							0			
Nationaldemokratische Partei Deutschlands												
Stimmanteil (vH)						2,0	4,3	0,6				
Mandate						0	0	0				
Sozialdemokratische Partei Deutschlands												
Stimmanteil (vH)	29,2	28,8	31,8	36,2	39,3	42,7	45,8	42,6	42,9	38,2	37,0	
Mandate	131	151	169	190	202	224	230	214	218	193	186	
Südschleswigscher Wählerverband												
Stimmanteil (vH)	0,3	0,2	0,1	0,1								
Mandate	1	0	0	0								
Wirtschaftliche Wiederaufbau Vereinigung												
Stimmanteil (vH)	2,9											
Mandate	12											

Tabelle A 4 - Gesellschaftlicher Wertewandel: Bilderschema

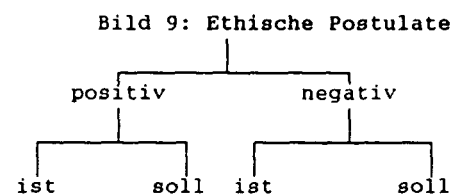
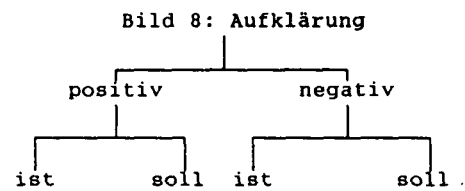
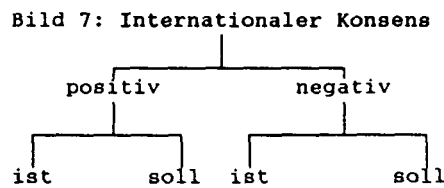
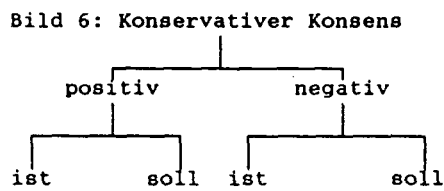
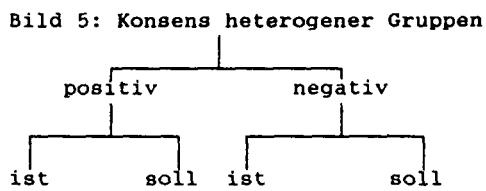
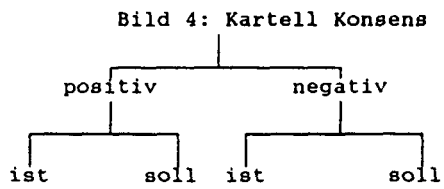
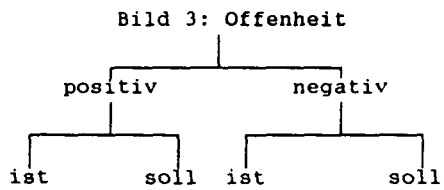
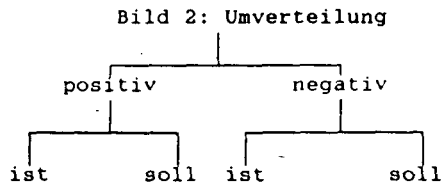
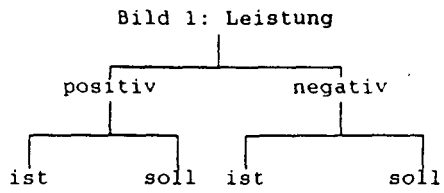


Tabelle A 5 - Berücksichtigte Parteien und Wählergruppen - Referenzliste

Lfd. Nr.	Kürzel	Offizielle Bezeichnung ¹	Periode ²	Größter Jahr	Wahlerfolg vH
1	ADF	Aktion Demokratischer Fortschritt ³	BRD	1969	0,6
2	ANT	Antisemiten/Wirtschaftliche Vereinigung ^{4,5}	KR	1898	3,7
3	BVP	Bayerische Volkspartei	WR	1920	4,4
4	BP	Bayernpartei	BRD	1949	4,2
5	BHE/GB	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten/Gesamtdeutscher Block	BRD	1953	5,9
6	CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	BRD		
7	CSU	Christlich Soziale Union in Bayern	BRD	1957	50,2
8	CSV	Christlich-Sozialer Volksdienst ⁵	WR	1930	2,5
9	DÄN	Dänen ^{1,6}	KR	1871	0,5
10	DHP	Deutsch Hannoversche Partei	WR	1920/24	1,1
11	DBP	Deutsche Bauernpartei ³	WR	1928	1,6
12	DDP/DSP	Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei	WR	1919	18,6
13	DFP	Deutsche Fortschrittspartei	KR	1881	12,7
14	DFU	Deutsche Friedens-Union	BRD	1961	1,9
15	DP	Deutsche Partei	BRD	1949	4,0
16	DreP	Deutsche Rechtspartei/Deutsche Reichspartei	BRD	1949	1,8
17	DVP	Deutsche Volkspartei	WR	1920	13,9
18	DZP	Deutsche Zentrumspartei ⁸	KR, WR, BRD	1949	3,1
19	DKVP	Deutschnationale Partei	KR	1881	16,3
20	DNVP	Deutschnationale Volkspartei/Deutschnationale Front	WR	1924/Dez.	20,5
21	GRÜNE	Die Grünen	BRD	1987	8,0
22	EL	Elsaß-Lothringen ^{4,9}	KR	1874	4,5
23	FU	Föderalistische Union	BRD	1957	0,9
24	FVP	Fortschrittliche Volkspartei	KR	1912	12,3
25	FDP	Freie Demokratische Partei	BRD	1949	11,9
26	FKVP	Deutsche Reichspartei/Freikonservative Partei ⁴	KR	1878	13,6
27	FSP	Deutsche Freisinnige Partei ⁴	KR	1884	17,6
28	FSV	Freisinnige Vereinigung ⁴	KR	1893	3,4
29	FSVP	Freisinnige Volkspartei ⁴	KR	1893	8,7
30	GDP	Gesamtdeutsche Partei ¹⁰	BRD	1969	2,8
31	GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei ¹¹	BRD	1953	1,2
32	KPD/DKP	Spartakusbund/Kommunistische Partei Deutschlands/ Deutsche Kommunistische Partei ¹²	WR	1932/Nov.	16,9
			BRD	1949	5,7
33	LB	Landbund ^{4,13}	WR	1924/Mai	2,0
34	LaV	Landvolk ⁴	WR	1930	3,2
35	LRP	Liberale Reichspartei ^{4,14}	KR	1871	7,0
36	LV	Liberale Vereinigung ^{4,15}	KR	1881	8,4
37	NPD	National Demokratische Partei Deutschlands	BRD	1969	4,3
38	NLP	Nationalliberale Partei	KR	1871	30,2
39	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	WR	1933	43,9
40	POL	Polen	KR	1871	4,5
41	WP	Reichspartei des Deutschen Mittelstandes/Wirtschaftspartei ⁴	WR	1928	4,5
42	REP	Republikaner	BRD	---	---
43	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	KR, WR, BRD	1972	45,8
44	SSW	Südschleswiger Wählerverband	BRD	1949	0,3
45	USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands	WR	1920	17,9
46	WEL	Welfen	KR	1871	2,2
47	WAV	Wirtschaftliche Wiederaufbau-Vereinigung	BRD	1949	2,9

1 Hervorgehobene Parteiennamen geben jene Parteien an, deren Programme ausgewertet wurden.

2 KR = Kaiserreich (1871 - 1912)
WR = Weimarer Republik (1919 - 1933)
BRD = Bundesrepublik Deutschland (1949 - 1987)

3 Wahlbündnis aus DKP und DFU

4 Eigene Abkürzung

5 Antisemiten traten bei den Reichstagswahlen 1887-1903 als Splittergruppen unter den parteinamen Christlich-Soziale Partei, Deutsche Reformpartei, Deutsch-Soziale Reformpartei und Deutsch-Soziale Partei auf. Ab 1907 erscheint in dieser Rubrik auch die Wirtschaftliche Vereinigung, in der die Antisemiten als dominierende Rolle aufgegangen sind.

6 Die in Schleswig-Holstein den sowohl für die Partikularisten als auch für die Protestpartei abgegebenen Stimmen wurden hier den Dänen zugerechnet, sofern in der amtlichen Statistik keine weiteren Angaben gemacht wurden.

7 Ab 1884 Freisinnige Partei, ab 1893 Freisinnige Volkspartei, ab 1910 aufgegangen in den fortschrittlichen Volksparteien
Vor 1911: Zentrum. 1919 lediglich Christliche Volkspartei (CVP).

9 Hier wurden - wie üblich - die in Elsaß-Lothringen bis 1878 für das Zentrum abgegebenen Stimmen den Elsaß-Lothringern zugerechnet, ebenso die in der amtlichen Statistik 1874-78 dem Zentrum zukommenden Abgeordneten, die als "nicht zur Fraktion" gehörig bezeichnet wurden.

10 Entsteht im April 1961 aus BHE/GP und DP.

11 Wahlbündnis regionaler Parteien.

12 Gründung der DKP: 1968.

13 Wahlbündnis regionaler Bauernparteien.

14 Absplitterung der Nationalliberalen Partei.

15 Ab 1893 Freisinnige Vereinigung, ab 1910 aufgegangen in der Fortschrittlichen Volkspartei.

Tabelle A 6 - Die Programmparteien

Lfd. Nr. ^a	Offizielle Bezeichnung	Ausgewertete Programme
5	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten Gesamtdeutscher Block	1952
6	Christlich Demokratische Union Deutschlands	1947, 1949, 1953, 1971, 1978
12	Deutsche Demokratische Partei	1919
13	Deutsche Fortschrittspartei	1861, 1878
17	Deutsche Volkspartei	1919
18	Deutsche Zentrumspartei	1870, 1871, 1894, 1922
19	Deutschkonservative Partei	1876, 1892
20	Deutschnationale Volkspartei	1920
21	Die Grünen	1980
25	Freie Demokratische Partei	1949, 1953, 1957, 1967, 1971
26	Freikonservative Partei/Deutsche Reichspartei	1867
27	Freisinnige Partei	1884
29	Freisinnige Volkspartei	1894
32	Spartakusbund/Kommunistische Partei Deutschlands/ Deutsche Kommunistische Partei	1918, 1930
38	Nationalliberale Partei	1867, 1881
39	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	1920
42	Republikaner	1980
43	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1869, 1875, 1891, 1921, 1925, 1952, 1959, 1961, 1975
45	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1919

^aVgl. Tabelle A 5.

Tabelle A 7: Wertausagen in Parteiprogrammen, 1961 bis 1990

Lfd.Nr.	Partei	Programmwertausage in vH aller Wertausagen des Programms von																			
		Bild 1				Bild 2				Bild 3				Bild 4				Bild 5			
		positiv		negativ		positiv		negativ		positiv		negativ		positiv		negativ		positiv		negativ	
ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll		
1	Deutsche Fortschrittspartei	1361	0.0	4.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.2	0.0	0.0	4.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
2	Nationalliberale Partei	1367	0.0	1.5	0.0	0.0	3.0	1.5	0.0	0.0	0.0	20.9	0.0	1.5	0.0	1.5	0.0	1.5	1.5	0.0	
3	Freikonservative Partei	1367	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	14.7	0.0	0.0	0.0	0.0	3.0	0.0	0.0	0.0	
4	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Eisenach)	1369	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	20.0	0.0	0.0	0.0	14.0	0.0	4.0	0.0	4.0	0.0	0.0	0.0	2.0	
5	Deutsche Zentrumspartei	1370	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	10.5	0.0	0.0	15.8	10.5	5.3	5.3	0.0	3.0	0.0	0.0	5.3	0.0	
6	Deutsche Zentrumspartei	1371	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	23.7	0.0	0.0	0.0	13.2	0.0	7.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
7	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Gotha)	1375	1.6	0.0	0.0	1.6	0.0	21.3	0.0	0.0	0.0	13.1	0.0	16.4	0.0	0.0	0.0	1.6	0.0	6.6	
8	Deutschkonservative Partei	1376	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.9	14.7	17.6	5.9	0.0	0.0	0.0	2.9	2.9	0.0	
9	Deutsche Fortschrittspartei	1378	0.0	2.7	0.0	0.0	0.0	18.9	0.0	0.0	0.0	21.6	0.0	5.4	0.0	0.0	0.0	5.4	0.0	0.0	
10	Nationalliberale Partei	1381	0.0	3.6	0.0	0.0	0.0	14.3	0.0	0.0	7.1	10.7	0.0	7.1	0.0	0.0	0.0	3.6	0.0		
11	Deutsche Freisinnige Partei	1384	0.0	3.7	0.0	0.0	3.7	7.4	0.0	0.0	22.2	7.4	3.7	0.0	0.0	0.0	7.4	0.0	0.0		
12	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Erfurt)	1391	0.0	2.0	0.0	0.0	0.0	20.0	0.0	1.0	0.0	16.0	0.0	1.0	0.0	0.0	2.0	0.0	6.0		
13	Deutschkonservative Partei	1392	0.0	6.3	1.6	1.6	0.0	6.3	0.0	1.6	4.7	3.1	0.0	15.6	0.0	1.6	0.0	1.6	0.0		
14	Deutsche Zentrumspartei	1394	0.0	7.3	0.0	0.0	0.0	16.4	0.0	0.0	0.0	1.8	0.0	16.4	0.0	0.0	0.0	1.8	0.0		
15	Freisinnige Volkspartei	1394	0.0	6.1	0.0	1.0	0.0	11.1	0.0	0.0	1.0	14.1	0.0	3.0	0.0	0.0	4.0	0.0	3.0		
16	Kommunistische Partei Deutschlands	1918	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	20.9	0.0	0.0	0.0	2.3	0.0	3.5	0.0	0.0	0.0	0.0	5.8		
17	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1919	0.0	0.8	0.0	0.0	0.0	12.2	0.0	0.0	0.0	7.3	0.0	5.7	0.8	3.1	0.0	0.0	3.3		
18	Deutsche Volkspartei	1919	0.0	9.1	0.0	1.4	0.0	14.6	0.0	0.9	0.9	11.9	1.8	7.3	0.0	0.5	0.0	1.4	0.0		
19	Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei	1919	1.6	11.3	0.0	0.8	0.0	5.6	0.0	1.6	0.0	13.7	0.0	6.5	0.0	0.0	0.0	1.6	0.0		
20	Deutschnationale Volkspartei	1920	1.1	10.3	0.0	0.5	0.0	15.1	0.0	1.1	0.0	12.4	0.0	6.5	0.0	0.0	0.0	2.7	0.0		
21	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	1920	0.0	9.9	1.2	1.2	0.0	19.8	2.5	0.0	1.2	6.2	0.0	24.7	0.0	2.5	0.0	0.0	1.2		
22	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Görlitz)	1921	0.0	5.3	0.0	2.0	0.0	18.4	0.0	0.0	0.0	9.9	0.0	3.3	0.7	0.7	2.0	0.0	5.3		
23	Deutsche Zentrumspartei	1922	0.0	11.2	0.0	0.9	0.0	18.8	0.0	0.4	0.0	10.3	0.0	8.5	0.0	0.0	0.0	2.7	0.0		
24	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Heidelberg)	1925	0.5	1.4	0.5	0.5	0.0	12.5	0.0	0.0	0.0	11.1	0.5	4.6	1.4	0.5	0.5	4.2	0.0		
25	Kommunistische Partei Deutschlands	1930	0.0	1.9	0.0	1.9	0.0	20.0	0.0	0.0	0.0	5.7	0.0	7.6	0.0	0.0	0.0	4.8	0.0		
26	Christlich Demokratische Union Deutschlands (Ahlten)	1947	0.0	6.3	0.0	0.0	0.9	26.8	0.0	0.9	0.9	14.3	0.0	0.0	0.0	1.8	0.0	11.6	0.0		
27	Christlich Demokratische Union Deutschlands (Düsseldorf)	1949	0.0	17.1	0.0	0.0	0.0	17.1	0.0	2.9	0.0	11.4	0.0	2.9	0.0	0.0	0.0	5.7	0.0		
28	Freie Demokratische Partei (Bremen)	1949	0.0	13.4	0.0	0.0	0.0	9.8	0.0	2.7	0.9	14.7	0.4	4.9	0.0	0.0	0.0	1.3	0.0		
29	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Dortmund)	1952	0.7	8.0	0.0	0.1	0.3	22.8	0.3	0.6	0.3	11.0	0.4	4.5	0.0	0.1	0.0	2.4	0.0		
30	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten	1952	0.0	5.8	0.0	0.0	0.0	8.3	0.0	0.8	1.7	17.5	0.0	5.8	0.0	0.0	0.0	1.7	0.8		
31	Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hamburg)	1953	3.6	9.9	0.0	0.0	2.1	25.0	0.0	4.7	0.5	5.7	0.0	2.1	0.0	0.0	0.0	3.6	1.0		
32	Freie Demokratische Partei (Lübeck)	1953	0.0	11.8	0.0	0.8	0.0	13.4	0.0	5.5	0.8	24.4	0.0	7.9	0.0	0.0	1.6	0.0	0.0		
33	Freie Demokratische Partei (Berlin)	1957	0.3	9.7	0.0	1.6	0.0	14.9	0.0	1.6	0.3	20.4	0.3	3.9	0.0	0.0	1.3	0.0	0.6		
34	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Godesberg)	1959	0.0	3.6	0.3	0.3	0.9	14.7	0.0	0.3	2.7	15.9	0.0	1.5	0.0	0.6	0.0	5.1	1.5		
35	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Bonn)	1961	0.9	7.3	0.0	0.4	0.0	17.3	0.0	0.0	0.0	11.1	0.2	2.0	0.0	0.0	0.0	3.3	0.0		
36	Freie Demokratische Partei (Hannover)	1967	0.3	14.6	0.0	0.6	0.3	9.2	0.0	0.6	0.6	16.2	0.0	4.5	0.0	0.0	1.4	0.0	0.0		
37	Christlich Demokratische Union Deutschlands (Berlin)	1971	0.0	7.7	0.0	0.0	0.0	23.8	0.0	1.5	0.2	9.0	0.0	3.3	0.0	3.8	0.0	1.7	0.0		
38	Freie Demokratische Partei (Freiburg)	1971	0.5	3.8	0.0	0.8	0.0	26.8	0.0	0.5	0.0	10.8	0.0	1.1	0.0	0.3	0.5	1.1	0.0		
39	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Nannheim)	1975	4.5	5.3	0.0	0.8	0.8	7.5	0.0	0.0	2.3	13.5	1.5	1.5	0.0	0.0	0.0	3.8	0.0		
40	Christlich Demokratische Union Deutschlands (Ludwigshafen)	1978	0.1	8.1	0.0	1.0	0.7	8.7	0.0	1.4	1.4	17.3	0.2	3.2	0.0	0.0	0.1	2.4	0.2		
41	Die Grünen	1980	0.0	3.3	1.0	3.6	0.0	22.4	1.1	0.0	0.1	8.0	0.0	2.1	0.0	0.0	0.5	1.7	0.0		
42	Republikaner	1980	0.0	11.2	0.0	0.3	0.0	7.5	0.0	2.8	0.3	10.9	0.6	14.9	0.0	0.0	0.0	1.9	0.0		

Quelle: Eigene Auswertungen, Zusammenstellungen und Berechnungen.

noch Tabelle A 7: Wertausagen in Parteiprogrammen, 1861 bis 1980

Lfd. Nr.	Partei	Programm Wertaussage in %H aller Wertaussagen des Programms																Insgesamt	
		Bild 6		Bild 7		Bild 8		Bild 9		Bild 10		Bild 11		Bild 12					
		positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ	positiv	negativ				
ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll				
1	Deutsche Fortschrittspartei	1861	12.5	8.3	0.0	0.0	0.0	0.0	12.5	0.0	4.2	37.5	0.0	0.0	0.0	12.5	0.0	0.0	100
2	Nationalliberale Partei	1867	4.5	14.9	0.0	0.0	0.0	1.5	0.0	4.5	3.0	35.8	0.0	0.0	0.0	1.5	0.0	0.0	100
3	Freikonservative Partei	1867	8.8	20.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.9	35.3	5.9	8.8	0.0	2.9	0.0	0.0	100
4	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Eisenach)	1869	2.0	2.0	4.0	2.0	2.0	0.0	0.0	0.0	0.0	26.0	0.0	0.0	0.0	8.0	0.0	0.0	100
5	Deutsche Zentrumspartei	1870	10.5	0.0	5.3	0.0	0.0	5.3	0.0	0.0	0.0	10.5	0.0	0.0	10.5	5.3	0.0	0.0	100
6	Deutsche Zentrumspartei	1871	0.0	2.6	0.0	0.0	0.0	2.6	0.0	0.0	0.0	42.1	0.0	0.0	0.0	7.9	0.0	0.0	100
7	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Gotha)	1875	0.0	0.0	1.6	0.0	0.0	3.3	0.0	0.0	0.0	26.2	0.0	0.0	0.0	6.6	0.0	0.0	100
8	Deutschkonservative Partei	1876	14.7	0.0	2.9	2.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	8.8	8.8	0.0	5.9	5.9	0.0	0.0	100
9	Deutsche Fortschrittspartei	1878	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	45.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100
10	Nationalliberale Partei	1881	17.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	10.7	10.7	0.0	3.6	3.6	0.0	0.0	0.0	100
11	Deutsche Freisinnige Partei	1884	0.0	3.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	13.5	22.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100
12	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Erfurt)	1891	0.0	2.0	2.0	0.0	2.0	1.0	0.0	0.0	0.0	23.0	0.0	0.0	0.0	12.0	0.0	0.0	100
13	Deutschkonservative Partei	1892	6.3	3.1	0.0	0.0	1.6	0.0	3.1	3.1	4.7	15.6	1.6	7.8	1.6	7.8	0.0	0.0	100
14	Deutsche Zentrumspartei	1894	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.8	0.0	45.5	0.0	0.0	0.0	7.3	0.0	0.0	100
15	Freisinnige Volkspartei	1894	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.0	1.0	0.0	0.0	46.5	0.0	1.0	0.0	3.0	0.0	0.0	100
16	Kommunistische Partei Deutschlands	1918	0.0	0.0	5.8	33.7	0.0	1.2	0.0	2.3	0.0	14.0	0.0	0.0	0.0	8.1	0.0	0.0	100
17	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1919	0.0	0.0	13.8	0.8	0.8	6.5	0.0	1.6	0.0	19.5	0.0	0.0	0.0	7.3	0.0	0.0	100
18	Deutsche Volkspartei	1919	1.8	6.4	0.0	0.0	0.0	3.2	0.0	0.0	0.5	21.5	0.0	1.4	0.9	12.2	0.0	0.0	100
19	Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei	1919	0.8	3.2	0.0	0.0	0.0	4.8	0.0	0.0	0.8	34.7	0.0	0.8	0.0	12.1	0.0	0.0	100
20	Deutschnationale Volkspartei	1920	1.1	8.6	0.0	0.0	0.0	3.2	0.0	0.5	0.0	20.0	0.0	2.2	0.5	14.1	0.0	0.0	100
21	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	1920	0.0	9.9	3.7	0.0	0.0	1.2	0.0	2.5	0.0	6.2	1.2	0.0	0.0	4.9	0.0	0.0	100
22	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Görlitz)	1921	0.7	1.3	2.0	2.0	0.0	6.6	0.7	0.7	0.7	26.3	0.0	0.0	0.0	5.3	0.0	0.0	100
23	Deutsche Zentrumspartei	1922	0.0	1.3	0.0	0.0	0.0	6.3	0.0	0.0	0.0	29.1	0.0	1.3	0.0	8.1	0.0	0.0	100
24	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Heidelberg)	1925	0.0	4.2	2.3	2.3	0.0	5.6	0.0	1.4	0.0	26.9	0.0	0.0	0.0	5.1	0.0	0.0	100
25	Kommunistische Partei Deutschlands	1930	0.0	0.0	15.2	4.8	0.0	1.9	4.8	4.8	0.0	11.4	0.0	0.0	0.0	1.9	2.9	2.9	100
26	Christlich Demokratische Union Deutschlands (Ahlen)	1947	0.9	0.0	0.0	0.0	0.0	2.7	0.0	0.9	0.0	17.9	0.0	0.0	0.0	5.4	0.9	0.9	100
27	Christlich Demokratische Union Deutschlands (Düsseldorf)	1949	0.0	2.9	0.0	0.0	0.0	2.9	0.0	0.0	0.0	28.6	0.0	2.9	0.0	2.9	0.0	0.0	100
28	Freie Demokratische Partei (Bremen)	1949	0.4	2.7	0.0	0.0	0.9	3.1	0.0	0.0	0.4	33.0	0.0	0.4	0.9	8.9	0.0	0.0	100
29	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Dortmund)	1952	0.4	1.7	3.1	0.3	0.1	7.8	0.3	0.0	0.4	28.9	0.0	0.6	0.6	3.9	0.0	0.0	100
30	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten	1952	0.0	5.0	0.0	0.0	0.0	7.5	0.0	0.0	1.7	27.5	0.0	0.0	2.5	11.7	0.8	0.0	100
31	Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hamburg)	1953	0.0	0.5	0.0	0.0	1.0	11.5	0.5	0.5	1.6	20.3	0.0	1.0	1.0	3.1	0.0	0.0	100
32	Freie Demokratische Partei (Ubeck)	1953	0.0	3.9	0.0	0.0	0.0	5.5	0.0	0.0	1.6	18.9	0.0	0.0	0.0	3.1	0.0	0.0	100
33	Freie Demokratische Partei (Berlin)	1957	0.0	2.3	0.0	0.3	0.6	7.8	0.0	0.0	0.6	28.8	0.0	0.3	0.6	1.6	0.0	1.9	100
34	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Godesberg)	1959	0.0	3.9	0.3	0.0	0.0	7.2	0.6	0.0	2.1	21.3	0.3	0.3	2.1	11.1	0.0	0.3	100
35	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Bonn)	1961	0.0	4.0	2.0	0.0	0.9	10.4	1.1	0.2	3.8	31.9	0.0	0.2	0.2	2.4	0.0	0.0	100
36	Freie Demokratische Partei (Hannover)	1967	0.6	0.8	1.1	0.0	0.3	10.9	0.0	0.0	0.6	34.5	0.0	1.4	0.0	1.1	0.0	0.6	100
37	Christlich Demokratische Union Deutschlands (Berlin)	1971	0.0	0.4	1.7	0.0	0.2	7.3	0.2	0.0	0.0	35.8	0.0	0.6	0.0	5.4	0.0	0.0	100
38	Freie Demokratische Partei (Freiburg)	1971	0.3	0.8	0.5	1.1	0.0	1.9	0.0	0.0	0.0	31.4	0.0	0.5	0.0	11.6	0.0	0.0	100
39	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Mannheim)	1975	0.0	0.0	1.5	0.8	0.0	2.3	0.8	0.0	6.0	38.3	1.5	0.0	0.0	5.3	0.0	0.0	100
40	Christlich Demokratische Union Deutschlands (Ludwigshafen)	1978	0.7	0.4	0.5	0.0	0.5	6.6	0.1	0.2	1.8	33.6	0.2	0.5	0.6	7.2	0.0	0.0	100
41	Die Grünen	1980	0.4	0.2	2.3	5.2	0.0	3.4	0.4	0.2	0.0	28.6	0.8	0.1	0.0	12.8	0.0	0.3	100
42	Republikaner	1980	0.0	6.8	0.0	0.0	0.0	2.8	1.2	1.6	0.3	22.0	0.0	1.2	0.3	13.4	0.0	0.0	100

Quelle: Eigene Auswertungen, Zusammenstellungen und Berechnungen.

Partei	Programme von	Gewicht	a Wertestruktur																			
			Bild 1				Bild 2				Bild 3				Bild 4				Bild 5			
			pos		neg		pos		neg		pos		neg		pos		neg		pos		neg	
ist	soil	ist	soil	ist	soil	ist	soil	ist	soil	ist	soil	ist	soil	ist	soil	ist	soil	ist	soil			
9. Legislaturperiode, 1893																						
FKVP	1867	0.068	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.006	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	
DZP	1871	0.229	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	5.431	0.000	0.000	0.000	3.017	0.000	1.810	0.000	0.000	0.000	0.900	0.000	0.000	0.000	
FSVP	1894	0.104	0.000	0.633	0.000	0.105	0.000	1.160	0.000	0.000	0.105	1.477	0.000	0.316	0.000	0.000	0.000	0.422	0.000	0.316	0.000	
NLP	1881	0.156	0.000	0.557	0.000	0.000	0.000	2.229	0.000	0.000	1.115	1.672	0.000	1.115	0.000	0.000	0.000	0.557	0.000	1.115	0.000	
DKVP	1892	0.162	0.000	1.013	0.253	0.253	0.000	1.013	0.000	0.253	0.760	0.506	0.000	2.532	0.000	0.253	0.000	0.253	0.000	0.000	0.000	
SPD	1891	0.280	0.000	0.559	0.000	0.000	0.000	5.594	0.000	0.280	0.000	4.475	0.000	0.280	0.000	0.000	0.000	0.559	0.000	0.559	1.678	
Summe		83.3	0.000	2.763	0.253	0.359	0.000	15.428	0.000	0.533	1.980	12.154	0.000	6.053	0.000	0.253	0.000	1.792	0.000	1.991	1.678	
10. Legislaturperiode, 1898																						
NLP	1881	0.154	0.000	0.550	0.000	0.000	0.000	2.199	0.000	0.000	1.100	1.649	0.000	1.100	0.000	0.000	0.000	0.550	0.000	1.100	0.000	
FSVP	1894	0.089	0.000	0.537	0.000	0.090	0.000	0.985	0.000	0.000	0.090	1.254	0.000	0.269	0.000	0.000	0.000	0.358	0.000	0.269	0.000	
DKVP	1892	0.137	0.000	0.854	0.214	0.214	0.000	0.854	0.000	0.214	0.641	0.427	0.000	2.136	0.000	0.214	0.000	0.214	0.000	0.000	0.000	
FKVP	1867	0.054	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.797	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	
DZP	1894	0.232	0.000	1.684	0.000	0.000	0.000	3.789	0.000	0.000	0.000	0.421	0.000	3.789	0.000	0.000	0.000	0.421	0.000	0.421	0.000	
SPD	1891	0.335	0.000	0.670	0.000	0.000	0.000	6.700	0.000	0.335	0.000	5.360	0.000	0.335	0.000	0.000	0.000	0.670	0.000	0.670	2.010	
Summe		81.2	0.000	4.295	0.214	0.303	0.000	14.527	0.000	0.549	1.830	9.908	0.000	7.628	0.000	0.214	0.000	2.213	0.000	2.459	2.010	
11. Legislaturperiode, 1903																						
FKVP	1867	0.041	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.608	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	
DZP	1894	0.234	0.000	1.702	0.000	0.000	0.000	3.830	0.000	0.000	0.000	0.426	0.000	3.830	0.000	0.000	0.000	0.426	0.000	0.426	0.000	
DKVP	1892	0.118	0.000	0.739	0.185	0.185	0.000	0.739	0.000	0.185	0.554	0.369	0.000	1.847	0.000	0.185	0.000	0.185	0.000	0.000	0.000	
NLP	1881	0.164	0.000	0.587	0.000	0.000	0.000	2.347	0.000	0.000	1.174	1.760	0.000	1.174	0.000	0.000	0.000	0.587	0.000	1.174	0.000	
FSVP	1894	0.067	0.000	0.408	0.000	0.068	0.000	0.749	0.000	0.000	0.068	0.953	0.000	0.204	0.000	0.000	0.000	0.272	0.000	0.204	0.000	
SPD	1891	0.375	0.000	0.749	0.000	0.000	0.000	7.494	0.000	0.375	0.000	5.995	0.000	0.375	0.000	0.000	0.000	0.749	0.000	0.749	2.248	
Summe		84.6	0.000	4.185	0.185	0.253	0.000	15.158	0.000	0.559	1.796	10.112	0.000	7.429	0.000	0.185	0.000	2.219	0.000	2.553	2.248	
12. Legislaturperiode, 1907																						
DZP	1894	0.234	0.000	1.700	0.000	0.000	0.000	3.825	0.000	0.000	0.000	0.425	0.000	3.825	0.000	0.000	0.000	0.425	0.000	0.425	0.000	
DKVP	1892	0.113	0.000	0.708	0.177	0.177	0.000	0.708	0.000	0.177	0.531	0.354	0.000	1.770	0.000	0.177	0.000	0.177	0.000	0.000	0.000	
FSVP	1894	0.078	0.000	0.475	0.000	0.079	0.000	0.870	0.000	0.000	0.079	1.107	0.000	0.237	0.000	0.000	0.000	0.316	0.000	0.237	0.000	
FKVP	1867	0.051	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.744	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	
NLP	1881	0.175	0.000	0.624	0.000	0.000	0.000	2.496	0.000	0.000	1.248	1.672	0.000	1.248	0.000	0.000	0.000	0.624	0.000	1.248	0.000	
SPD	1891	0.349	0.000	0.699	0.000	0.000	0.000	6.988	0.000	0.349	0.000	5.590	0.000	0.349	0.000	0.000	0.000	0.699	0.000	0.699	2.096	
Summe		83.0	0.000	4.205	0.177	0.256	0.000	14.886	0.000	0.526	1.858	10.093	0.000	7.429	0.000	0.177	0.000	2.241	0.000	2.609	2.096	
13. Legislaturperiode, 1912																						
FKVP	1867	0.039	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.573	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	
DKVP	1892	0.119	0.000	0.747	0.187	0.187	0.000	0.747	0.000	0.187	0.560	0.373	0.000	1.867	0.000	0.187	0.000	0.187	0.000	0.000	0.000	
NLP	1881	0.177	0.000	0.631	0.000	0.000	0.000	2.523	0.000	0.000	1.262	1.892	0.000	1.262	0.000	0.000	0.000	0.631	0.000	1.262	0.000	
DZP	1894	0.213	0.000	1.549	0.000	0.000	0.000	3.485	0.000	0.000	0.000	0.387	0.000	3.485	0.000	0.000	0.000	0.387	0.000	0.387	0.000	
SPD	1891	0.452	0.000	0.904	0.000	0.000	0.000	9.039	0.000	0.452	0.000	7.231	0.000	0.452	0.000	0.000	0.000	0.904	0.000	0.904	2.712	
Summe		77.0	0.000	3.830	0.187	0.187	0.000	15.794	0.000	0.639	1.822	10.457	0.000	7.066	0.000	0.187	0.000	2.109	0.000	2.553	2.712	

a
Der Stimmenanteil der Parteien, deren Programme ausgewertet wurden, ist in der Summenzeile ausgewiesen.

noch Tabelle A 8: Der gesellschaftliche Wertewandel nach Wahljahren: Kaiserreich

Partei	Programm von	Gewicht	Wertestruktur																Insgesamt
			Bild 6				Bild 7				Bild 8				Bild 9				
			pos ist	neg soll	pos ist	neg soll	pos ist	neg soll	pos ist	neg soll	pos ist	neg soll	pos ist	neg soll	pos ist	neg soll			
9. Legislaturperiode, 1893																			
FKVP	1867	0.068	0.604	1.409	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.201	2.415	0.403	0.604	0.000	0.201	0.000	0.000	
DZP	1871	0.229	0.000	0.603	0.000	0.000	0.000	0.603	0.000	0.000	0.000	9.654	0.000	0.000	0.000	1.810	0.000	0.000	
FSVP	1894	0.104	0.105	0.000	0.000	0.000	0.000	0.422	0.105	0.000	0.000	4.853	0.000	0.105	0.000	0.316	0.000	0.000	
NLP	1881	0.156	2.787	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	1.672	1.672	0.000	0.557	0.557	0.000	0.000	0.000	
DNVP	1892	0.162	1.013	0.506	0.000	0.000	0.253	0.000	0.506	0.506	0.760	2.532	0.253	1.266	0.253	1.266	0.000	0.000	
SPD	1891	0.280	0.000	0.559	0.559	0.000	0.559	0.280	0.000	0.000	0.000	6.433	0.000	0.000	0.000	3.357	0.000	0.000	
Summe			4.509	3.078	0.559	0.000	0.813	1.305	0.612	0.506	2.633	27.560	0.656	2.533	0.811	6.951	0.000	0.000	100.000
10. Legislaturperiode, 1898																			
NLP	1881	0.154	2.749	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	1.649	1.649	0.000	0.550	0.550	0.000	0.000	0.000	
FSVP	1894	0.089	0.090	0.000	0.000	0.000	0.000	0.358	0.090	0.000	0.000	4.120	0.000	0.090	0.000	0.269	0.000	0.000	
DNVP	1892	0.137	0.854	0.427	0.000	0.000	0.214	0.000	0.427	0.427	0.641	2.136	0.214	1.068	0.214	1.068	0.000	0.000	
FKVP	1867	0.054	0.478	1.116	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.159	1.912	0.319	0.478	0.000	0.159	0.000	0.000	
DZP	1894	0.232	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.421	0.000	10.524	0.000	0.000	0.000	1.684	0.000	0.000	
SPD	1891	0.335	0.000	0.670	0.670	0.000	0.670	0.335	0.000	0.000	0.000	7.704	0.000	0.000	0.000	4.020	0.000	0.000	
Summe			4.171	2.213	0.670	0.000	0.884	0.693	0.517	0.848	2.450	28.046	0.532	2.185	0.763	7.200	0.000	0.000	100.000
11. Legislaturperiode, 1903																			
FKVP	1867	0.041	0.365	0.852	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.122	1.460	0.243	0.365	0.000	0.122	0.000	0.000	
DZP	1894	0.234	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.426	0.000	10.638	0.000	0.000	0.000	1.702	0.000	0.000	
DNVP	1892	0.118	0.739	0.369	0.000	0.000	0.185	0.000	0.369	0.369	0.554	1.847	0.185	0.923	0.185	0.923	0.000	0.000	
NLP	1881	0.164	2.934	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	1.760	1.760	0.000	0.587	0.587	0.000	0.000	0.000	
FSVP	1894	0.067	0.068	0.000	0.000	0.000	0.000	0.272	0.068	0.000	0.000	3.131	0.000	0.068	0.000	0.204	0.000	0.000	
SPD	1891	0.375	0.000	0.749	0.749	0.000	0.749	0.375	0.000	0.000	0.000	8.618	0.000	0.000	0.000	4.496	0.000	0.000	
Summe			4.106	1.971	0.749	0.000	0.934	0.647	0.437	0.795	2.436	27.455	0.428	1.943	0.771	7.448	0.000	0.000	100.000
12. Legislaturperiode, 1907																			
DZP	1894	0.234	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.425	0.000	10.624	0.000	0.000	0.000	1.700	0.000	0.000	
DNVP	1892	0.113	0.708	0.354	0.000	0.000	0.177	0.000	0.354	0.354	0.531	1.770	0.177	0.885	0.177	0.885	0.000	0.000	
FSVP	1894	0.078	0.079	0.000	0.000	0.000	0.000	0.316	0.079	0.000	0.000	3.639	0.000	0.079	0.000	0.237	0.000	0.000	
FKVP	1867	0.051	0.446	1.042	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.149	1.786	0.298	0.446	0.000	0.149	0.000	0.000	
NLP	1881	0.175	3.120	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	1.872	1.872	0.000	0.624	0.624	0.000	0.000	0.000	
SPD	1891	0.349	0.000	0.699	0.699	0.000	0.699	0.349	0.000	0.000	0.000	8.036	0.000	0.000	0.000	4.193	0.000	0.000	
Summe			4.353	2.095	0.699	0.000	0.876	0.666	0.433	0.779	2.551	27.727	0.475	2.034	0.801	7.164	0.000	0.000	100.000
13. Legislaturperiode, 1912																			
FKVP	1867	0.039	0.344	0.802	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.115	1.375	0.229	0.344	0.000	0.115	0.000	0.000	
DNVP	1892	0.119	0.747	0.373	0.000	0.000	0.187	0.000	0.373	0.373	0.560	1.867	0.187	0.933	0.187	0.933	0.000	0.000	
NLP	1881	0.177	3.154	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	1.892	1.892	0.000	0.631	0.631	0.000	0.000	0.000	
DZP	1894	0.213	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.387	0.000	9.681	0.000	0.000	0.000	1.549	0.000	0.000	
SPD	1891	0.452	0.000	0.904	0.904	0.000	0.904	0.452	0.000	0.000	0.000	10.395	0.000	0.000	0.000	5.423	0.000	0.000	
Summe			4.245	2.079	0.904	0.000	1.091	0.452	0.373	0.761	2.567	25.210	0.416	1.908	0.817	8.020	0.000	0.000	100.000

noch Tabelle A 9: Der gesellschaftliche Werteverdndel nach Wahljahren: Weimarer Republik

Partei	Programm von	Gewicht	a Wertestruktur																				
			Bild 1				Bild 2				Bild 3				Bild 4				Bild 5				
			pos	neg	ist	soll	pos	neg	ist	soll	pos	neg	ist	soll	pos	neg	ist	soll	pos	neg	ist	soll	
7. Legislaturperiode, 1932,11																							
DZP	1894	0.127	0.000	0.927	0.000	0.000	0.000	2.085	0.000	0.000	0.000	0.232	0.000	2.085	0.000	0.000	0.000	0.232	0.000	0.232	0.000	0.000	0.000
DVP	1919	0.020	0.000	0.186	0.000	0.028	0.000	0.297	0.000	0.019	0.019	0.242	0.037	0.149	0.000	0.009	0.000	0.028	0.000	0.037	0.000	0.000	0.000
DDP	1919	0.010	0.016	0.109	0.000	0.008	0.000	0.054	0.000	0.016	0.000	0.132	0.000	0.062	0.000	0.000	0.000	0.016	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000
DNVP	1920	0.089	0.096	0.913	0.000	0.048	0.000	1.345	0.000	0.096	0.000	1.105	0.000	0.576	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.240	0.000	0.000	0.000
SPD	1925	0.218	0.101	0.303	0.101	0.101	0.000	2.730	0.000	0.000	0.000	2.427	0.101	1.011	0.303	0.101	0.101	0.910	0.000	0.000	2.022	1.112	0.000
NSDAP	1920	0.354	0.000	3.500	0.438	0.438	0.000	7.000	0.875	0.000	0.438	2.188	0.000	8.750	0.000	0.875	0.000	0.000	0.000	0.438	0.000	0.000	0.000
KPD	1930	0.181	0.000	0.345	0.000	0.345	0.000	3.619	0.000	0.000	0.000	1.034	0.000	1.379	0.000	0.000	0.000	0.862	0.000	0.000	0.517	1.206	0.000
Summe		93.4	0.213	6.282	0.539	0.967	0.000	17.131	0.875	0.130	0.456	7.358	0.138	14.012	0.303	0.985	0.101	2.047	0.000	0.947	2.539	2.319	0.000
8. Legislaturperiode, 1933																							
DNVP	1920	0.084	0.090	0.859	0.000	0.045	0.000	1.267	0.000	0.090	0.000	1.040	0.000	0.543	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.226	0.000	0.000	0.000
DDP	1919	0.008	0.013	0.094	0.000	0.007	0.000	0.047	0.000	0.013	0.000	0.115	0.000	0.054	0.000	0.000	0.000	0.013	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000
DVP	1919	0.012	0.000	0.105	0.000	0.016	0.000	0.168	0.000	0.011	0.011	0.137	0.021	0.084	0.000	0.005	0.000	0.016	0.000	0.021	0.000	0.000	0.000
DZP	1894	0.117	0.000	0.852	0.000	0.000	0.000	1.917	0.000	0.000	0.000	0.213	0.000	1.917	0.000	0.000	0.000	0.213	0.000	0.213	0.000	0.000	0.000
SPD	1925	0.191	0.089	0.266	0.089	0.089	0.000	2.393	0.000	0.000	0.000	2.127	0.089	0.886	0.266	0.089	0.089	0.798	0.000	0.000	1.772	0.975	0.000
KPD	1930	0.129	0.000	0.245	0.000	0.245	0.000	2.573	0.000	0.000	0.000	0.735	0.000	0.980	0.000	0.000	0.000	0.613	0.000	0.000	0.368	0.858	0.000
NSDAP	1920	0.459	0.000	4.535	0.567	0.567	0.000	9.071	1.134	0.000	0.567	2.835	0.000	11.338	0.000	1.134	0.000	0.000	0.000	0.567	0.000	0.000	0.000
Summe		95.6	0.193	6.957	0.656	0.968	0.000	17.436	1.134	0.114	0.577	7.201	0.110	15.803	0.266	1.228	0.089	1.653	0.000	1.027	2.140	1.833	0.000

a Der Stimmanteil der Parteien, deren Programme ausgewertet wurden, ist in der Summenzeile ausgewiesen.

noch Tabelle A 9: Der gesellschaftliche Wertevandel nach Wahljahren: Weimarer Republik

Partei	Programme von	Gewicht	Bild 6				Bild 7				Bild 8				Bild 9				Insgesamt
			pos		neg		pos		neg		pos		neg		pos		neg		
			ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	
7. Legislaturperiode, 1932,11																			
DZP	1894	0.127	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.232	0.000	5.791	0.000	0.000	0.000	0.927	0.000	0.000	
DVP	1919	0.020	0.037	0.130	0.000	0.000	0.000	0.065	0.000	0.000	0.009	0.437	0.000	0.028	0.019	0.260	0.000	0.000	
DVP	1919	0.010	0.008	0.031	0.000	0.000	0.000	0.047	0.000	0.000	0.008	0.334	0.000	0.008	0.000	0.117	0.000	0.000	
DVP	1920	0.089	0.096	0.769	0.000	0.000	0.000	0.288	0.000	0.048	0.000	1.777	0.000	0.192	0.048	1.249	0.000	0.000	
SPD	1925	0.218	0.000	0.910	0.506	0.506	0.000	1.213	0.000	0.303	0.000	5.865	0.000	0.000	0.000	1.112	0.000	0.000	
NSDAP	1920	0.354	0.000	3.500	1.313	0.000	0.000	0.438	0.000	0.875	0.000	2.188	0.438	0.000	0.000	1.750	0.000	0.000	
KPD	1930	0.181	0.000	0.000	2.757	0.862	0.000	0.345	0.862	0.862	0.000	2.068	0.000	0.000	0.000	0.172	0.345	0.517	
Summe			0.141	5.340	4.575	1.367	0.000	2.395	0.862	2.320	0.017	18.460	0.438	0.228	0.067	5.587	0.345	0.517	100.000
8. Legislaturperiode, 1933																			
DVP	1920	0.084	0.090	0.724	0.000	0.000	0.000	0.271	0.000	0.045	0.000	1.674	0.000	0.181	0.045	1.176	0.000	0.000	
DVP	1919	0.008	0.007	0.027	0.000	0.000	0.000	0.040	0.000	0.000	0.007	0.290	0.000	0.007	0.000	0.101	0.000	0.000	
DVP	1919	0.012	0.021	0.074	0.000	0.000	0.000	0.037	0.000	0.000	0.005	0.247	0.000	0.016	0.011	0.147	0.000	0.000	
DZP	1894	0.117	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.213	0.000	5.325	0.000	0.000	0.000	0.852	0.000	0.000	
SPD	1925	0.191	0.000	0.798	0.443	0.443	0.000	1.063	0.000	0.266	0.000	5.140	0.000	0.000	0.000	0.975	0.000	0.000	
KPD	1930	0.129	0.000	0.000	1.961	0.613	0.000	0.245	0.613	0.613	0.000	1.470	0.000	0.000	0.000	0.123	0.245	0.368	
NSDAP	1920	0.459	0.000	4.535	1.701	0.000	0.000	0.567	0.000	1.134	0.000	2.835	0.567	0.000	0.000	2.268	0.000	0.000	
Summe			0.118	6.157	4.104	1.056	0.000	2.224	0.613	2.271	0.012	16.981	0.567	0.203	0.056	5.641	0.245	0.368	100.000

LITERATURVERZEICHNIS

- DIWALD, Hellmut, Geschichte der Deutschen. Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1978.
- FLECHTHEIM, Ossip K., Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg 1973.
- GALL, Lothar (Hrsg.), Liberalismus. Köln 1976.
- HAYEK, Friedrich A. von, Die drei Quellen der menschlichen Werte. Tübingen 1979.
- HERGT, Siegfried (Hrsg.), Parteiprogramme, 8. Aufl. Opladen 1975.
- JASPERS, Karl, Die geistige Situation der Zeit. Achter Abdruck der im Sommer 1932 bearbeiteten 5. Auflage. Berlin, New York 1979.
- JULING, Peter, Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente. Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, herausgegeben von Heino KAAK. Meisenheim am Glan 1977.
- KALTEFLEITER, Werner, Parteien im Umbruch. Ein Beitrag zur politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf 1984.
- KUNZ, Rainer, Herbert MAIER, Theo STAMMEN, Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik. München 1975.
- MACKIE, Thomas T., Richard ROSE, The International Almanac of Electoral History, London, Basingstoke 1974.
- MARX, Karl, Friedrich ENGELS, Werke (NEW). Berlin 1964.
- MOMMSEN, Wilhelm, Deutsche Parteiprogramme, 20. Aufl. München 1964.
- NEFIODOW, Leo A., Der fünfte Kondratieff. Strategien zum Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft. Frankfurt 1990.
- NEUMANN, Sigmund, Die Parteien der Weimarer Republik. Neudruck. Stuttgart 1965.
- NIPPERDEY, Thomas, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. Düsseldorf 1961.
- NOLTE, Ernst, Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Frankfurt/Main 1987.
- , Ein Ende und ein Anfang. Vor hundert Jahren: Friedrich Nietzsches Zusammenbruch. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Januar 1989.

- RITTER, Gerhard A. (Hrsg.), Die deutschen Parteien vor 1918. Köln 1973.
- SCHIEDER, Theodor, Die geschichtlichen Grundlagen und Epochen des deutschen Parteiwesens. In: Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit, 2. Aufl. München 1970.
- SCHLANGEN, Walter ((Hrsg.)), Die deutschen Parteien im Überblick. Von den Anfängen bis heute. Königstein/Ts. 1979.
- SCHUMANN, Hans-Gerd (Hrsg.) Konservatismus. Köln 1974.
- STARITZ, Dietrich (Hrsg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Opladen 1976.
- TORMIN, Walter, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848.
- TREUE, Wolfgang, Deutsche Parteiprogramme 1861-1954. Göttingen 1954.
- , Deutsche Parteiprogramme 1861-1961. Göttingen 1961.
- , Deutsche Parteiprogramme seit 1861, 4. Aufl. Göttingen 1968.
- , Die deutschen Parteien. Vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Frankfurt/M. 1975.
- VERHEUGEN, Günter, Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P. Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung Liberale in Programm und Praxis. 2. erweiterte Auflage, Baden-Baden 1980.
- WILDENMANN, Rudolf, Volksparteien: Ratlose Riesen? Baden-Baden 1989.
- ZITELMANN, Rainer, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs. Hamburg, Leamington Spa., New York 1987.